Zensur in der Kunst S. 9

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

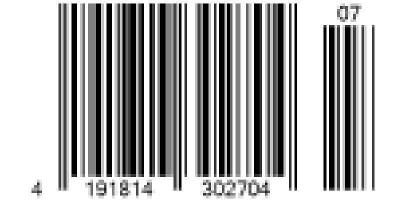
Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 7 – 16. Februar 2018

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Riss wird tiefer: Wachsender Unmut spaltet die CDU

Bild: Imago

Die CDU in ernster Gefahr

Erst die SPD, nun die Union: Merkels Strategie wendet sich gegen eigene Partei

Der Keim der Selbstzerfleischung hat von der SPD auf die CDU übergegriffen. Doch Merkel will weitermachen wie bisher.

Die Parteien der geplanten Groko ziehen sich gegenseitig in die Tiefe. Die SPD ist bereits am Boden, konnte ihre desaströse Lage aber kühl kalkulierend nutzen, um der CDU Zugeständnisse abzuringen, welche sich die SPD-Verhandler zuvor kaum erhoffen konnten. Lars Klingbeil höhnte, nach einem weiteren halben Verhandlungstag hätte die CDU sogar aufs Kanzleramt verzichtet. Damit setzte der SPD-Generalsekretär einen schweren Hieb in die ohnehin klaffende Wunde der Christdemokraten.

Spätestens jetzt griff der Keim der Selbstzerfleischung auf die CDU über. Der Protest gegen eine Parteichefin, die ihrem eigenen Machterhalt alles, auch das Schicksal der Partei, unterordnet, äußert sich lauter denn je. Der Unmut wird angeheizt durch die grassierende Verzweiflung von immer mehr CDUlern über die Willfährigkeit ihrer eigenen Funktionärsebene gegenüber Angela Merkel.

Selbst ein Wolfgang Bosbach, seit jeher bekannt und populär für seine zurückhaltende Art, verfällt überraschend in bitteren Sarkasmus: Der CDU-Parteitag werde wie immer alles abnicken, und das Ganze am Ende auch noch als „alternativlos“ bezeichnen.

> Selbst ein Wolfgang Bosbach verfällt in bitteren Sarkasmus

Was hier aufgeht, ist die Saat von Merkels langjähriger Machtstrategie. Um sich auf Dauer die Kanzlerschaft zu sichern, warf sie alle sperrigen Inhalte über Bord. Stattdessen sog sie alle Vorstellungen der SPD und der Grünen auf und schob die Christdemokraten nach links. Merkel ließ Grüne und vor allem die SPD durch offene Türen laufen, damit diese den Wählern nicht mehr erklären können, wofür sie eigentlich da sind.

Dieser Trick ging auf, bis Merkel mit der Grenzöffnung 2015 den Bogen nach links überspannte und die AfD damit endgültig im Parteienspektrum etablierte. Seitdem stimmt nichts mehr, und die Strategie, welche eigentlich nur die SPD verzwergen sollte, wendet sich nun gegen die CDU selbst. Immer mehr Christdemokraten spüren den Gezeitenwechsel und gehen auf die Barrikaden. Auch wenn Bosbach fürs Erste recht behalten könnte mit dem „Abnicken“ – die Absetzbewegung von Merkel wird sich, anders als bei vergangenen, eher kleinen Aufwallungen, verfestigen. Sie hat einen grundsätzlichen Charakter angenommen.

Doch die CDU-Chefin hat klargestellt, dass sie um jeden Preis an ihrer Position kleben will, und das weitere vier Jahre lang. Sobald sie die Klippen von CDU-Parteitag und SPD-Mitgliederentscheid überstanden hat, wird sie weitermachen wie bisher.

Damit entwickelt sich Merkel zur existenziellen Gefahr für die CDU als Volkspartei. Die Kenntnis von dieser Gefahr hat sich in der Partei bereits verbreitet. Die Frage ist nun, ob sich durchsetzungsfähige Köpfe in der CDU finden, die daraus die richtigen Schlüsse erzwingen. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Wortbruch

Wie Schulz, so nun auch Scholz. Erst alle Ambitionen auf ein Ministeramt in Berlin vehement bestreiten und dann doch zusagen. Daran, dass sich Olaf Scholz zu Höherem berufen fühlt, als in den Niederungen der Hamburger Stadtpolitik zu wirken, konnte es nie einen Zweifel geben. Und vermutlich wäre der pragmatische Scholz als Bundesfinanzminister nicht die schlechteste Wahl. Obwohl den Sozialdemokraten nachgesagt wird, dass sie nicht mit Geld umgehen können, ist ihm zuzutrauen, dass er das Staatssäckel ebenso konsequent verteidigt wie Wolfgang Schäuble und Begehren von Kabinettskollegen oder EU-Pleitestaaten energisch zurückweist.

Aber er ist Regierungschef in Hamburg. Auch wenn es nicht ohne die Grünen als Koalitionspartner geht, herrscht „König Olaf“ hier unangefochten. Niemand in den eigenen Reihen kann ihm das Wasser reichen und niemand in der marginalisierten Opposition gefährlich werden. Wenn er will, kann er noch ewig regieren. Es gibt für ihn keinen Grund, aus dieser komfortablen Position heraus nach Berlin zu gehen, um in der zweiten Reihe zu stehen und sich von Merkel demontieren zu lassen. Man hat ihm geglaubt, wenn er versicherte, sein Platz sei in Hamburg.

Gleichwohl ist es nachvollziehbar, dass Scholz sich von Berlin locken lässt. In Hamburg sind alle großen Projekte realisiert oder angeschoben. Sich jetzt mit Alltagsthemen wie maroden Straßen, der leidigen Elbvertiefung und Fahrradwegen befassen zu müssen, ist für einen wie ihn keine Perspektive. Dennoch: Dass er wortbrüchig geworden ist, ist Verrat an seinen Wählern und der Stadt. Dafür könnte seine SPD bei der nächsten Bürgerschaftswahl büßen müssen.

Rolle rückwärts im Elsass

Regionalratspräsident will Identität und Sprache stärken

Der neue Regionalratspräsident der französischen Region Grand-Est, Jean Rottner, hat eine Charmeoffensive begonnen, um die Herzen seiner Landsleute zurückzugewinnen, die mit dem Verlust ihrer Region Elsass auch den Verlust ihrer Identität befürchten. Der ausgebildete Arzt war von Mai 2010 bis Oktober 2017 Oberbürgermeister von Mülhausen. Rottner ist auch Präsident des französischen Städtetages.

Bis zu Schaffung der neuen Großregion gehörte auch Rottner zu den Kritikern dieser Gebietsreform, der die Elsässer ihre Eigenständigkeit opfern mussten. Seinen Meinungsumschwung stuften damals viele Elsässer als Verrat ein. Dieser Vorwurf scheint ihn doch beeindruckt zu haben, denn er bemüht sich seither, seine Landsleute mit der neuen Großregion zu versöhnen. So kündigte er kürzlich die Gründung einer „Elsass-Gruppe“ an, die sich „für die Aufwertung der elsässischen Identität“ einsetzen soll. In ihr sind viele Persönlichkeiten vertreten, die sich für eine Wiederbelebung der elsässischen Sprache und Identität einsetzen. Dazu gehören unter anderem Christian Hahn, Präsident des Kulturrates des Elsass, Pascale Ehrart, Dialektologin an der Universität Straßburg, Thiery Kranzer, Vorsitzender des Internationalen Fonds zur Erhaltung der elsässischen Sprache und Isabelle Schoepfer, Direktorin des Büros für Sprache und Kultur des Elsass.

> Neue Großregion weiter in der Kritik

Zusätzlich machte Rottner eine Million Euro locker, um den zweisprachigen Unterricht der deutschfranzösischen ABCM-Schulen, die einst gegen den Willen der Behörden von Bürgerinitiativen gegründet worden waren, zu unterstützen. „Der Verlust der regionalen Identität wäre für das Elsass eine Tragödie“, ließ Rottner wissen – allerdings in französischer Sprache. *Bodo Bost*

Finanziell gut gepolstert

Im Bundestag vertretene Parteien sind Einkommensmillionäre

Die sieben heute im Bundestag vertretenen Parteien haben im Jahr 2015 Gesamteinnahmen in Höhe von zusammen rund 467,81 Millionen Euro verzeichnet. Das geht aus den vom Bundestagspräsidium vorgelegten „Vergleichenden Kurzübersichten über die Einnahmen, Ausgaben und Vermögensverhältnisse der Parteien in den Rechnungsjahren 2006 bis 2015“ hervor.

Danach schwanken die jährlichen Gesamteinnahmen der CDU in diesem Zeitraum zwischen 162,73 Millionen Euro im Jahr 2009 und 137,04 Millionen Euro im Jahr 2012. Die CSU kam auf jährliche Gesamteinnahmen zwischen 59,08 Millionen Euro im Jahr 2015 und 35 Millionen Euro im Jahr 2010.

Der Spitzenverdiener SPD verzeichnete in diesen zehn Jahren die meisten Gesamteinnahmen im Jahr 2009 mit 173,32 Millionen Euro und die geringsten Gesamteinnahmen im Jahr 2010 mit 147,19 Millionen Euro.

> Spitzenverdiener ist die SPD

Die AfD verbuchte während des genannten Zeitraums ihre geringsten Gesamteinnahmen in ihrem Gründungsjahr 2013 mit 7,72 Millionen Euro und ihre höchsten Gesamteinnahmen im Jahr 2015 mit 14,79 Millionen Euro.

Bei der FDP lagen die jährlichen Gesamteinnahmen mit 43,25 Millionen im Jahr 2009 am höchsten und mit 25,8 Millionen Euro im Jahr 2015 am niedrigsten.

Die Linkspartei hatte ihre höchsten Gesamteinnahmen im Jahr 2012 mit 29,77 Millionen Euro und verbuchte ihre geringsten Gesamteinnahmen im Jahr 2007 mit 22,43 Millionen Euro.

Bei Bündnis 90/Die Grünen bewegten sich die jährlichen Gesamteinnahmen im Zehn-Jahres-Zeitraum zwischen 40,16 Millionen Euro im Jahr 2013 und 25,96 Millionen Euro im Jahr 2006. *J.H.*

MELDUNGEN

Sorge wegen Iskander-Rakete

Wilna – Die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaite kritisierte Russland dafür, dass dessen Militär im benachbarten Königsberger Gebiet Iskander-Raketen nun für immer stationiert habe, die sowohl nukleare als auch konventionelle Sprengköpfe tragen können. Grybauskaite sieht darin eine Gefahr nicht nur für Litauen, sondern „für die Hälfte aller europäischen Staaten“. Die Iskander-Rakete ist eine taktische ballistische Boden-Boden-Rakete, die zur Klasse der Kurzstreckenraketen gehört. Bislang war sie nur während Militärmanövern ins nördliche Ostpreußen gebracht worden. Putins Regierungssprecher Dmitrij Peskow konterte, dass Russland das Recht habe, seine Waffen auf eigenem Territorium überall zu stationieren. Damit reagiert Moskau auf die Aufrüstung im Baltikum. Im vergangenen Jahr hat die NATO in Polen und den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen vier multinationale Bataillone stationiert. Für ein NATO-Manöver hatten die USA Patriot-Raketen nach Litauen geschickt, und in Polen soll ein Raketenabwehrschild mit Patriot-Raketen entstehen. *MRK*

Kopftuchrevolte im Iran

Teheran – Im islamisch-schiitischen Gottesstaat Iran wollen nach 40 Jahren Kopftuchzwang immer mehr Frauen selbst entscheiden, ob sie Kopftuch tragen. Der Iran ist das einzige Land mit einem gesetzlich vorgeschriebenen Kopftuchzwang auch für nichtmuslimische und ausländische Frauen. Alle Frauen und Mädchen müssen seit der Islamischen Revolution 1979 im Iran ab einem Alter von neun Jahren in der Öffentlichkeit ein Kopftuch sowie einen langen, weiten Mantel tragen, um Haare und Körperkonturen zu verbergen. Der Kopftuchzwang kann manchmal auch makabre Dimensionen annehmen, wenn etwa bei Erdbeben, die im Iran relativ häufig vorkommen, weibliche Opfer aus Trümmern gerettet werden und noch vor der Infusion ein Kopftuch verpasst bekommen. Seit Jahresbeginn formiert sich vor allem in der Hauptstadt Teheran eine Bewegung von Frauen, die ihr Kopftuch in der Öffentlichkeit abnehmen und es als Fahne an einen Stock hängen, den sie vor sich hertragen. Nach Angaben von Frauenaktivistinnen wollten die Frauen nur das tun, was die Regierung als ein legitimes Bürgerrecht bezeichnet habe: friedlich gegen staatliche Maßnahmen protestieren, die ihnen nicht gefallen. Auslöserin der Kopftuchproteste war die junge Mutter Vida Movahed, die auch als das Symbol der regimekritischen Proteste im Land gilt und die als erste verhaftet worden war. Auf Twitter werden die Aktionen gegen den Kopftuchzwang auch von islamgläubigen iranischen Frauen unterstützt, die freiwillig einen Schleier tragen. 29 Frauen, die an der Protestkampagne gegen den Schleier teilgenommen hatten, wurden bislang von der Polizei verhaftet, berichtete die halbamtliche Nachrichtenagentur Tasnim. Den „Anti-Kopftuch-Demonstrantinnen“ drohen mehrmonatige Gefängnisstrafen. Allerdings ist damit die Kopftuchrevolte nicht beendet, sondern sie nimmt für das Regime immer bedrohlichere Dimensionen an. Es fürchtet offenbar sogar, nach der Kontrolle über die Frauen die Kontrolle über das Land zu verlieren. *B.B.*

Sprache als Instrument der Verhüllung

Zum politischen Missbrauch von Begriffen – Beispiel Dresdener Bombeninferno

Im Jahre 1780 schrieb die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften auf Initiative von Friedrich II. von Preußen eine Preisfrage aus, die zu stellen auch heute noch Sinn hätte. Die in dem Buch des Historikers Hans-Christof Kraus „Der Wendepunkt des Philosophen von Sanssouci“ (Berlin 2017) ausführlich behandelte Frage lautete: „Ist es dem Volke nützlich getäuscht zu werden – sei es daß man es in neue Irrtümer führt, oder daß man es in jenen erhält, worin es sich bereits befindet?“

Nicht viele Herrscher hätten es zu jener Zeit gewagt, diese Frage publik zu machen. Eine Antwort gab jemand, der Friedrich dem Großen zeitlich und politisch weit entfernt stand: Ernst Toller, kurzfristig Mitglied der damaligen Regierung der kurzlebigen Bayerischen Räterepublik, meinte im Frühjahr 1919 dazu: „Nichts belastet den politisch Handelnden schuldvoller als das Verschweigen, er muss die Wahrheit sagen, sei sie noch so drückend, nur die Wahrheit steigert die Kraft, den Willen, die Vernunft.“

Ist die Frage des preußischen Königs und die Antwort des bayerischen Rätepolitikers noch heute von Belang? Zwei Beispiele aus der politischen Gegenwart sind weiterführend; sie zeigen, wie Sprache als Instrument der Verhüllung missbraucht und das Volk getäuscht wird.

Durch ein am 30. Juni vorigen Jahres vom Bundestag beschlossenes und am 20. Juli 2017 verkündetes Gesetz erhielt die Bestimmung des Bürgerlichen Gesetzbuches über die eheliche Lebensgemeinschaft in ihrer traditionellen Fassung eine neue Fassung. Sie lautet mit Wirkung vom 1. Oktober 2017: "Die Ehe wird von zwei Personen verschiedenen oder gleichen Geschlechts auf Lebenszeit geschlossen“ (Paragraf 1353 Absatz 1 Satz 1). Mit dieser Gesetzesänderung ist die gleichgeschlechtliche Ehe in das deutsche Ehe- und Familienrecht eingeführt worden.

Über die Berechtigung oder die Sinnhaftigkeit dieser grundlegenden Entscheidung des Gesetzgebers soll hier nicht diskutiert werden. Auch das Hauruck-Verfahren, in dem das Gesetz durch den Bundestag durchgepeitscht wurde, ist inzwischen nur noch Rechtsgeschichte – wie auch die Abstimmung im Bundestag mit einer wechselnden Mehrheit, die eigentlich nach dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD nicht zulässig war, und die auch nicht durch die sogenannte Stimmfreigabe der Kanzlerin einfach aufgehoben werden konnte. Schließlich soll auch nicht der Frage hier nachgegangen werden, ob die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe vielleicht einer Änderung des Grundgesetzes (Artikel 6 Absatz 1) bedurft hätte. Einer kritischen Betrachtung soll hier nur die Bezeichnung unterzogen werden, unter der die weit reichende Änderung des traditionellen Ehe- und Familienrechts der Öffentlichkeit verkauft wurde.

Wie erinnerlich, wurde die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe als „Ehe für alle“ gefeiert; der von Politikern kreierte Ausdruck wurde von den sogenannten Leitmedien nachgeplappert. Die Wahrheit ist: Eine „Ehe für alle“ existiert nach wie vor nicht. In der „Neuen Zeitschrift für Familienrecht“ hat der ehemalige Richter am Bundesgerichtshof Hanns Engelhardt unter der Überschrift „Die ‚Ehe für alle‘ und ihre Kinder“ festgestellt, dass die „Ehe für alle“ auch „durch das neue Gesetz in tatsächlicher Hinsicht keineswegs gewährleistet wird“. Der angeblichen „Ehe für alle“ stehen jedenfalls im deutschen Recht nicht wenige Eheverbote entgegen. Zu nennen sind vor allem – also hier ohne Anspruch auf Vollständigkeit – das Verbot der Doppelehe („Bigamie“), das Verbot der Ehe unter Verwandten in gerader Linie (also nicht nur unter Abkömmlingen, sondern auch unter Geschwistern), das Verbot der Heirat Geschäftsunfähiger und das Verbot der Heirat von Jugendlichen unter 16 Jahren.

Von Georg Wilhelm Friedrich Hegel stammt der zutreffende Satz: „Nur das Ganze ist die Wahrheit.“ Die unbestreitbare ganze Wahrheit ist: Eine „Ehe für alle“ gibt es nicht. Unsere Rechtsordnung kennt auch nach der Gesetzesänderung von 2017 nur die bisher übliche Form der Ehe von Mann und Frau und nun auch (neu) die Ehe von Personen des gleichen Geschlechts. Wer die Einführung der „Ehe für alle“ preist, meint die gleichgeschlechtliche Ehe. Warum die verbale Verkleidung?

Nun kann, wer will, diese Verhüllung als bloßen Ausdruck freier Wortwahl charakterisieren. Es gibt aber auch, worauf die Schriftstellerin Sibylle Lewitscharoff kürzlich auf einer Tagung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften hingewiesen hat, „Formen der Sprache, die alles andere als harmlos sind“. Ein Beispiel hierfür sind Äußerungen zum Gedenken an das Inferno von Dresden. In der Nacht vom 13. auf den 14. Februar 1945 flogen US-amerikanische, britische und kanadische Bomberverbände in einer zu jenem Zeitpunkt militärisch sinnlosen Aktion einen verheerenden Luftangriff auf die mit Flüchtlingen überfüllte Stadt. Die Zahl der Opfer ist bis heute nicht endgültig festgestellt: Die niedrigste Schätzung nennt 60 000 Tote – nicht wenige davon Frauen und Kinder.

Gedenkveranstaltungen aus diesem Anlass führten zu nicht nur erstaunlichen, sondern auch zu geradezu aberwitzigen Kommentierungen. Die von Frauen auf nackten Brüsten zur Schau gestellte Aufforderung "Do it again, Harris“ war moralisch und intellektuell unter der Gürtellinie – immerhin hat kein Geringerer als Helmut Schmidt die Zerstörung Dresdens als Kriegsverbrechen bezeichnet. Wenn aus Antifa-Kreisen skandiert wird "Deutsche Täter sind keine Opfer“ so sollte man die Sprücheklopfer fragen, woher sie die Gewissheit nehmen, dass die Toten in Dresden allesamt Täter (konkret: welcher Taten?) waren.



Dresdens Oberbürgermeister Dirk Hilbert: „Dresden war keine unschuldige Stadt.“ Bild: Imago

Auf der Linie der Kollektivschuldthese liegt auch die vom politischen Establishment verbreitete Behauptung, Dresden sei „keine unschuldige Stadt“ gewesen. Bezweckt wird mit dieser Legende eine Relativierung des Kriegsverbrechens des Luftangriffes auf Dresden, dies nach dem Motto: „Ja, aber ...“ und mit der im Zusammenhang der Erwähnung alliierter Kriegsverbrechen gern gebrauchten Argumentationsfigur des sogenannten „Kontextes“. Die entscheidende Frage ist aber: Kann eine Stadt überhaupt schuldig oder unschuldig sein? Wer Sprache nicht als Manipulationsinstrument missbraucht, sondern präzise Inhaltsbestimmungen wünscht, kommt an der Tatsache nicht vorbei, dass jede Stadt ein komplexes Gebilde ist, bestehend nicht nur aus Menschen, sondern auch aus Gebäuden, Straßen, Plätzen, Parks, Geschichte und Kultur und vielem anderen. Schuld und Unschuld sind aber Kategorien, die nur an ein konkretes Verhalten von einzelnen Menschen anknüpfen. Deshalb kann ein komplexes Gebilde wie eine Stadt weder „schuldig“ noch „unschuldig“ sein; denn auch die in ihr lebenden Menschen lassen sich nicht über einen Kamm scheren: Es gibt – einfach gesagt – solche und solche, Täter und Opfer, Männer und Frauen, Erwachsene und Kinder. Wer demgegenüber als Generalankläger eine ganze Stadt als „nicht unschuldig“ verurteilt, klärt nicht auf, sondern verhüllt.

Nachtrag: In der „Neuen Zürcher Zeitung“, die vielen als eine der besten in Europa erscheinenden Tageszeitungen gilt, war in der Ausgabe vom 20. Januar ein umfangreicher Beitrag zu lesen unter der Überschrift "Es war einmal in Lemberg. Nach einem Jahrhundert von Krieg und Vertreibung kommen sich die Menschen in Polen und der Ukraine wieder näher.“ Der Leser wurde gut informiert, bis er dort las, dass die in Lemberg 1945 noch lebenden polnischen Familien „in den Westen, überwiegend in die von den besiegten Deutschen geräumte Region von Wroclaw/Breslau, umgesiedelt worden waren.“ Die Region von Breslau wurde demnach von den Deutschen „geräumt“ – ein schlicht unzutreffendes Wort für die brutale Vertreibung. *Ingo von Münch*

Südafrika als »völkermordgefährdet« eingestuft

Für weiße Farmer liegt das Risiko, ermordet zu werden, bei bei einem Mehrfachen des Landesdurchschnitts

Die Südafrikanerin Eileen de Jager arbeitet als Tatortreinigerin. Das heißt, sie beseitigt nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen die oft grauenhaften Hinterlassenschaften am Schauplatz von Morden, darunter auch die festklebenden Hautreste eines zwölfjährigen Jungen am Rand der Badewanne, in der das Kind mit kochendem Wasser zu Tode gefoltert wurde. Die Täter waren in diesem Fall schwarz und das Opfer weiß – genau wie seine gleichfalls viehisch abgeschlachteten Eltern, die in dem Land am Kap der Guten Hoffnung eine Farm betrieben. Das zählt mittlerweile zu den gefährlichsten Berufen der Welt, wenn man die falsche Hautfarbe hat.

In Südafrika werden jährlich im Durchschnitt um die 19 000 Morde verübt – somit sterben also 34 von 100 000 Einwohnern durch die Hand von Verbrechern. Das ergibt Platz 8 in der Rangliste der weltweit gefährlichsten Länder. Allerdings ist das nur ein Durchschnittswert, denn Weiße sind doppelt so oft betroffen. Sie stellen zwar bloß noch neun Prozent der Bevölkerung, aber knapp 20 Prozent der Mordopfer – Tendenz steigend. Insgesamt sind seit dem Ende der Apartheid und der Machtübernahme des African National Congress (ANC) im April 1994 70 000 Weiße ermordet worden, von denen zwischen 2000 und 4000 Farmer waren. Deren Risiko, durch eine Gewalttat zu Tode zu kommen, liegt derzeit drei- bis sechsmal höher als das der übrigen Bevölkerung. Dies übertrifft sogar die Verhältnisse in den Ländern mit der höchsten Mordrate der Welt, nämlich Honduras und Venezuela.

Im Jahre 2016 registrierten die Aktivisten der Nichtregierungsorganisation Afriforum 369 gewaltsame Übergriffe auf weiße Landwirte und 71 sogenannte Plaasmoorde (Farmmorde). 2017 waren es dann schon 463 Gewalttaten und 94 Tötungsdelikte. Und im Januar 2018 zählte man bereits wieder 38 Attacken und vier Morde. Dabei gehen die Täter zumeist extrem brutal vor. So wurden der dreifachen Mutter Tanya Wiers dutzende tödliche Messerwunden zugefügt und die Augen ausgestochen. Kurz darauf starb der 79-jährige Farmer Trevor Rees im Krankenhaus von Pietermaritzburg – ihn hatten schwarze Angreifer gefesselt, angeschossen und dann zwei Tage lang aufs Grausamste gefoltert.

Aus der Sicht von ANC-Politikern handelt es sich bei den Farmmorden um eine Folge der ungleichen Verteilung von Land beziehungsweise Reichtum zwischen Weißen und Schwarzen. Allerdings stehen die konkreten Tatumstände häufig im krassen Widerspruch zu dieser Behauptung: Die Mörder verschmähen oft jede potenzielle Beute, sie wollen einfach nur töten. Wenn das Farmhaus verlassen ist, nutzen sie nicht etwa die günstige Gelegenheit zum Einbruch, sondern kommen später wieder, um die Bewohner zu massakrieren. Ebenso fällt die militärische Präzision auf, mit der die Killerkommandos vorgehen: Da werden sogar Tunnel unter Zäunen hindurch gegraben oder Störsender verwendet, um den Mobilfunk lahmzulegen.

Deshalb sprechen Interessenvertreter der Landwirte wie Corné Mulder, Abgeordneter der konservativen Partei Vryheidsfront Plus im südafrikanischen Parlament, inzwischen von einer gezielten Eliminierung der Weißen, also ethnischer Säuberung. Ähnlich sieht das die in den USA beheimatete Nichtregierungsorganisation Genocide Watch. Sie stufte Südafrika jetzt sogar als „völkermordgefährdet“ ein.

Angesichts ihrer immer prekärer werdenden Situation haben inzwischen viele weiße Landwirte aufgegeben. Betrieben sie vor 20 Jahren noch 62 000 Farmen, sind es heute lediglich 35 000. Der Rest ist nun in der Hand von Schwarzen, was zu Produktivitätseinbrüchen um fast 80 Prozent führte.

Um auf die Zustände in Südafrika hinzuweisen, veranstaltete das im EU-Parlament vertretene Parteienbündnis Bewegung für ein Europa der Nationen und der Freiheit (Mouvement pour l'Europe des nations et des libertés/MENL) am 30. Januar 2018 eine Konferenz in Brüssel, auf der auch Mulder sprach. Außerdem zeigte die kanadische Journalistin Lauren Southern ihren aktuellen Kurzfilm „The Reality of South African Farm Murders“ (Die Realität der südafrikanischen Farmmorde), der derzeit im Internet-Videoportal Youtube abrufbar ist (https://www.youtube.com/watch?v=WCLJRVbaMyQ). Darin interviewt sie unter anderem die Tatortreinigerin de Jager.

Während der MENL-Veranstaltung kritisierte die britische EU-Abgeordnete Janice Atkinson die Entscheidung des Europäischen Parlaments, das Schlachten in Südafrika nicht – wie von ihr beantragt – zum Thema einer offiziellen Debatte zu machen: Offenbar verwende man in Brüssel unterschiedliche Maßstäbe, wenn es um die Wahrung der Menschenrechte gehe. *Wolfgang Kaufmann*

Angela Merkels teuerste Koalition

Die CDU-Vorsitzende lässt die Deutschen die Zustimmung der SPD zu ihrer Kanzlerschaft einiges kosten

„Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen“, lautet eine goldene Regel. Wird gegen sie verstoßen, wird es meist teuer. Das scheint auch nun der Fall zu werden, wo Angela Merkel bei der SPD die Zustimmung zur Fortsetzung ihrer Kanzlerschaft geordert hat und die Deutschen die Rchnung dafür zahlen sollen.

Sofern die Basis der SPD zustimmt, wird Deutschland auch künftig von einer Großen Koalition unter Führung von Angela Merkel (CDU) regiert werden. Die SPD-Führung hat sich ihr Einverständnis teuer bezahlen lassen und das gilt nicht nur in personeller Hinsicht.

Wie schon nach der Bundestagswahl von 2005, bei der die SPD immerhin noch 34,2 Prozent statt nur 20,5 wie 2017 bekam, können die Sozialdemokraten die prestigeträchtigen und schwergewichtigen Ressorts Finanzen, Außenpolitik und Arbeit besetzen. Zudem sicherte sich die SPD die Ministerien für Justiz, Familien und Umwelt. Sicher scheint, dass der bisherige Parteichef Martin Schulz das Außenressort von Sigmar Gabriel übernimmt und dafür den Vorsitz räumt. Die Partei soll künftige von Andrea Nahles geführt werden. Hamburgs Regierender Bürgermeister Olaf Scholz gilt als Top-Favorit für das Finanzressort. Zudem soll er Vizekanzler werden. Offiziell bestätigen will das in diesen Tagen allerdings noch niemand. Das gilt auch für die Ämterverteilung innerhalb der Union, wobei niemand widersprechen mag, dass der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer als Minister für Inneres und Heimat nach Berlin wechseln wird.

Die öffentliche Zurückhaltung hat ihren Grund. Die SPD hat seit Jahresbeginn 24 339 Neumitglieder gewonnen, und von denen wurden viele aus Kreisen der Jusos geworben, die massiv Front gegen eine neuerliche Regierungsbeteiligung machen. Auch sie gehören zu den laut SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil 463 723 Sozialdemokraten, die darüber entscheiden dürfen, ob eine neue Große Koalition zustande kommt.

Die Parteiführung hat nichts unversucht gelassen, um ihren Mitgliedern ein „Ja“ schmackhaft zu machen. „Bildung, Pflege, Europa, Bauen und Wohnen: Viele Ergebnisse tragen eine soziale Handschrift. Hinzu kommen die wichtigen Ressorts Außen, Finanzen und Arbeit plus Familie, Justiz und Umwelt. Das ist stark“, analysierte der Berliner „Tagesspiegel“. Die Regierung, bisher nur geschäftsführend im Amt, plant offenbar, mit Geld um sich zu werfen. Aufgrund einer günstigen Wirtschaftslage mit entsprechend hohen Steuereinnahmen sowie niedrigen Zinsen ist so viel finanzieller Spielraum vorhanden wie selten zuvor. „Problematisch ist aus meiner Sicht, dass die Große Koalition auf dem Höhepunkt eines Aufschwungs die Gesamtausgaben ausdehnt“, sagte Clemens Fuest, Präsident des Wirtschaftsinstitut Ifo der „Frankfurter Allgemeinen“. „Das ist klassisch prozyklische Finanzpolitik. Besser wäre es, zwar neue Schwerpunkte zu setzen, aber existierende Ausgaben zu überprüfen und abzubauen. Das fehlt völlig.“



Für beide Verhandlungspartner schien es von existenzieller Bedeutung zu sein, dass die SPD-Basis der Großen Koalition zustimmt: Die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel und der SPD-Vorsitzende Martin Schulz

Bild: Imago

Nach allem, was bisher bekannt ist, sollen die Ausgaben steigen. Sicher ist, dass der Familiennachzug für Immigranten Hunderte Millionen pro Jahr kosten wird, wo die Einwanderungswelle den Steuerzahler ohnehin schon mit Milliarden-Ausgaben belasten wird. Eine große Steuerreform, auf die viele Bürger und auch die Wirtschaftsverbände hofften, lässt hingegen weiterhin auf sich warten. Der Solidaritätszuschlag soll jährlich um 2,5 Milliarden gekürzt werden, was bei einem zusätzlichen Steueraufkommen von 30 bis 45 Milliarden allerdings fast zu vernachlässigen ist. Dafür soll bei der Rente kräftig nachgebessert werden. Der Ausbau der Mütterrente wird 3,4 Milliarden Euro im Jahr kosten. Die Stabilisierung des Rentenniveaus bis 2025 kostet nach Schätzungen insgesamt rund vier Milliarden Euro, die zum größten Teil erst 2025 anfallen, allerdings auch nur dann finanzierbar sind, wenn die Konjunktur so stabil bleibt wie bisher.

Eine Milliarde Euro sind vorgesehen, um Langzeitarbeitslose über ein spezielles Programm wieder an ein festes Arbeitsverhältnis heranzuführen. Dies war ein besonderer Wunsch der Sozialdemokraten. Zudem haben sich Union und SPD auf deutliche Einschränkungen bei grundlos befristeten Arbeitsverträgen geeinigt. Diese seien nur noch für eineinhalb statt wie bisher zwei Jahre zulässig. Bis zu dieser Gesamtdauer sei auch nur noch eine einmalige statt einer dreimaligen Verlängerung möglich. Arbeitgeber mit mehr als 75 Beschäftigten dürften zudem höchstens 2,5 Prozent der Belegschaft sachgrundlos befristen. Auch hier hat sich die SPD durchgesetzt. Keinen Durchbruch erzielten die Genossen allerdings bei der Einführung einer Bürgerversicherung. Bisher konnte man sich nur auf die Einsetzung einer Kommission einigen, die eine gemeinsame Honorarordnung für Ärzte für gesetzliche und privat versicherte Patienten vorsieht.

Einen Schwerpunkt hat die angehende Koalition bei der Digitalisierung gesetzt. Zwölf Milliarden Euro will sie bis zum Jahr 2021 für den Glasfaserausbau ausgeben. Bis 2025 soll noch einmal dieselbe Summe fließen, wie es hieß. Denn danach plant die Koalition mit einem „Rechtsanspruch“ auf einen Anschluss ans Glasfasernetz. Dies ist vor allem deshalb interessant, weil ein Großteil der alten Leitungen dem früheren Staatsbetrieb Telekom gehört, der bisher ein Gegner des Glasfaserausbaus war. Offenbar will nun der Staat mit finanziellen Anreizen Fakten schaffen. Kostspielig ist auch das geplante Ganztagsangebot für Schüler, bei dem es sogar einen Rechtsanspruch auf Nachmittagsbetreuung in der Grundschule geben soll. Insgesamt 18 Milliarden könnten hier zusammen kommen, da wohl auch kräftig in die Infrastruktur investiert werden müsste. Auch wenn vieles noch im Vagen liegt, eines steht fest: Es wird Angela Merkels teuerste Koalition werden. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Jugend bei der Bundeswehr

Berlin – Im vergangenen Jahr leisteten nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums 2128 Minderjährige, darunter 448 Frauen, Dienst bei der Bundeswehr. Als minderjährig gelten Jugendliche, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Kritik an der Einstellung Minderjähriger weist das Ministerium zurück. Die bei der Bundeswehr geübte Rekrutierungspraxis stehe vollkommen im Einklang mit den internationalen Abkommen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen, ließ es dazu verlauten. *J.H.*

BGH stärkt Pressefreiheit

Karlsruhe – Der Bundesgerichtshof (BGH) hat die Stellung der Medien gestärkt und eine Klage von Altbundespräsident Christian Wulff abgewiesen. Ein Zeitschriftenverlag hatte ein Foto Wulffs gemeinsam mit seiner Frau an seinem Privatauto und ein weiteres mit Wulff beim Schieben eines Einkaufswagens veröffentlicht. Daraufhin klagte Wulff mit Erfolg auf Unterlassung, weil die Veröffentlichung der Bilder ihn in seiner Privatsphäre verletze. Der BGH hob die Entscheidungen der Vorinstanzen jedoch auf, da diese die in besonderer Weise herausgehobene Stellung des Klägers als ehemaliges Staatsoberhaupt und das Ausmaß der vom Kläger in der Vergangenheit praktizierten „Selbstöffnung“ nicht hinreichend berücksichtigt und deshalb dem Persönlichkeitsrecht des Klägers zu Unrecht den Vorrang vor der grundgesetzlich geschützten Pressefreiheit eingeräumt hätten. Die herausgehobene politische Bedeutung des Klägers als Inhaber des höchsten Staatsamtes und das berechtigte öffentliche Interesse an seiner Person endeten nicht mit seinem Rücktritt; vielmehr wirke die besondere Bedeutung des Amtes nach. *J.H.*

Pohlheim erzürnt Erdogan

Die Stadt plant ein Denkmal für christliche Opfer der Osmanen

Der Generalkonsul der Türkei in Frankfurt Burak Kararti, hat mit einem geharnischten Protestbrief reagiert, in dem er den Vorwurf erhob, die geschichtlichen Ereignisse um die Behandlung von Christen im Osmanischen Reich während des Ersten Weltkrieges zu verdrehen. Anlass des Protestes sind die Planungen der hessischen Kleinstadt Pohlheim, an den Genoizid an Armeniern und anderen christlich religiösen Minderheiten im Osten des damaligen Osmanischen Reiches mit einem Denkmal zu erinnern. Bereits vergangenes Jahr hatte Pohlheims Stadtrat einstimmig die Errichtung einer derartigen Erinnerungsstätte beschlossen. Sie wäre die erste dieser Art auf öffentlichem beziehungsweise städtischem Boden in Deutschland.

Hintergrund ist, dass im Landkreis Gießen, zu dem Pohlheim gehört, derzeit mehr als 4000 Menschen mit aramäischen, assyrischen und chaldäischen sowie pontos-griechischen Wurzeln leben, die weitaus meisten davon in Pohlheim. Sowohl für die CDU wie auch für die SPD sitzen Aramäer in dessen Stadtrat. Beide betonten, dass das Denkmal gegen niemanden gerichtet sei, es spreche aber für die Opfer, die keine Stimme mehr hätten.

Während die Stadt selbst das Grundstück zur Verfügung stellen will, soll das Denkmal selbst mit Spenden bezahlt werden. Die orientalischen religiösen Gemeinschaften wollen mit Hand anlegen, um mit der Eigenarbeit Geld zu sparen. Zur Koordinierung des Projektes wurde ein Beirat gegründet. Nach derzeitigem Planungsstand ist die Einweihung des Denkmals für den 1. Juni dieses Jahres vorgesehen.

> Der Generalkonsul der Türkei hat scharf protestiert

Die Reaktionen auf die Initiative waren überwiegend positiv, abgesehen vom Protestbrief des türkischen Generalkonsuls in Frankfurt, der nicht wirklich überrascht. Mit ihm setzt die türkische Regierung vielmehr die Politik fort, mit der sie schon vor zwei Jahren auf die Resolution des Bundestages reagiert hatte, in der die Ermordung der Christen im Osmanischen Reich als „Völkermord“ bewertet worden war. Damals hatte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan mit diplomatischer „Rache“ gedroht.

Weniger konsequent und stringent als die Haltung der türkischen Regierung ist hingegen die der Grünen. Der Antrag zu der von der Türkei kritisierten Bundestagsresolution war seinerzeit auf Vorschlag der Fraktion der Grünen eingebracht worden. In Pohlheim jedoch kam das deutsche Gegenfeuer ausgerechnet von den Grünen, die bei der entscheidenden Abstimmung mit Abwesenheit geglänzt hatten und nun auf den Protestbrief des Generalkonsuls eingehen wollten – im Gegensatz zu dem von der CDU gestellten Bürgermeister Pohlheims, der sich jede Einmischung in kommunale Entscheidungen von Seiten einer ausländischen Vertretung verbat.

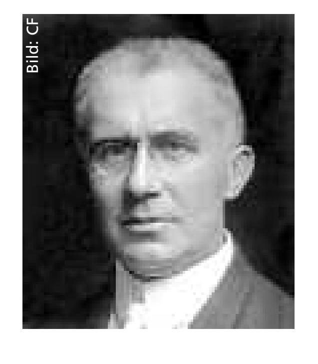
Ein Grund für dieses gespaltene Verhalten der Grünen könnte sein, dass die hessischen Grünen zwar eine Koalition mit der CDU eingegangen sind, ihr Landesvorsitzender Tarek Al-Wazir aber fest zu seinen arabisch-jemenitischen Wurzeln steht im Gegensatz zum ehemaligen Bundesvorsitzenden Cem Özdemir, für den der türkische Präsident bezeichnenderweise seit zwei Jahren einen Bluttest fordert. *Bodo Bost*

Zeitzeugen



Anke Domaske – Die Mikrobiologin gründete Qmilk, um aus Milch Textilfasern herzustellen. Grundlage ist dabei das Milcheiweiß oder Casein, aus dem Biofasern entstehen, die antibakteriell und für Allergiker verträglich sind. Sie hat das Verfahren so weit optimiert, dass es ohne chemische Zusätze auskommt, produziert die Fasern in ihrer Fabrik in Hannover und verwendet sie auch in ihrem eigenen Modelabel.

Christine Hardt – Die Dresdnerin meldete 1899 das erste deutsche Patent auf ein Frauenleibchen als Brustträger an. Daher gilt sie als eine der Erfinderinnen des Büstenhalters. Ihr Leibchen bestand aus zusammengeknüpften Taschentüchern und Hosenträgern. Beides konnte individuell angepasst werden. Die Hausfrau und Gymnastiklehrerin hatte sich an den engen Korsetts gestört, die Frauen damals tragen mussten.



Emil Berliner – Der gebürtige Hannoveraner jüdischen Glaubens wanderte um 1870 in die USA aus, um dem preußischen Militärdienst zu entgehen. Er studierte nach Feierabend Elektrotechnik und kehrte nach Deutschland zurück. 1877 meldete er ein Patent für einen scheibenförmigen Tonträger an – die erste Schallplatte. Das Abspielgerät lieferte er gleich mit. Der Besitzer der US-amerikanischen Staatsbürgschaft ab 1881 gründete 1893 in seiner neuen Heimat eine der ersten Plattenfirmen.

Heinrich Wöhlk – Der Erfinder der Kontaktlinse war stark weitsichtig und musste deshalb starke Brillen tragen. In den 1930er Jahren experimentierte er mit Schalen aus Plexiglas als Brillenersatz. 1940 stellte er die erste Kontaktlinse her. Ab 1952 verkaufte er Linsen aus eigener Produktion. Die Firma Wöhlk arbeitete erst in Kiel, bevor sie 1971 an ihren heutigen Standort in Schönkirchen bei Kiel zog.



Johann Hinrich Wichern – Der Theologe und Pädagoge lebte von 1808 bis 1881 und arbeitete in Hamburg. Er gründete 1833 das Rauhe Haus als Erziehungseinrichtung für Kinder aus armen Verhältnissen. Wichern erneuerte das Diakonenamt als gleichberechtigtes Amt neben den Pastoren und Gemeindeältesten. 1848 gründete er den Vorläufer des Diakonischen Werks. Auch der Adventskranz stammt von ihm.

Primus in Europa

Nur die USA meldeten 2016 mehr Patente beim Europäischen Patentamt an

Der deutsche Erfindergeist ist ungebrochen. Während mittlerweile viele Patente auf die Arbeit von Teams in Industrie und Forschung zurückgehen, reichen weiterhin unzählige Einzelpersonen Patente ein. Darunter sind nach wie vor Tüftler mit eigener Werkstatt, die im Hauptberuf etwas anderes machen. Viele sind aber auch kleine oder mittelständische Unternehmer.

Bei den Patentanmeldungen an das in München sitzende Europäische Patentamt (EPA) liegen Forscher und Tüftler aus dem bevölkerungsreichsten Mitgliedsstaat der Europäischen Patentorganisation (EPO) recht weit vorne. Deutschland konnte 2016 mit rund 25100 europäischen Patentanmeldungen seine Spitzenposition in Europa vor Frankreich, der Schweiz und den Niederlanden festigen. Geschlagen geben musste sich das Land der Dichter und Denker nur von einem außereuropäischen Land, den USA. Dafür heimste in jenem Jahr die in Stuttgart sitzende Robert Bosch GmbH die meisten erteilten Patente ein, nämlich 1482. Besonders anmeldestark waren deutsche Unternehmen in den Kategorien elektrische Maschinen, Geräte und Energie, Messtechnik, organische Feinchemie und Medizintechnik.

Wer sich die Preisträger des Europäischen Erfinderpreises aus den letzten Jahren ansieht, findet auch hier Deutsche auf den vorderen Plätzen. So erhielten im vergangenen Jahr gleich drei Bundesbürger die vom EPA in sechs Kategorien verliehene Auszeichnung: Günter Hufschmid aus Sachsen-Anhalt in der Kategorie Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU), Günter W. Heim aus München mit Laurent Lestarquit, José Ángel Ávila Rodríguez, Jean-Luc Issler und Lionel Ries in der Kategorie Forschung sowie der Lübecker Robert Huber mit James G. Fujimoto und Eric A. Swanson in der Kategorie außereuropäische Erfindungen.

Der Unternehmer Hufschmid entwickelte mit seinem Team eine extrem saugfähige, watteartige Substanz zur Bekämpfung von Ölteppichen. Die Wachswatte kann fast das Siebenfache ihres Eigengewichts an wasserabstoßenden Flüssigkeiten aufnehmen. Sie eignet sich also nicht nur zum Aufsaugen von ausgetretenem Öl, sondern auch zum Aufnehmen anderer Chemikalien-Verschmutzungen. Hufschmids Wachswatte ist zudem wiederverwendbar. Es bleiben keine chemischen Rückstände zurück. In der Praxis ist das Produkt bereits erprobt, so beim Aufsaugen von Heizöl während des Hochwassers in Süddeutschland 2013 oder bei Reinigungsarbeiten im Nigerdelta. Außerdem wird die Watte genutzt, um Lecks in den Ölleitungen von Windrädern abzudichten.

> Primus der Firmen war im Jahr 2016 die Robert Bosch GmbH

Die zweite prämiierte Lösung hilft vom All aus bei der Orientierung auf der Erde. Der Münchener Signaltechnikspezialist Günter W. Hein gehört mit seinem Team zu den europäischen Wissenschaftlern und Ingenieuren, die am neuen europäischen Satelliten-Navigationssystem Galileo arbeiten. Die Gruppe um Hein steuerte die wichtigste Komponente des im Aufbau befindlichen europäischen globalen Satellitennavigations- und Zeitgebungssystem unter ziviler Kontrolle bei: eine extrem genaue Signaltechnologie. Sie sorgt dafür, dass Positionsbestimmungen durch Galileo bis in den Zentimeterbereich hinein präzise sind und vielfältige Dienste und Anwendungen auch im zivilen Bereich erlauben. Damit liegt das europäische Satellitensystem vor der US-amerikanischen und russischen Konkurrenz. Dieselbe Technologie sorgt auch dafür, dass das System mit dem US-amerikanischen GPS-Netz und den russischen GLONASS-Satelliten Daten austauschen kann.

Dagegen ermöglicht die Technologie des Physikers Robert Huber und seiner US-amerikanischen Kollegen James G. Fujimoto und Eric Swanson tiefe Einblicke in den menschlichen Körper. Zum ersten Mal ist es möglich, in Echtzeit hochauflösende und dreidimensionale Bilder von menschlichem Gewebe zu erzeugen, ohne dass dafür etwa Gewebe entnommen werden muss. Bei dieser Optischen Kohärenztomografie (OCT) tasten schwache Lichtstrahlen das Gewebe ab, während das Gerät die Zeitverzögerung zwischen den Reflektionen der einzelnen Lichtpulse misst. So entsteht im Computer ein Drei-D-Bild. Genutzt wird OCT bereits in der Krebsvorsorge, in der Augenheilkunde und bei der Behandlung von Hautkrankheiten.

Friedrich List



Einer der zahlreichen deutschen Gewinner des Europäischen Erfinderpreises: Günter Hufschmid aus Sachsen-Anhalt Bild: pa

Ein Verfahren aus Erlangen: der MP3-Player

Kaum eine technische Innovation hat die Musikindustrie so verändert wie der MP3-Player. Seit den späten 1990er Jahren können sich Musikliebhaber problemlos Musik aus dem Internet auf Rechner, Tablet oder Smartphone herunterladen. Bei MP3 handelt es sich um ein Programm, das Musik ohne Qualitätsverluste komprimiert und als kleine Datei zur Verfügung stellt. Der Player ist das Werk von drei deutschen Wissenschaftlern aus Erlangen: Dieter Seitzer, Karlheinz Brandenburg und Harald Popp.

Den Stein ins Rollen brachte der Professor am damals neuen Lehrstuhl Technische Elektronik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen Dieter Seitzer, der bereits in den 1970er Jahren einen Patentantrag für eine Lösung, Musik per Telefonleitung zu übertragen, stellte. Der Antrag wurde abgelehnt. Damals gab die Technik das noch nicht her. Seitzer stellte Brandenburg 1982 an seinem Institut als Doktorand ein und ließ ihn die Idee weiterverfolgen.

Und Apple machte das große Geschäft

Brandenburg tüftelte jahrelang herum, bis er 1986 einen Weg fand, Daten zu komprimieren. Die Signale werden erst gleichmäßig gestutzt. Dann arbeitet man die anspruchsvollen Passagen wieder auf, kürzt aber an anderen Stellen so weit wie möglich.

Harald Popp steuerte ein Gerät bei, mit dem sich Daten in Echtzeit komprimieren lassen. Vorher hatten Computer vier Stunden lang gerechnet, um 20 Sekunden Musik zu komprimieren.

1992 legte die Internationale Standardisierungsorganisation das Erlanger Verfahren als eines von drei Standardverfahren zur Audiocodierung fest. Die Erlanger Lösung MP3 machte die Musik unabhängig von physischen Tonträgern. Allerdings sind die damaligen PC noch zu langsam.

Der Siegeszug von MP3 beginnt erst 1997, als jemand eine illegale Kopie des Players ins Internet stellt. Die große Zeit der Musik-Tauschbörsen begann, bis sich ab 2002 legale Shops durchsetzen. Apple brachte seinen iPod auf den Markt, und heute haben fast alle einen MP3-Player. *F.L.*

Eine Stärke mit Tradition

Deutsche haben schon früher gerne erfunden

Menschen haben zu allen Zeiten Dinge erfunden. Aber erst die moderne Zeit machte aus Erfindungen, aus dem Erfinden selbst und aus der ständigen Erneuerung und Verbesserung technischer Erzeugnisse nicht nur ein Prinzip, sondern auch ein gewinnträchtiges Geschäftsmodell.

In der Moderne haben Erfinder und Erfindungen aus Deutschland einen einzigartigen Einfluss ausgeübt. Dabei gehen nicht nur spektakuläre Neuerungen wie das Düsenflugzeug, das U-Boot oder der Dynamo auf kreative Deutsche zurück. Viele dieser Neuerungen, ob es nun der Buchdruck, die gedruckte Zeitung, das Fernsehen, der Computer, der Kühlschrank, der Kaffeefilter oder der Fischerdübel sind, prägen heute unser Leben. Deutsche Chemiker trugen wesentlich zu den Grundlagen der modernen Chemie bei. Werner von Siemens prägte die sich entwickelnde Elektrotechnik. Auch das bekannte Playmobil-Spielzeug, konzipiert von Hans Beck, kommt gewissermaßen aus Deutschland.

Vielen dürfte Johannes Gutenberg bekannt sein, der um 1450 den Buchdruck moderner, westlicher Machart erfand. Weniger bekannt ist, dass die erste Tageszeitung der Neuzeit am 1. Juli 1650 in Leipzig von Timotheus Ritzsch publiziert wurde. In derselben Ära baute Johannes Kepler das erste astronomische Teleskop. Zeitgenossen steuerten die Vakuumpumpe, das Hörrohr und den mechanisch betriebenen Rollstuhl bei. Carl von Linde baute 1876 den ersten Kühlschrank. 1908 ließ sich Melitta Bentz den nach ihr benannten Kaffeefilter patentieren. Den ersten Fernseher präsentierte 1932 der deutsche Physiker Manfred von Ardenne. Noch während des Zweiten Weltkrieges baute Konrad Zuse mit seiner Z3 den ersten funktionsfähigen Digitalrechner – der Bauingenieur Zuse fand das herkömmliche Rechnen zu anstrengend. Der gleichnamige Dübel wurde 1958 von Arthur Fischer erfunden und kam für den Wiederaufbau nach dem Krieg wie gelegen.

> Die meisten Anmeldungen beim EPA

Und die Erfolgsgeschichte geht weiter. Bis heute kommen die meisten Anmeldungen beim Europäischen Patentamt aus Deutschland. *F.L.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Neuer Fall erregt die Berliner

Erinnerung an Amri: Tunesischer Drogendealer mit 18 Alias-Namen wurde nicht abgeschoben



Seit Jahren ein Ärgernis in Berlin: Afrikanische Drogendealer, hier am Rande des Görlitzer Parks

Bild: Imago

Nur gut ein Jahr nach dem Anschlag eines radikalen Moslems auf einen Weihnachtsmarkt steht die Asylpolitik erneut in der Kritik. Der Berliner Polizei ging ein Intensivtäter ins Netz, der vielfach straffällig geworden war, kein Asylrecht besitzt und dennoch nicht abgeschoben wurde.

Bereits am 3. Dezember 2017 haben Berliner Zivilpolizisten laut Recherchen des Senders RBB den Tunesier Fathi Ben M. beim Drogenverkauf an der Warschauer Brücke festgenommen. Obwohl der 43-Jährige mehrere Tarnidentitäten benutzte, konnten die Polizisten den abgelehnten Asylbewerber offenbar identifizieren. Ungeachtet solcher Umstände befand sich M. alsbald wieder auf freiem Fuss, er kam nicht in Abschiebehaft.

Allerdings nicht nur das: Zum Politikum wurde der Vorgang durch den Hinweis eines anonymen Informanten, dass der Tunesier als sogenannter Gefährder gelte, ihm also die Bereitschaft zu Terroranschlägen zugetraut wird. Nach den Pannen und Versäumnissen im Vorfeld des Anschlags auf den Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016 sah sich Berlins Polizei damit erneut dem Verdacht ausgesetzt, einen gefährlichen radikalen Moslems unterschätzt und laufengelassen zu haben.

Doch zumindest dieser Verdacht hat sich nicht erhärtet. Die Polizei konnte klarstellen, dass der Tunesier „weder in Berlin noch in einem anderen Bundesland als Gefährder eingestuft“ gewesen sei. Zudem hatten die sächsischen Behörden M. nur zu einer sogenannten Aufenthaltsermittlung ausgeschrieben – ein Haftbeschluss oder ein Fahndungsruf lagen offenbar nicht vor.

Der untergetauchte Tunesier konnte mittlerweile erneut festgenommen werden. Nach Angaben der Berliner Polizei sollen in Absprache mit den sächsischen Behörden nun alle Maßnahmen ergriffen werden, um die Abschiebung von M. sicherzustellen.

> Gegen M. laufen bereits elf Ermittlungsverfahren

Dessen ungeachtet weist der Fall des Fathi Ben M. erstaunliche Ähnlichkeiten mit dem des Attentäters Anis Amri auf. Wie Amri soll auch sein Landsmann M. unter mehreren falschen Identitäten unterwegs gewesen und bereits durch diverse kriminelle Aktivitäten aufgefallen sein. In beiden Fällen geht es um abgelehnte Asylbewerber, bei denen Abschiebeversuche scheiterten.

M. ist ausländerrechtlich in Sachsen gemeldet. Er soll im Jahr 2014 unter falschem Namen nach Deutschland gekommen sein und im Landkreis Bautzen einen Asylantrag gestellt haben. Drei Abschiebeversuche scheiterten im vergangenen Jahr daran, dass der Tunesier nicht greifbar war. Berichtet wird zudem, Fathi Ben M. habe in Deutschland, der Schweiz und Italien 18 Alias-Namen benutzt.

Laut Berliner „Tagesspiegel“ laufen gegen den Mann bereits elf Ermittlungsverfahren wegen Gewalttaten, Drogendelikten und Betrug. In Sachsen sollen zudem Erkenntnisse vorliegen, wonach M. eine Kontaktperson von Anis Amri gewesen sei. Ins Bild passt, dass M. den Beamten ausgerechnet an der Warschauer Brücke ins Netz ging. Dort hatte bereits Anis Amri Drogenhandel betrieben.

Die Opposition kritisiert den rot-rot-grünen Senat für den fehlenden Willen, Mittel wie Abschiebehaft und Abschiebegewahrsam anzuwenden. Der FDP-Innenpolitiker Marcel Luthe wies allerdings darauf hin, dass Berlins Abschiebegefängnis in Grünau noch unter dem rot-schwarzen Senat geschlossen wurde. Ein Jahr nach dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt wird sich die Berliner Politik nochmals damit befassen müssen, wie eine Ausreisepflicht umgesetzt werden kann, wie mit Gefährdern wie Amri und ebenso mit ausländischen Intensivtätern wie M. umgegangen werden soll. Offensichtlich gibt es bei der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz in Berlin, aber auch in der Abstimmung zwischen den Behörden verschiedener Bundesländer, wie im Fall M. zwischen Berlin und Sachsen, noch immer Probleme.

Zudem haben Innensenator Andreas Geisel (SPD) und Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) viel Zeit verstreichen lassen, um ein Sicherheitskonzept zum Umgang mit Gefährdern zu entwickeln. Ende Januar haben die beiden Politiker auf einer Klausurtagung über ein Bündel von Maßnahmen beraten: Mit dabei ist eine personelle Aufstockung des polizeilichen Staatsschutzes im Bereich radikaler Islam, aber auch eine Abschiebehaft für ausländische Gefährder.

Als effektives Mittel im Umgang mit Personen wie Anis Amri könnte sich der Plan erweisen, Ermittlungen und Strafverfolgung bei allen Arten von Straftaten, die von islamischen Gefährdern verübt werden, künftig konzentriert zu bearbeiten.

Norman Hanert

Die Antifa marschiert für Merkel

Von Vera Lengsfeld

Das politische Berlin steht Kopf, und es ist kein Ende abzusehen. Nach dem von der Parteibasis erzwungenen Verzicht von Noch-SPD-Chef Martin Schulz auf das Auswärtige Amt versinkt die SPD-Führung im Chaos. Andrea Nahles soll ganz schnell den glücklosen Schulz ablösen, aber damit wird sie nicht automatisch die neue Chefin, sondern die Basis wünscht sich ein Mitgliedervotum. Sie wird es auch bekommen, obwohl in den Medien schon geklagt wird, dass die Mitglieder in der SPD zu viel Mitspracherecht hätten.

Aber auch in der kreuzbraven, obrigkeitsfixierten Partei brodelt es seit Langem. Die dreiste, ja rücksichtslose Verhandlungsführung von Kanzlerin Merkel bei den Koalitionsgesprächen für eine dritte Groko hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Der Verlust des Finanzministeriums für die CDU ist nur ein Symbol für das Desaster, in dem sich die Christdemokraten befinden. Immerhin war der Widerspruch diesmal so stark, dass sich Kanzlerin Merkel selbst zu einem Interview im ZDF eingeladen hat, um auf das unerwartete Grummeln in der CDU zu reagieren. Dieses Interview hat alle Negativerwartungen übertroffen.

Es präsentierte sich eine belustigt grinsende Partei- und Regierungschefin, die sich selbst dann noch für alternativlos hält, wenn das Mitgliedervotum in der SPD zuungunsten der Groko ausgehen sollte.

Sie wird die nächsten vier Jahre durchziehen, als Kanzlerin und als Parteivorsitzende.

Wer etwas anderes gehofft hatte, ist einfach naiv.

Wer sich immer noch Illusionen über die Politik unserer Kanzlerin macht, sollte aufmerksam nach Berlin schauen. Dort wird eine Frauendemonstration stattfinden, um gegen die alltägliche Gewalt gegen Frauen zu demonstrieren.

Es sind nicht die „Me too“-Feministinnen, deren Debatte wie ein Ablenkungsmanöver von den sexuellen Übergriffen aus archaischen Kulturen stammender Männer wirkt. Es sind Frauen, die im öffentlichen Raum diesen Übergriffen schutzlos ausgesetzt sind, und die das nicht länger hinnehmen wollen. Dabei wird auch der Zusammenhang mit der Grenzöffnung durch Kanzlerin Merkel hergestellt, die bis heute andauert. Das hat die Antifa auf den Plan gerufen. In einem martialischen Aufruf kündigt sie an, die Frauendemo mit allen Mitteln zu verhindern.

Die linksradikale Antifa verteidigt Merkels Politik. Das sagt mehr als jeder Kommentar.

Wohin mit den Skulpturen?

Berlin und Potsdam rangeln um Statuen an der Humboldt-Uni

Der Nachbau des Potsdamer Stadtschosses soll in den kommenden Monaten durch mehrere Attika-Figuren komplettiert werden. Nach Angaben des Stadtschloss-Fördervereins ist nun die Finanzierung gesichert, damit in den nächsten Monaten auf dem Dach des wiederaufgebauten Gebäudes mehrere rekonstruierte Sandstein-Figuren aufgestellt werden können.

Auch das Fortunaportal soll um eine fünf Meter hohe Adlergruppe ergänzt werden. Bislang verschönern nur wenige Attika-Figuren das Dach des Schlosses. Im Originalzustand zierten den Bau 76 Standbilder nach Motiven der griechischen Mythologie. Rund 30 der Figuren verwahrt die Schlösser-Stiftung (SPSG).

Nach Angaben der SPSG ist eine Privatspende „in signifikanter Höhe“ eingegangen, die zur Restaurierung von Skulpturen verwendet werde. Ob jedoch auch acht Attika-Figuren zum Schloss zurückkehren, die seit den 1960er Jahren das Dach der Berliner Humboldt-Universität verschönern, ist unsicher. Gegen deren Rückkehr nach Potsdam haben sich unter anderem Berliner Denkmalschützer ausgesprochen.

> Einst zierten sie das Potsdamer Stadtschloss

Das Berliner Denkmalamt verweist etwa auf den Denkmalstatus des Gebäudes.

In Berlin wird mittlerweile eine weitere Diskussion um historische Skulpturen geführt. Dabei geht um die Marmorstandbilder Gerhard von Scharnhorsts und Friedrich Wilhelm von Bülows, die ursprünglich seitlich versetzt vor Schinkels Neuer Wache standen. 1950 hatte der DDR-Staatschef Walter Ulbricht verfügt, insgesamt fünf Denkmäler für Persönlichkeiten aus den Befreiungskriegen von ihren historischen Standorten zu entfernen. Als in den 90er Jahren die Neue Wache als Zentrale Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft umgestaltet wurde, unterblieb eine Wiederaufstellung.

Als Grund wird eine Verabredung genannt, die Helmut Kohl mit den Erben von Käthe Kollwitz, der Schöpferin der Pietà in der Gedenkstätte, getroffen haben soll. Vor 15 Jahren entschied der damalige rot-rote Senat, Scharnhorst und Bülow auf der anderen Lindenseite aufzustellen. Denkmalpfleger beurteilen den Zustand der Werke des Bildhauers Christian Daniel Rauch mittlerweile als kritisch. Geplant ist nun, Kopien der Figuren anzufertigen und die Originalkunstwerke an einem Ort aufzustellen, der vor Umwelteinflüssen geschützt ist.

N.H.

Atem des Krieges

Brandenburg: Von Kampfmitteln übersät

Einstimmig haben die Fraktionen im Brandenburgischen Landtag einen Beschluss gefasst, der zum Ziel hat, den Bund auch weiterhin an den Kosten für die Beseitigung von Weltkriegsmunition zu beteiligen. Brandenburg ist unter allen Bundesländern noch immer am stärksten von Fliegerbomben und Munition aus dem Zweiten Weltkrieg übersät.

> Die alten Bomben bleiben gefährlich

Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) warnte vor der Gefährlichkeit der Munitionsaltlasten: „Der Krieg hat einen langen Atem, er kann noch immer töten.“ Nach Angaben von Schröters Ministerium sind im vergangenen Jahr auf dem Gebiet Brandenburgs 280 Tonnen Kampfmittel entdeckt worden.

Das Ministerium bezifferte die dafür angefallenen Kosten für Entschärfungen und Sprengungen mit rund 12,6 Millionen Euro. Seit 1991 wurden in Brandenburg bereits 14 000 Tonnen Munition gefunden und entsorgt. Trotz dieser Anstrengungen stehen landesweit noch immer 350 000 Hektar zivil genutzter Fläche im Verdacht, mit alter Munition belastet zu sein. Laut gesetzlicher Regelung übernimmt der Bund die Kosten, wenn es um Munition aus „reichseigener Produktion“ geht. Die Kosten für die Beseitigung gegnerischer Altmunition, etwa von Fliegerbomben, müssen allerdings die Bundesländer tragen.

Abweichend von dieser Regelung hatte der Bund im Jahre 2015 eingewilligt, sich für fünf Jahre an den Kosten für die Kampfmittelbeseitigung der Bundesländer zu beteiligen. Ziel des Antrags im Brandenburgischen Landtag ist es, den Bund auch nach dem Jahr 2019 an den Kosten zu beteiligen.

N.H.

S-Bahn soll wieder rollen

Mehr als 27 Jahre nach der Wiedervereinigung Berlins kommt Bewegung in die Wiederinbetriebnahme aller seit Teilung und Mauerbau noch immer stillliegenden S-Bahn-Strecken. Klar ist, dass einige Strecken ins Umland ausgebaut oder überhaupt wieder befahren werden sollen. Welche das im Detail sind, steht noch nicht fest. Jeder Landkreis will bevorzugt bedient werden. Derzeit wird die Strecke zur brandenburgischen Hauptstadt Potsdam immer noch nur eingleisig betrieben. Das gilt auch für die S-Bahnen nach Bernau, Oranienburg oder Strausberg. Falkensee und Velten hoffen auf einen Anschluss an das S-Bahn-Netz. Der Berliner Fahrgastverband IGEB kritisiert, dass die Verkehrsplaner in Berlin und Brandenburg S-Bahn und Regionalbahn als Konkurrenten und nicht als Ergänzungen betrachteten. Gerade die Regionalbahn von Berlin nach Magdeburg über Potsdam sei bis zum Bahnhof Potsdam ständig überfüllt.

H.L.

MELDUNGEN

Frankreich rüstet auf

Paris – Frankreich will seine Verteidigungsausgaben kontinuierlich erhöhen. Insgesamt sind Ausgaben in Höhe von 295 Milliarden Euro bis 2025 vorgesehen. Damit sollen die Verteidigungsausgaben auf die von der NATO vorgegebene Zielmarke von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts angehoben werden. Dabei gibt Frankreich schon heute überdurchschnittlich viel Geld für das Militär aus, nämlich 1,78 Prozent der Wirtschaftsleistung. Im Durchschnitt kommen die europäischen NATO-Länder lediglich auf 1,47 Prozent. Der deutsche Wert liegt bei 1,2 Prozent. *J.H.*

Moskau verbietet Stalin-Satire

Moskau – Eine französisch-britisch-kanadische Satire über die sowjetische Machtelite nach Stalins Tod darf in Russland vorerst nicht gezeigt werden. Der Film sei im Zusammenhang mit dem 75. Jahrestag der Schlacht von Stalingrad eine Missachtung der Gefühle der Kriegsgenerationen, heißt es zur Begründung aus dem Kulturministerium. In Russland verblasst der Massenmörder Stalin seit einigen Jahren immer mehr hinter dem Sieger von Stalingrad, dem Feldherrn im „Großen Vaterländischen Krieg". Jede nicht ganz so vorteilhafte Darstellung des Georgiers oder eines seiner engeren Mitstreiter, sei es auch nur in satirischer Form, wird deshalb als Herabwürdigung des so verlustreichen wie heldenhaften Sieges gewertet. Dies wurde jetzt auch dem Film „The Death of Stalin" des britischen Regisseurs Armando Iannucci zum Verhängnis. Angeregt durch den Französischen Comic mit dem gleichen Namen von Thierry Robin und Fabien Nury, erzählt der Film in Form einer bitterbösen satirischen Komödie den Machtkampf in der Entourage von Stalin unmittelbar nach dessen Tod im März 1953. *B.B.*

Ein Gespenst geht um in Europa

Brüssel fürchtet nach der Italienwahl die Regierungsbeteiligung einer rechten Protestpartei

Den italienischen Parlamentswahlen am 4. März wird seitens des EU-Establishments mit Besorgnis entgegengesehen, könnte mit der Liga Nord doch in einem weiteren EU-Mitgliedsstaat eine EU-kritische Rechtspartei an der Regierung beteiligt werden.

Der Amoklauf eines Einzeltäters, bei dem mehrere Ausländer verletzt wurden, führte umgehend dazu, dass Politiker und Medien vor einem „Wiederaufzug des Faschismus" südlich der Alpen warnten. In der Kleinstadt Macerata im Zentrum des Landes hatte ein Mann aus einem Auto heraus das Feuer auf Immigranten eröffnet und sechs Afrikaner verletzt. Der italienische Innenminister Marco Minniti sprach daraufhin von einem rassistischen Hintergrund und forderte alle Italiener auf zusammenzustehen. Er sprach in diesem Zusammenhang von „Rechtsextremismus mit Bezügen zum Faschismus und zum Nationalsozialismus". Die einzige Verbindung zwischen den Opfern sei „ihre Hautfarbe". Der Täter habe alleine gehandelt und seine Tat „sicherlich" geplant, sagte der Minister.

Die amtierende Regierung, die von der sozialdemokratischen Partito Democratico geführt wird, nutzte sogleich die Gelegenheit, den Oppositionsparteien Forza Italia und Liga Nord die Schuld zu geben. Vor allem letztere habe „Blut an den Händen", hieß es aus Rom.

Forza-Italia-Vorsitzender und Ex-Ministerpräsident Silvio Berlusconi, der aufgrund einer richterlich verhängten Ämtersperre nicht selbst kandidieren kann, nannte die Tat unfassbar. „Nur ein Gestörter kann so eine Sache machen, ich sehe darin nichts Politisches, weil die Politik nicht zu solch einem Wahnsinn führt."

Fakt ist, dass der bisherige Wahlkampf vom Thema Zuwanderung bestimmt wurde. Berlusconi nannte Immigranten auch nach dem Vorfall „eine soziale Bombe, die bereit ist, zu explodieren". In der Regierungszeit „der Linken" seien mehr als 600 000 Immigranten illegal nach Italien gekommen, die bereit seien, Straftaten zu begehen, sagte er in einem TV-Interview.

Die italienische Regierung warnte unterdessen davor, dass mit Asylsuchern auch IS-Rückkehrer über das Mittelmeer nach Italien gelangen. „Die Rückkehr ausländischer Kämpfer wird von vielen als absolut reale Gefahr eingeschätzt", sagte Außenminister Angelino Alfano bei einer Konferenz zum Thema Einwanderung in Rom. „Es ist in unserem Interesse, das Geschäftsmodell der Schleuser zu bekämpfen, deren Gewinne dazu dienen, organisiertes Verbrechen und – wir haben Beweise dafür – Terrorismus zu finanzieren", so Alfano.



Die mitgeführten Fahnen sind zwar so blau wie das EU-Sternenbanner, aber EU-unkritisch ist die Liga Nord deshalb noch lange nicht: Demonstration der Partei für ein Staatsangehörigkeitsrecht, bei dem die Abstammung und nicht der Geburtsort zählt

Bild: Imago

Der Einzeltäter von Macerata erklärte, er haben den Mord an einer 18-Jährigen rächen wollen. Die junge Frau war in der Kleinstadt zerstückelt in zwei Koffern gefunden worden. Ein Nigerianer war ursprünglich des Mordes beschuldigt worden. Mittlerweile wurde zumindest der Mordvorwurf gegen ihn allerdings fallengelassen. Der Mann, der als Dealer bekannt war, soll die Leiche der drogenabhängigen Frau aber entsorgt und versteckt haben.

Italien hatte im vergangenen Jahr Proteste der internationalen Asyllobby auf sich gezogen, als es ein Asylabkommen mit Libyen geschlossen hatte. Doch mittlerweile ist die Zahl der illegal Einreisenden wieder stark angestiegen. „Die Machtverhältnisse im Land haben sich wieder einmal geändert", begründete ein italienischer Reporter im Gespräch mit dem Nachrichtensender NTV diese Entwicklung. Der Machtkampf zwischen dem abtrünnigen General Khalifa Haftar und Premier Fayez al-Sarraj sei noch nicht ausgefochten, daher entschlossen sich wieder mehr Menschen zur Ausreise über das Mittelmeer. Internationale Schleuserbanden würden sie dazu regelrecht animieren. Im ersten Monat des neuen Jahres sind bereits wieder 3580 Immigranten in Italien angekommen. Das sind deutlich mehr als sogar im Vergleichsmonat des bisherigen Rekordjahres 2016, in dem bis zum 27. Januar 2668 Flüchtlinge registriert worden waren.

Die Politik reagiert zunehmend hilflos. Dabei treffen sich EU- und afrikanische Regierungen immer öfter, um die Immigrantenwelle zu stoppen. Die Konferenz, die in der vergangenen Woche in Rom unter dem Titel „Solidarität und Sicherheit" stattfand, war bereits die zweite innerhalb von nur einem halben Jahr. Besprochen wurden auch die „Fortschritte in der Verringerung des Migrantenzustroms und beim Schutz der Migranten", die seit vergangenem Jahr gemacht wurden. Erst im November war auf einem Gipfeltreffen der EU mit teils denselben afrikanischen Ländern darüber beratschlagt worden, wie die Immigration nach Europa möglichst verhindert werden könne.

In Italien droht die Stimmung zu kippen. An der Küste der Mittelmeerinsel Lampedusa, die als Zentrum der illegalen Immigration traurige Berühmtheit erlangte, sind vergangene Woche mehrere Einwanderer in einen Hungerstreik getreten. Einige von ihnen nähten sich sogar die Lippen zu. Der Bürgermeister der süditalienischen Insel, Salvatore Martello, beklagte sich, dass die europäischen Partner ihn alleinließen.

Nach wie vor ist Lampedusa einer der beliebtesten Anlaufpunkt von Einwanderern, die vom Norden Afrikas Richtung Europa aufbrechen. Doch um wie gewünscht von dort in Richtung Norden weiterzugelangen, sitzen sie dort oft wochenlang fest. Die Rede ist von katastrophalen sozialen und hygienischen Zuständen. Vor allem die von Berlusconi angeführte Opposition macht die Regierung für das Versagen verantwortlich. Das Wahlbündnis „Italien den Italiener", der die neofaschistische Fiamma Tricolore (Dreifarbige Flamme) sowie mehrere kleinere, radikale Rechtsparteien angehören, fordert eine umgehende Schließung der Grenze. Laut Lampedusas Bürgermeister gibt es in der Bevölkerung viel Sympathie für diesen Vorschlag.

Peter Entinger

Nicht wählerisch

Türkeis Armee bekämpft die Kurden gemeinsam mit Dschihadisten

Als die Bodenoffensive der türkischen Armee in Afrin begann, zeigte das türkische Staatsfernsehen Bilder von Freiwilligenverbänden, die vorwiegend aus Vollbartträgern bestanden, die unter den Augen der Türken in das Gebiet eindrangen. Bei diesen Freiwilligen kann es sich nur um radikale Moslems handeln. Die Vollbärte als Zeichen der Nachahmung des Propheten, sind ein klares Indiz dafür, dass hier Gotteskrieger im Dienste des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan am Werke sind. Erdogan scheut sich nicht, radikale muslimische Gruppen zu benutzen, um die Kurdenherrschaft in Afrin zu eliminieren.

Die Türkei hatte bereits 2011 ihre Grenze für radikale islamische Kämpfer geöffnet, sonst hätte sich der Islamische Staat (IS) nie über die Türkei Zehntausende ausländischer Kämpfer aus aller Welt in sein Gebiet einschleusen und sich so weit und so planmäßig in Syrien ausdehnen können. Erdogan erlaubte nicht nur al-Kaida, sich entlang der türkischen Grenze zu Idlib auszudehnen, sondern er hat seine Invasion in Afrin auch mit al-Kaida koordiniert. Erdogan kämpft nicht gegen al-Kaida, er arbeitet mit al-Kaida zusammen.

Dennoch kommen die türkische Armee und die sie unterstützenden radikalen Moslems der Freien Syrischen Armee (FSA) nur sehr langsam voran gegen den erbitterten Widerstand der kurdischen YPG-Kämpfer voran. In sechs Tagen konnten sie nur zwei Dörfer erobern sowie Teile von fünf weiteren Dörfern. Verglichen mit der Anzahl und Intensität ihrer Luftschläge und ihren Ansagen am Anfang der Operation Olivenzweig ist dies sehr wenig.

Die kurdischen Kämpfer leisten zähen Widerstand

Bislang haben Türken und radikale Moslems die türkische Grenze zu Afrin kaum überschritten. Bisher gibt es nach Angaben der syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte in London 133 Tote: 47 kurdische Kämpfer, 51 von der FSA und vier türkische Soldaten. Dazu kommen etwa 50 tote Zivilisten durch türkisches Feuer und zwei durch kurdischen Beschuss.

Laut Mitgliedern der Londoner Beobachtungsstelle soll die Türkei etwa 10 000 syrische radikale Moslems mobilisiert haben, um Afrin zu stürmen. Einige davon sind stationiert in Azaz am östlichen Rand von Afrin und andere südlich in Atmeh. Diesen gegenüber stehen schätzungsweise 8000 bis 10 000 kurdische YPG-Kämpfer in der Enklave. In Afrin gibt es etwa 1,1 Millionen Zivilisten: 600 000 Kurden, davon 10 000 Jesiden, und 500 000 arabische Binnenflüchtlinge aus anderen Teilen Syriens. Afrin war bis zur Offensive Erdogans eine der letzten vom Krieg verschonten Regionen Syriens.

Die FSA hatte 2011 den syrischen Bürgerkrieg mit einem Aufstand gegen das Regime von Präsident Baschar al-Assad begonnen. Zum Beginn der Afrin-Offensive haben die FSA starke Kampfgruppen aus den umkämpften Gebieten in Idlib abgezogen, um nun gegen die Kurden zu kämpfen. Schon längst hat die FSA sich zum Erfüllungsgehilfen des türkischen Präsidenten gemacht. Sie haben weder gegen den IS noch gegen das Regime in Deir al-Sor gekämpft, aber beteiligen sich jetzt am Angriff gegen die Kurden. Letztere werden bis zum Ende kämpfen. Eine Alternative sehen sie nicht.

Bodo Bost

Straßenschlachten in Calais

Christliche, schwarze Eritreer gegen islamische Afghanen

Bewaffnete Schleuserbanden haben sich stundenlange Gefechte in den Straßen von Calais geliefert. 22 Schwerverletzte, vier davon mit lebensbedrohenden Schussverletzungen, das war die Bilanz der kriegsähnlichen Zustände eines Tages unter afghanischen und eritreischen Asylsuchern in Calais an der französischen Kanalküste. Die meisten Verletzen waren zwischen 16 und 18 Jahre alte Eritreer, die von den Afghanen mit Schusswaffen beschossen worden waren. „Der Hindukusch und die Taliban sind voll bewaffnet in Europa angekommen", lautete der Kommentar einer der Zeugen des Straßenkrieges von Calais. Die Stadt, die fast eineinhalb Jahrzehnte lang bis zum letzten Sommer den sogenannten „Dschungel von Calais", ein riesiges wildes Asylsuchercamp, erlebt hatte, ist bestimmt einiges gewohnt. Aber die Kriegsszenen von Anfang Februar haben alles übertroffen, was auch Hartgesottene in dieser Stadt je erlebt hatten. Nicht nur der Dschungel war nach und nach zurückgekommen, jetzt kommt auch noch rassistisch und/oder religiös motivierte Gewalt dazu, denn die Mehrheit der Eritreer sind Christen und im Gegensatz zu den Afghanen schwarz. Frankreich, das seit den islamischen Anschlägen auf „Charlie Hebdo" 2014 mit einem hausgemachten Dschihad konfrontiert ist, erlebt jetzt den Einfall eines Dschihad aus dem Hindukusch.

Angefangen hatte alles mit einer Schlägerei an einer Essenausgabestelle an einem Zelt für Eritreer, das von Afghanen heimgesucht wurde. Als die Polizei dazwischen ging, brach die Gewalt kurz darauf fünf Kilometer weiter noch brutaler aus. Videos zeigen mit Stangen und Steinen bewaffnete Immigranten, die aufeinander losgehen. Später fielen sogar Schüsse abgegeben von gewaltbereiten Afghanen, die ohne Vorwarnungen nach Art der Taliban oder des Islamischen Staates (IS) in die Menge der Wartenden schossen. Mehr als 1000 Polizisten waren im Einsatz, auch von ihnen wurden zwei verletzt. Mindestens ein afghanischer Schlepper wurde laut Behörden als Schütze identifiziert und wird gesucht.

Innenminister vermutet Rivalitäten zwischen Schleusern

Der französische Innenminister Gérard Collomb vermutet hinter der Schießerei Rivalitätskämpfe von Schleuserbanden, welche die Region von Calais seit Jahren erschüttern. Es geht um die bevorzugten Plätze der Schleusung nach Großbritannien, dem Ziel vieler Immigranten. Wie so oft spielen Hilfsorganisationen eine bedeutende Rolle, indem sie den Immigranten eine Infrastruktur bieten und so viele Immigranten in die wilden Camps nach Calais locken. „Ich appelliere an die Vernunft der Unterstützer: Es darf keine wilde Organisation außerhalb des Gesetzes geben", sagte Collomb angesichts eines „nie gekannten Ausmaßes" der Gewalt. Natacha Bouchart, die Bürgermeisterin von Calais, forderte, alle Immigranten, die sich an Gewaltaktionen beteiligt hätten, sofort aus Calais zu entfernen. „Wir können diese Migranten sich nicht länger untereinander bekämpfen lassen."

In Calais sammeln sich seit Jahrzehnten Immigranten, die illegal nach Großbritannien gelangen wollen. Die Regierung hatte im Sommer 2017 vor den Präsidentschaftswahlen „Dschungel" geräumt und verhindert seitdem die Entstehung neuer Elendslager. Allerdings verzeichnete Frankreich im Jahre 2017 auch mit 100 000 Asylsuchern einen neuen historischen Höchststand. *B.B.*

Öl als strategische Waffe

USA drängen mit Schieferöl auf den Weltmarkt – Russland konzentriert sich zunehmend auf China

2018 droht für Russland ein hartes Jahr zu werden. Die USA haben mit ihrer Schiefergasförderung den Ölproduzenten Saudi-Arabien bereits eingeholt und könnten die weltweite Nr. 1 Russland bald von ihrem Sockel stoßen. Moskau setzt verstärkt auf den Energiehunger Chinas.



Bereit für die Expansion auf den chinesischen Markt: Pumpstation in Ostsibirien als Teil der Ostsibirien-Pazifik-Pipeline

Bild: Imago

Ende November haben der russische Energieminister Alexander Nowak und sein saudi-arabischer Amtskollege Khalid al-Falih die im vergangenen Jahr vereinbarte Kürzung der Ölförderung bis Ende 2018 verlängert. Die selbst auferlegte Drosselung hat zur gewünschten Verknappung der weltweiten Lagervorräte geführt und mit über 60 US-Dollar je Barrel der Nordseesorte Brent kostet Öl so viel wie seit drei Jahren nicht mehr. Die Nachfrage ist derzeit stärker als die Produktion. 2016 war der Ölpreis zeitweise von 110 auf unter 30 Dollar je Barrel eingebrochen, was die Konkurrenten Russland und OPEC schließlich dazu gebracht hatte, sich auf eine Drosselung der Fördermenge zu verständigen.

Das Prinzip von Angebot und Nachfrage ginge auch längerfristig auf, käme da nicht der Konkurrent USA ins Spiel. Im November knackten die USA die Marke von zehn Millionen Barrel Förderung pro Tag. Schon jetzt haben sie mit Saudi-Arabien gleichgezogen. Russland, mit knapp elf Millionen Barrel täglich die Nr. 1, gelangt in Reichweite. Die Produktion in den USA dürfte weiter steigen. Wegen der gestiegenen Preise auf dem Weltmarkt und der Verknappung wird nun auch das Schieferöl aus den USA konkurrenzfähig. Die US-amerikanische Handelsorganisation Energy Information Administration (EIA) hält einen länger anhaltenden Boom der Schiefergasförderung für wahrscheinlich, während die OPEC davon ausgeht, dass die Schieferrevolution bereits 2020 vorbei sein wird.

Ein stabiler Ölpreis ermöglicht es Russland, sich allmählich aus der Rezession zu befreien. Schlüsselfaktor ist dabei die geringer werdende Abhängigkeit vom Öl. 2017 konnte der Rohstoffgigant bereits die Hälfte seines Sozialprodukts, das um 2,5 Prozent gestiegen ist, aus Öl-unabhängigen Sektoren generieren. Im vergangenen Jahr stieg Russland beispielsweise zum weltweit größten Weizenexporteur auf.

Russland konzentriert sich seit den wegen des Ukraine-Konflikts verhängten Sanktionen seines bislang wichtigsten Absatzmarkts EU auf Ölexporte nach China. Die Rohöl-Exporte ins Reich der Mitte konnten innerhalb weniger Jahre verfünffacht werden, und Moskau geht offenbar davon aus, dass der Energiehunger der Chinesen weiter wachsen wird. Ende 2017 gingen bereits 1,3 Millionen Barrel am Tag nach China. Mit der neuen Ostsibirien-Pazifik-Pipeline trotzt Moskau den EU-Sanktionen. Mit einer zweiten Röhre zu der bereits bestehenden Pipeline konnte die Lieferkapazität verdoppelt werden.

Das bleibt nicht ohne Folgen für Europa. Um den steigenden Export nach China gewährleisten zu können, werden schon jetzt die Lieferungen in den Westen gedrosselt. Dank der zusätzlichen Absatzmöglichkeiten in Fernost kann Russland zudem höhere Preise für sein Öl verlangen. Auch was die Qualität anbetrifft, scheint der Westen ins Hintertreffen zu geraten. Aktuell beklagen europäische Abnehmer, dass die Qualität des russischen Öls schlechter geworden sei. Sie stellten einen erhöhten Schwefelgehalt beim Öl der Marke Urals fest. Die Agentur Reuters berichtete, dass Russland gleichzeitig Öl von besserer Qualität an China liefere, und sieht einen Zusammenhang mit den OPEC-Vereinbarungen, deretwegen Russland seine schwefelarmen Vorkommen in Sibirien nicht fördern könne.

> Europäer bezahlen die Zeche für den Kampf der Giganten

Liefert Russland dauerhaft qualitativ schlechteres Öl zu gestiegenen Preisen in die EU, werden die USA ihr Ziel leichter erreichen können, Russland als Hauptlieferanten der Europäer mit ihrem verhältnismäßig teuren Schieferöl abzulösen. Doch auch US-Börsianer sehen den Ölpreis weiter unter Druck, denn selbst, wenn die USA Russland den Rang als Nr. 1. der Ölproduzenten ablaufen, wächst die Gefahr eines Überangebots, je mehr Öl auf den Markt strömt. Die Preise könnten schnell wieder sinken.

Wie bei vielen ölproduzierenden Ländern bestimmt in Russland der Ölpreis das Budget. Konnte das Land auch Einnahmen aus Öl-unabhängigen Sektoren gewinnen, so reichen diese nicht aus, um die Wirtschaft auszubauen. Innovationen sind jedoch dringend nötig in den Bereichen Luftfahrt, Autobau, Landwirtschaft und, IT-Sektor, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu werden. Hier gibt es immer noch immensen Nachholbedarf. Das strategische Ziel der Regierung Putin für die kommenden Jahre lautet daher, sich auf die vorhandenen Ressourcen und das wissenschaftlich-technische Potenzial zu stützen.

Ein niedriger Ölpreis hat negative Auswirkungen auf die Erschließung neuer Vorkommen. Nicht nur Russland, sondern auch Norwegen hatte ab 2014 neue Erschließungsprojekte auf einen späteren Zeitpunkt verlegt. Niedrige Investitionen könnten wiederum zu einer Verknappung des Ölangebots in den kommenden fünf bis zehn Jahren führen.

Noch hat Russland als größter Ölproduzent die Nase vorn, doch die künftige Entwicklung hängt nicht zuletzt von der Nachfrage in Fernost ab.

Manuela Rosenthal-Kappi

MELDUNGEN

Veränderung des Plastikmarktes

Brüssel – Die EU-Kommission will finanzielle Anreize zur Steigerung der Nachfrage nach wiederverwertetem Plastik schaffen. Die Pläne sind Teil einer neuen Strategie, nachdem China sich entschieden hat, keinen Plastikmüll aus Europa mehr zu importieren. Die europäischen Recyclingfirmen wissen jetzt nicht, wohin sie ihren Recyclingmüll schicken sollen. Die Europäer produzieren jedes Jahr rund 25 Millionen Tonnen Plastikmüll, aber weniger als 30 Prozent davon werden wiederverwertet. Die EU-Kommission will, dass bis 2030 alle Plastikverpackungen wiederverwertbar sind. *J.H.*

(siehe Kommentar Seite 8)

Athen platziert Staatsanleihe

Athen – Erstmals seit 2010 hat Griechenland eine Staatsanleihe mit siebenjähriger Laufzeit an den Finanzmärkten platziert. Mit der Anleihe will die Regierung insgesamt drei Milliarden Euro einnehmen. Akuten Bedarf, sich an den Finanzmärkten Geld zu besorgen, hat Griechenland derzeit nicht, da es aus dem laufenden EU-Hilfsprogramm 6,7 Milliarden Euro erhält. Vielmehr will Athen ein wichtiges Signal aussenden und sich für die vollständige Rückkehr an die Kapitalmärkte wappnen. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.972.610.112.268 €
Vorwoche: 1.972.657.628.999 €

Verschuldung pro Kopf:
23.824 €
Vorwoche: 23.824 €

(Dienstag, 13. Februar 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Gemischte Bilanz

Deutscher Maschinenbauverband legt Zahlen für 2017 vor

Der Maschinenbau gilt traditionell als Herzstück der deutschen Wirtschaft. Nach einigen Schwierigkeiten zeigt die Konjunkturkurve wieder nach oben. Dennoch gibt es auch Grund zur Sorge.

Im Geschäftsjahr 2017 gingen preisbereinigt acht Prozent mehr Bestellungen bei der exportorientierten Industrie ein als im Jahr zuvor. Die Aufträge aus dem Ausland legten kräftig um ein Zehntel zu. Im Inland war der Zuwachs mit fünf Prozent halb so stark. Dies geht aus Zahlen hervor, die der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) in der vergangenen Woche präsentiert hat.

Zuvor hatten fast fünf Jahre lang eine schwächelnde Weltwirtschaft und politische Unsicherheiten die Geschäfte belastet. Der jetzige Anstieg sei angesichts der Kapazitätsauslastung der deutschen Industriekunden „längst überfällig, aber zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit auch dringend notwendig“, so der VDMA-Chefvolkswirt Ralph Wiechers.

Verbandsgeschäftsführer Thilo Brodtmann warnt angesichts eines sich veränderten politischen Klimas in England oder den USA vor „neuen Handelsschranken“, die dem deutschen Export schaden könnten. „Wir müssen alles dafür tun, damit es nicht zu einer Spirale des Protektionismus kommt“, sagt er. Für die deutschen Maschinenbauer sind die USA traditionell der wichtigste Einzelexportmarkt.

Allerdings biete eine veränderte politische Lage auch neue Chancen, heißt es innerhalb des Interessenverbandes. So sehen die Maschinenbauer trotz protektionistischer Tendenzen in den USA und der ergebnislosen Welthandelskonferenz weiterhin große Chancen für den Freihandel. „Tatsächlich brachte 2017, ausgehend von der Europäischen Union, auch sehr viele positive Entwicklungen“, sagt Ulrich Ackermann, Leiter Außenwirtschaft des VDMA. Als Beispiele nennt er das geplante Freihandels- und Investitionsschutzabkommen der EU mit Japan (JEFTA), den vorläufig in Kraft getretenen Handelspakt mit Kanada (CETA) und die kurz vor dem Abschluss stehende Modernisierung des Abkommens mit Mexiko. „Dass plötzlich auch die Verhandlungen zwischen der EU und dem südamerikanischen Staatenbund Mercosur Fahrt aufgenommen haben, ist ebenfalls kein Zufall und hat mit den USA zu tun. Die Länder sehen sich nach Alternativen um“, sagt Ackermann. Europa könne so seine Reputation in anderen Regionen ausbauen.

> Trotz Wachstum sieht man auch Grund zur Sorge

Im Hinblick auf die mögliche Wiederauflage der Großen Koalition herrscht laut Wiechers in den Reihen der Maschinenbauer nicht nur Zuversicht: „Die künftige Bundesregierung ist gefordert, mit Hilfe einer wachstumsfreundlichen Politik dafür zu sorgen, dass sich Deutschland seine Zukunft nicht wegen zu geringer Investitionen verbaut.“ Im Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie sieht der Verband eine schwere Belastung für viele Betriebe. Die Entgelterhöhung um 4,3 Prozent sei für viele Maschinenbauer nicht leicht zu schultern, so der Regional-Geschäftsführer Dietrich Birk.

Allenthalben beklagt wird ein Fachkräftemangel. „Die anhaltend hohe Nachfrage nach technischen Fachkräften, IT-Spezialisten oder Ingenieuren führt für unsere Unternehmen immer häufiger zu Engpässen in der Mitarbeitersuche“, so der VDMA-Chef Martin Welcker. Ende 2017 gab es nach Schätzungen des Verbandes insgesamt 27 000 offene Stellen im Maschinenbau. *Peter Entinger*

Die ruhmlosen Sechs

Der Westbalkan ist vom EU-Niveau noch meilenweit entfernt

Die EU-Kommission hat ein Strategiepapier veröffentlicht, in dem konkrete Beitrittsperspektiven für sechs Staaten des Westbalkans festgehalten sind. Bislang sind Slowenien und Kroatien die einzigen Länder der Region, die den Sprung in die EU geschafft haben. Nach den vorgelegten Plänen sollen in einigen Jahren Serbien, Montenegro, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Albanien und das Kosovo als neue EU-Mitglieder folgen. Die Kommission sieht laut dem Strategiepapier die Möglichkeit, dass Serbien und Montenegro bereits bis zum Jahr 2025 in die EU aufgenommen werden. Beide Länder haben bereits seit einigen Jahren den Status von Beitrittskandidaten. In die gesamte Westbalkanregion sind in den letzten Jahren bereits Milliarden Euro als EU-Anpassungshilfen geflossen.

Die EU-Kommission weist in ihrem Strategiepapier deutlich darauf hin, dass in der gesamten Region noch immer enorme Anstrengungen nötig sind. Angesprochen werden eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit durch Einmischungen der Politik und eine Unterentwicklung des Privatsektors. Ebenso erwähnt werden Probleme bei der Rechtsstaatlichkeit, der Sicherheit und bei den Beschäftigungsaussichten junger Menschen.

Tatsächlich hat die Region demografische Probleme durch Überalterung und Abwanderung. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geht davon aus, dass die Westbalkanregion seit dem Zerfall Jugoslawiens etwa ein Viertel ihrer Stammbevölkerung verloren hat. Allein aus Serbien sind laut der OECD zwischen 2007 und 2014 rund 300 000 Menschen ins Ausland abgewandert. Auch die Weltbank hat sich im vergangenen Jahr in einer Studie eingehend mit der ökonomischen Situation der Westbalkanstaaten befasst. Nach den Berechnungen der Weltbank müssten die Volkswirtschaften der Westbalkanländer jährlich um mindestens sechs Prozent wachsen, damit sie bis 2040 den EU-Durchschnitt bei der Wirtschaftsleistung erreichen. Tatsächlich liegen die Wachstumsraten jedoch derzeit nur bei rund drei Prozent. Laut der Weltbank ist die hohe Arbeitslosigkeit in der Region in den letzten Jahren nur sehr langsam gesunken. Im Schnitt lag die Arbeitslosenquote in Serbien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro, Albanien und dem Kosovo im Jahr 2010 bei 23 Prozent. Die Weltbankexperten konnten bis 2016 lediglich ein Absinken auf 21 Prozent feststellen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in den sechs Westbalkanländern im Durchschnitt sogar bei fast 48 Prozent, im Kosovo bei 60 Prozent.

> Beitrittsperspektive trotz gravierender Probleme und Defizite

Vertreter der EU-Kommission nennen als Gründe für die Beitrittsstrategie neben wirtschaftliche Interessen auch sicherheitspolitische Motive: „Wenn es in einem dieser Länder ein Sicherheitsproblem gibt, dann ist das automatisch auch ein Sicherheitsproblem für die EU“, so die italienische EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini. Tatsächlich sehen einige Experten den Einfluss der EU auf dem Westbalkan zunehmend gefährdet. Das Center for Security Studies (CSS) an der ETH Zürich zog bereits im Jahr 2017 in einer Untersuchung das Fazit, dass Russlands Einfluss auf dem Westbalkan in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Ein Forscher des Brüsseler Büros der Stiftung Wissenschaft und Politik wies wiederum auf das wachsende Engagement Chinas hin, das den Balkan als wichtige Transitroute in die EU sieht. *Norman Hanert*

China in der Pflicht

Von Eberhard Hamer

China hat bisher allein aus Deutschland jährlich 560 000 Tonnen Altplastik übernommen und dort sortiert, zum Teil aufbereitet, im Übrigen verbrannt oder deponiert oder im Meer verklappt. Insgesamt wurden mehr als die Hälfte der weltweiten Müllimporte so vom Reich der Mitte entsorgt. Damit ist seit dem Jahreswechsel Schluss. China hat den Import von 24 Abfallarten verboten, darunter vor allem den von Kunststoffabfällen.

In Deutschland gibt es zwar auch einige Lager für Verpakkungsabfälle, diese sind aber mittlerweile voll, so dass neue Lösungen her müssen. Die Entsorgungswirtschaft plant nun, den Großteil ihrer Plastikabfälle nach Osteuropa und dort insbesondere nach Polen, Rumänien und Bulgarien zu exportieren und dort zu deponieren. Das ist allerdings nach EU-Recht verboten, weil auch diese Länder keine ausreichende Kapazität haben, um etwa das Altplastik dort zu verbrennen, so dass es wohl dort, wie schon jetzt der eigene Plastikmüll, zu 85 Prozent auf den Deponien landet.

Die EU plant allerdings, vorzuschreiben, dass nur noch maximal zehn Prozent des Mülls auf eine Deponie gebracht werden dürfen und hat im vergangenen Jahr sogar Klage gegen Rumänien eingereicht, weil der dortige Abfallbewirtschaftungsplan und das Abfallvermeidungsprogramm immer noch nicht EU-Standards erfüllten. Rumänien hat nicht einmal die 68 illegalen Deponien geschlossen oder saniert. Solche illegale Entsorgung deutschen Plastikmülls wird aber nicht auf Dauer möglich sein. Vermutlich wird dann die Abfallwirtschaft in anderen Gegenden der Welt neue legale oder illegale Entsorgungsmöglichkeiten suchen, denn weg muss der Plastikmüll, weil wir ihn selbst verwerten oder entsorgen können.

Die Plastikmüllfrage kann langfristig entweder nur durch gesetzliche Begrenzung der Plastikproduktion beziehungsweise -entsorgung im Wege des Verbrennens oder dadurch gelöst werden, dass den Plastikproduzenten endlich die Kosten auch der Plastikbeseitigung aufgelastet werden, so dass Plastik teurer würde und dadurch im Markt geringer nachgefragt. Das Beispiel der Plastiktüten mit ihrem Verbot in einzelnen Ländern zeigt die Wirkung von gesetzlichen oder preislichen Beschränkungen. Selbst die EU will jetzt die Plastikflut durch Steuern bekämpfen.

Im Falle Chinas allerdings ist nicht einzusehen, dass die EU und Deutschland das Importverbot von Altplastik durch China kommentarlos hinnehmen. Immerhin stammt der größte Teil des Altplastiks aus dem größten Exportland von Neuplastik, nämlich aus China. Würde man also China verpflichten, im Rahmen seiner Plastikexporte auch Restmüllimporte aufzunehmen, würde auch dadurch eine plastikreduzierende Marktkorrektur erzeugt werden.

Aber die Eurokratie ist ja nur gegenüber den Mitgliedsländern hart. Gegenüber herrschenden Weltmächten wie den USA oder China hat sie sich bisher schon nichts getraut, nicht einmal beim Ausverkauf der europäischen Technologiefirmen an diese beiden Länder. Die EU schreit nach ständig neuer Zuständigkeit. Sie sollten erst einmal die ihr bereits übertragenen Aufgaben erledigen, bevor sie nach weiteren suchen.

»Wir sind eins. ARD!«

Von Hermann Paul Winter

Als stärkster Oppositionsfraktion im Bundestag steht der AfD der Vorsitz des Haushaltsausschusses zu. Dafür nominierte die Partei im Januar ihren Abgeordneten Peter Boehringer, was sofort auf Empörung und Ablehnung bei den anderen Parteien stieß. Er habe sich in der Vergangenheit als nicht für das Amt geeignet erwiesen. Üblicherweise werden die Vorsitzenden der Ausschüsse ernannt. Peter Boehringer hingegen musste sich einer Wahl stellen. Mit den Stimmen von AfD und FDP wurde er zwar gewählt, gleichwohl attackierten SPD und Linke Boehringer weiterhin massiv.

Getreu ihrem Slogan „Wir sind eins. ARD!“ ließ die „Tagesschau“ zur Hauptsendezeit hierzu zwei linke Kommentatoren zu Wort kommen, mit denen sie nicht besser hätte verdeutlichen können, in welchem Ausmaß Parteienestablishment und Staatsmedien mit zweierlei moralischen Maßstäben messen: Gesine Lötzsch und Johannes Kahrs.

Lötzsch und Kahrs über Boehringer in der »Tagesschau«

Gesine Lötzsch, ehemalige Chefin der SED-Nachfolgepartei „Die Linke“ und Amtsvorgängerin Boehringers giftete, dessen bisherige Verlautbarungen seien mit der Position eines Vorsitzenden unvereinbar. Es sei ihr aufgefallen, dass er sich rassistisch und frauenfeindlich geäußert habe. Dies sei keine Basis für die Repräsentation des Ausschusses.

Eine Unverfrorenheit: Lötzsch hatte noch 2011 frank und frei den Kommunismus zum Ziel ihrer Partei erklärt. Sie hatte damals postuliert, zum Kommunismus könne man nur finden, wenn man sich auf den Weg mache und diesen ausprobiere. Sie zitierte hierzu Rosa Luxemburg: „So soll die Machteroberung nicht eine einmalige, sondern eine fortschreitende sein, indem wir uns hineinpressen in den bürgerlichen Staat, bis wir alle Positionen besitzen und sie mit Zähnen und Nägeln verteidigen.“ 2012 wurde bekannt, dass Lötzsch vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

Als ihr drei Jahre nach diesen Äußerungen umstandslos der Vorsitz des Haushaltsausschusses zugesprochen wurde, war ihre verfassungsfeindliche Gesinnung in den Medien kein Thema. Kein Journalist, keine „Tagesschau“ erwähnte sie auch nur oder zog Zitate hervor. Es darf durchaus als geistige Nähe verstanden werden, dass die „Tagesschau“ ausgerechnet Lötzsch um ein Urteil über Boehringer bat.

Ähnlich dreist auch die Aufforderung des SPD-Bundestagsabgeordneten Johannes Kahrs in der „Tagesschau“, Boehringer möge künftig auf „unnötige politische Äußerungen verzichten“. Diesbezüglich muss sich Kahrs allerdings an die eigene Nase fassen: Im vergangenen September bezeichnet er die AfD-Bundestagsfraktion als „Haufen rechtsradikaler Arschlöcher“.

Aber auch davon hat man in der „Tagesschau“-Redaktion wohl wieder einmal nichts gewusst.



Die ARD übertrug in der „Tagesschau“ zur Hauptsendezeit einen Kommentar von ihr zu seiner Wahl zum Vorsitzenden des Bundestagshaushaltsausschusses: Gesine Lötzsch und Peter Boehringer

Bild: pa

Gegenwind



Hochmut eines geistigen Neokolonialismus

Von Florian Stumfall

Im chinesischen Shanghai ist es Forschern gelungen, zwei Affen zu klonen. Seit vor 22 Jahren das Klon-Schaf Dolly Schlagzeilen gemacht hat, ist die Technik, wonach derlei abläuft, bekannt: Einem weiblichen Tier, sei es nun Schaf oder Affe, wird eine Eizelle entnommen und dieser wiederum der Zellkern mit dem Erbgut. Ersetzt wird dieser Zellkern durch denjenigen eines Spenders, Affe oder Schaf oder sonst ein Tier, je nachdem. Die geimpfte Eizelle wird einer Leihmutter übertragen, und im weiteren Verlauf sorgt die Natur fürs Gelingen, vielleicht.

Technisch gesehen scheint der Vorgang also keine Probleme mehr zu bereiten. Zwar waren für den Durchbruch viele Versuche nötig, die eine hohe Zahl an Ausfällen mit sich brachten, aber das wird Chinas Forscher nicht hindern, ihre Methode zur Serienreife zu entwickeln.

Aber es gibt natürlich diejenigen, die nach der ethischen Seite des Experiments fragen. Die Rücksichten reichen einerseits vom Problem des Wohlbefindens der Tiere bis hin zu der Vorstellung, man werde ein Experiment dieser Art eines Tages am Menschen vollziehen.

Es ist sicher kein Wunder, dass die Affen-Reproduktion in China geschehen ist und nicht etwa in Europa. Denn was die ethischen Einwände angeht, so sind die Verhältnisse in Europa und in China völlig unterschiedlich. Um es grob zu skizzieren: In Europa neigt man, was das Klonen von Menschen angeht, eher zu Skrupeln, in China fühlt man sich von derartigen Bedenken weitgehend frei. Um diese Erscheinung zu beleuchten, ist es zweckmäßig, sich eine andere Episode ins Gedächtnis zurückzurufen, die nur scheinbar völlig anders geartet ist als die Sache mit den Klon-Affen.

Im Jahre 1989 kam es in der chinesischen Hauptstadt Peking zu einer Studentenrevolte, bei deren Niederschlagung wohl an die 5000 Menschen ums Leben kamen. Bekannt wurden Aufruhr und blutiges Ende als das „Massaker am Platz des Himmlischen Friedens“, allerdings nur im Westen, in China wird vom „Zwischenfall am 4. Juni“ gesprochen. Aufschlussreicher allerdings ist einer der wenigen offiziellen Kommentare zu den Vorwürfen, denen sich China noch einige Zeit ausgesetzt sah. Sinngemäß sagte der Funktionär, auch wenn es soundsoviele tausend Tote gegeben haben möge, so habe man doch in China seit 20 oder mehr Jahren keine Hungersnot mit entsprechend Hunderttausenden von Toten gehabt.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Eine andere Rechtfertigung der Niederschlagung passt genau zu diesem Gedankengang: Man habe die „Stabilität des Landes“ schützen müssen, ebenjene Stabilität, die es der Regierung erlaube, erfolgreich Hungersnöte zu bekämpfen. Das Ganze erscheint nicht als ethisches Problem, sondern als ein Rechenexempel: Die kommunistische Diktatur führt zu stabilen Verhältnissen, die das Bevölkerungswachstum fördert. 5000 Opfer, die nach Freiheit gerufen hatten, stellen demgegenüber nur eine zu vernachlässigende Größe dar.

Der Mensch als mathematisches Eintel. Diese Denkweise ist nicht den Chinesen vorbehalten. Als Franz Josef Strauß im Jahr 1986 in Damaskus Hafiz al-Assad, den Vater von Baschar Hafiz al-Assad, besuchte, warb er für den Frieden Syriens mit Israel auch mit dem Hinweis auf die vielen toten Syrer, die der Konflikt kostete. Assad darauf: „Aber Exzellenz – Allah schenkt uns eine Nacht der Freude und wir haben wieder tausend neue Kämpfer.“ Auch hier dieselbe Erscheinung: Der Mensch zählt nach Funktion und Zahl, nicht nach seinem Wesen.

In naturnahen Kulturen war es bis vor wenigen Jahrzehnten üblich, Alte und unheilbar Kranke auszustoßen, so wie Eskimos, die eine Last für die Sippe darstellten und so zur Gefahr für alle wurden. Sie hat man auf einer Eisscholle ausgesetzt. Auch in Afrika wurden solche Mitglieder der Gemeinschaft aus ihr ausgestoßen, weil die Strenge der Natur es nicht erlaubte, allzu schwache Mitglieder durchzuschleppen.

Dahinter stand die Notwendigkeit, die Gemeinschaft zu erhalten, und die Überzeugung, dass sie absoluten Vorrang habe vor dem Schicksal eines einzelnen. Was aussieht wie Brutalität gegen einen einzelnen Menschen, ist begründet in der Sorge um alle. Erst die technisch-wirtschaftliche Entwicklung des vergangenen Jahrhunderts hat dazu geführt, dass solche Maßnahmen wie das Aussetzen unterbleiben konnten.

Jene Entwicklung aber, welche die Welt verändert hat, ging ganz ausschließlich von den westlichen Ländern aus, in denen so harte Bräuche wie die beschriebenen auf den größten Abscheu stoßen. Es ist denn auch die entscheidende geistige Leistung Europas – des Europa, das als kulturelles Gebilde mit der EU so arg wenig zu tun hat –, dem einzelnen Menschen Recht und Wert und Würde zuzubilligen. Der Einzelne als Träger des Rechts – dieser Gedanke ist es, der Europa von den anderen großen Kulturen dieser Welt unterscheidet. Es ist das Menschenbild, nichts anderes. An ihm orientiert sich gleichermaßen das Bild von der Welt und wie sie zu ordnen sei.

Die Bereitschaft aber, überhaupt nur das Bestehen anderer als der eigenen ethischen Kategorien anzuerkennen, ist nicht weit verbreitet, die Fähigkeit sich in solch andere Kategorien hineinzudenken, noch viel weniger. Daher dominiert weitum und ziemlich unangefochten die Überzeugung, es gebe so etwas wie ein Weltethos, also sittliche Grundsätze, die überall gelten. Beliebt ist diese Auffassung auch, weil sie als ideologische Grundlage für die Eine-Welt-Gleichschaltung dienen kann. Als Beleg für die Behauptung, es gebe ein universelles Weltethos, das westliche nämlich, wird gerne die Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen aufgeführt – dort habe man sich doch auf die allgemein gültigen sittlichen Grundlagen der Menschheit geeinigt, nicht wahr?

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Ja, wenn es denn so einfach wäre. Bei der Menschenrechtskonvention ist es wie bei anderen Bekundungen durch Länder meist der Dritten Welt, die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) oder der Weltbank oder eben den UN verlangt werden. Die Bekenntnisse werden geleistet, sooft das gewünscht wird, solange man sich nicht daran halten muss. Das gilt für so gut wie alle Länder, die von Zuwendungen aus internationalen Einrichtungen oder der Entwicklungshilfe westlicher Länder leben. Sie können es sich gar nicht leisten, hier einen argumentativen Widerstand zu leisten und bekennen sich beispielsweise zur Demokratie, und wenn diese auch ihrer Tradition noch so ferne liegt.

Ebenso ist das mit dem Menschenrechten und dem Universalethos. Nehmerländer bekennen sich dazu, weil sie hilflose Opfer der Anmaßung des Westens sind, der einen ethischen Maßstab für die ganze Menschheit innezuhaben beansprucht. Sam Huntington hat diese Beziehung in seinem bedeutenden Werk „Kampf der Kulturen“ ebenso knapp wie umfassend gekennzeichnet: „Die Nichtwestler betrachten als westlich, was der Westler als universal betrachtet.“

Und dann gibt es noch die islamische Welt. Sie hat einen höchsteigenen Kodex, der sich zwar an der UN-Charta orientiert, aber alle Punkte unter den Vorbehalt der Scharia stellt. Das heißt, was von dieser abweicht, hat keine Geltung für rund eine Milliarde Menschen. So bleibt von der Idee des Weltethos nichts als der Hochmut eines geistigen Neokolonialismus, der den Westen in der Welt verächtlich macht.

Florian Stumfall

Kunst trägt Feigenblatt

Die Kultur muss sich warm anziehen – Eugen Gomringers Gedicht »Avenidas« ist nur das erste Opfer einer Empörungswelle

Auf die Kunst kommen schwere Zeiten zu. Als anstößig empfundene Gedichte werden übertüncht, alte Kunstwerke mit Darstellungen nackter Personen aus Museen verbannt. Erleben wir eine neue Epoche der Bilderstürmerei?

In der Kunstgeschichte genießt der italienische Renaissancemaler Daniele da Volterra einen fragwürdigen Ruf. Er wird als „Hosenmaler" bezeichnet, weil er nackte Gestalten in der Malerei „angezogen" hat. Sein größter Frevel ist noch heute in der Sixtinischen Kapelle des Vatikans zu sehen. Der Schüler Michelangelos hat nach dem Tod seines Meisters auf Geheiß Papst Pius' IV. einigen in dem monumentalen Wandfresko „Jüngstes Gericht" ursprünglich vollständig im Adamskostüm gezeigten himmlischen Gestalten einen Schleier über die Geschlechtsteile gelegt.

In späteren Jahrhunderten übertünchten auch andere Maler diese und andere nackte Tatsachen. Bei jüngsten Restaurierungen konnten deren Hinzufügungen zum größten Teil wieder rückgängig gemacht werden. Nicht jedoch jene des Hosenmalers, da er sie als Fresko verarbeitet und dafür Michelangelos originale Blößen amputiert hatte.

Adam und Eva waren ursprünglich splitternackt. Erst ein zunehmend von christlicher Sittenstrenge geprägter Zeitgeist verpasste ihnen Feigenblätter über ihre Intimstellen. Wann und wo dieses in der Kunst geschah, sagt auch viel über die kulturelle Empfindlichkeit aus. Während sich in Florenz – noch – niemand daran stört, dass Michelangelos David ohne Lendenschurz vor dem Alten Rathaus der Stadt auf der Piazza della Signoria steht, trägt eine Kopie dieser gigantischen Marmorstatue im Londoner Royal Albert Museum eigens ein Feigenblatt aus Gips.

Der Spruch „No sex please, we're British" kommt nicht von ungefähr. Die Prüderie im Inselreich hat ihre Wurzeln im viktorianischen Zeitalter, als sich die Briten so zugeknöpft gaben wie ihre damalige Queen Victoria auf den königlichen Gemäldeporträts.

Vor 50 Jahren hat die 68er-Bewegung noch die „sexuelle Revolution" ausgelöst. Mit den Frauen- und Genderbeauftragen, die auf diesem Weg der moralischen Selbstbefreiung mit durch die Institutionen gewandert sind, frisst sich diese Revolution selbst auf. Ein neuer Viktorianismus greift um sich, die Kunst trägt wieder Feigenblatt oder wird gleich ganz entfernt.

Aktuellstes Opfer dieser neuen Gegenmoral, die alles zensiert, was als sexuell anstößig betrachtet werden kann, ist Eugen Gomringers Gedicht „Avenidas", das noch die Fassade der Berliner Alice-Salomon-Hochschule ziert. Sechs Jahre lang störte sich niemand an den Wortfetzen in spanischer Sprache, bis eine aufgehetzte Studentenvertretung im Zuge der Empörungswelle um die „MeeToo"-Debatte dieses Gedicht eines „Bewunderers" den Stempel „frauenfeindlich" aufgedrückt hat. Bald kommt ein radikaler Hosenmaler daher: Er wird die Lettern an der Fassade übertünchen und durch neue Verse einer Lyrikerin ersetzen, die nur noch aus Feigenblatt besteht.



Künstlerische Koproduktion im Vatikan: Verschleierungen des „Hosenmalers" im Michelangelo-Fresko „Jüngstes Gericht"

Die heutigen Empfindlichkeiten lösen eine Variation der Bücherverbrennung aus, vor der nicht einmal anerkannte Klassiker geschützt sind. Wer einmal erlebt hat, was für Blüten die Hexenverfolgung sexuell anrüchiger Literatur an US-Hochschulen treibt, der ahnt, was auf uns noch zukommen mag. Dort gibt es Forderungen nach „Trigger-Warnungen", wenn Bücher nicht den Anforderungen einer verängstigen Gruppe der Bevölkerung entsprechen. Es handelt sich um eine Art Beipackzettel, der sich etwa so liest: „Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihre Frauenbeauftragte oder Ihren Psychoanalytiker."

Solches hätte laut einem US-Studenten in Sophokles Drama „Antigone" stehen müssen, denn die darin geschilderten Selbstmorde hätten bei ihm ein Trauma ausgelöst, das in einen Suizid hätte führen können. Selbst der Klassiker der modernen US-Literatur schlechthin, F. Scott Fitzgeralds „Der große Gatsby", steht wegen angeblicher Misogynie (Frauenhass) auf der Abschussliste. Wenn es so weitergeht, müssten auch hierzulande in nahezu jedem Klassiker Warnhinweise vor möglichen gefährlichen Inhalten stehen: „Faust" – Satanismus, Anleitung zum Wahnsinn, „Die Räuber" – Gewaltverherrlichung, „Effi Briest" – eheliche Untreue.

Ob Grimms Märchen wegen schockierender Horrorelemente – Gretel wird vom Wolf gefressen und wieder ausgespuckt – für Kinder noch pädagogisch zumutbar sind, wird schon lange diskutiert. In London wollte jetzt eine Helikopter-Mutter der Schule ihrer Tochter verbieten lassen, „Dornröschen" zu lesen, weil der Prinz die schlafende Prinzessin ohne ihre Einwilligung küsst.

Mit den unter ständiger Kontrolle ihrer Eltern aufgewachsenen Kindern wächst eine Helikopter-Generation heran, die alles abwehrt, was auf ihr zartes Gemüt schlagen könnte. Inzwischen bieten Hochschulen „sichere Orte" an, die vor unzeitgemäßen Ansichten Schutz bieten sollen. Es handelt sich um Kuschelzonen, in denen die Utopie einer Sozialromantik ausgelebt wird, die von der als gefährlich empfundenen Welt abgekapselt ist. In dem Science-Fiction-Film „Demolition Man" von 1993 ist das bereits auf eine köstliche Weise persifliert: Wehrlose Bewohner einer friedfertigen Stadt der Zukunft kapitulieren dort vor einem einzigen Gewaltverbrecher, der aus der Vergangenheit dort hereinbricht.

Der Gewaltverbrecher, vor dem man heute Angst hat, heißt „Andersdenkender". Die Gefahr der Abschottung in „sicheren Räumen" bedeutet ein Ausweichen vor kritischer Auseinandersetzung mit anderen Denkgewohnheiten sowie einem Ende der Diskussionskultur. Eine Kunst, die nicht den Genderrichtlinien entspricht, bleibt dabei auf der Strecke. Das gilt selbst für einen Rokoko-Maler wie François Boucher. Als ein Kunstlehrer im US-Bundesstaat Utah seinen Schülern ein Boucher-Gemälde mit einer nackten Odaliske zeigte, wurde er wegen Präsentierens von „pornografischem Material" gefeuert. Gemessen daran müsste jede Gemäldegalerie die Hälfte der Bilder entfernen, da die Besucher sonst einen Schock fürs Leben bekommen könnten.

Noch scheint der Widerstand gegen diese Kunstzensur groß zu sein. Als die Manchester Art Gallery kürzlich probeweise ein Gemälde aus dem 19. Jahrhundert mit nackten Nymphen ins Depot verbannte, war der Aufschrei vor diesem Kulturfrevel groß. Man hängte es wieder auf. Geht die Hysterie vor sexueller Gewalt allerdings weiter, wird ein neuer Hosenmaler in zukünftigen Jahren besonders viel zu tun haben. Mit Feigenblättern wird er sich dann nicht abfinden. Er wird die Nackten wohl gleich in einen Tschador kleiden. *Harald Tews*

Die Frau »Im Bilde«

Hedwig Lachmann – Dichterin und Friedensaktivistin aus Pommern

Die Oper „Salome" kennt nahezu jeder. Ebenso die Filme „Die Reifeprüfung" (mit Dustin Hoffman) und „Wer hat Angst vor Virginia Woolf?" (mit Elizabeth Taylor und Richard Burton). Mit allem hatte Hedwig Lachmann zu tun. Doch die aus Pommern stammende Dichterin, die vor 100 Jahren ein Opfer der Spanischen Grippe wurde, kennt kaum noch jemand. Aus ihrer Übersetzung von Oscar Wildes Drama „Salome" schuf Richard Strauss seine Oper. Und einer ihrer Enkel, der in Berlin geborene Mike Nichols, machte Karriere als gefeierter Hollywoodregisseur.

Lachmann wirkte als Erzieherin, Übersetzerin, Dichterin und Pazifistin. Und doch blieb sie meist im Schatten solcher damaliger Berühmtheiten wie dem Dichter Richard Dehmel, mit dem sie lange Zeit eng befreundet war, und dem sozialistischen Autor Gustav Landauer, mit dem sie verheiratet war. Dabei schuf sie ihrerseits herausragende Werke.

Lachmann wurde am 29. August 1865 in Stolp in Pommern als ältestes Kind von sechs Geschwistern einer jüdischen Gelehrtenfamilie geboren. Ein weiterführender Bildungsweg war dem Mädchen verwehrt. Abitur und Studium waren für Mädchen nicht vorgesehen. Da sie aber die Fremdsprachen gut beherrschte, machte Lachmann aus der Not eine Tugend. Sie bestand als 15-Jährige in Augsburg das Examen als Sprachlehrerin und erteilte anschließend Privatunterricht. 1882 ging die junge Frau als Erzieherin erst nach England, ehe sie nacheinander in Dresden und Budapest als Erzieherin und Sprachlehrerin tätig war. Dazu kamen erste eigene Schreibversuche und Übersetzungen.



Lachmann (um 1885) Bild: Zeno.org

Diese hatte sie im Gepäck, als sie sich 1889 in Berlin niederließ. Die aufstrebende Reichshauptstadt entwickelte sich damals zu einem Kulturzentrum. Hier machte sie die Bekanntschaft vieler Künstler wie des Dichters Dehmel und dessen Frau Paula. Dehmel förderte ihre Begabung und wünschte sich eine „Ehe zu dritt". Das aber lehnte Lachmann ab, die sich stattdessen Landauer zuwandte, den sie 1899 bei einer Lesung im Hause Dehmels kennengelernt hatte. Mit Folgen.

Lachmann und der Intellektuelle Landauer, der für einen „anarchistischen Sozialismus" eintrat, wurden schnell ein Paar. Doch Landauer war verheiratet. Da sich dessen Frau nicht scheiden lassen wollte, ging das Liebespaar nach England, wo beide als Übersetzer zusammenwirkten. Nach Landauers lange verzögerter Scheidung heiratete das Paar schließlich in Berlin, wo die junge Frau für den Unterhalt sorgte. Sie übersetzte Lyrik sowie Prosa aus dem Englischen, Französischen, Italienischen sowie Ungarischen ins Deutsche, brachte ihren eigenen Lyrikband „Im Bilde" heraus und zwei Töchter zur Welt. Ihre Gedichte beeindruckten durch gefühlsmäßige Bewegtheit und Formenstrenge. 1906 erschien dann ihre Oscar-Wilde-Biografie.

Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges führte das Paar einen wahren Feldzug gegen die Kriegsbegeisterung. Das Ehepaar bekannte sich öffentlich zum Pazifismus und brach deshalb auch mit engsten Freunden wie Dehmel. Im württembergischen Krumbach, wohin das Paar gezogen war, kam zu den Existenznöten schließlich die tödliche Krankheit. Lachmann erkrankte an der Spanischen Grippe und starb am 21. Februar 1918. *Martin Stolzenau/tws*

Das Dunkelkonzert

»Licht aus« bei Montforter Zwischentönen

Seit 2015 bieten die Montforter Zwischentöne dreimal pro Jahr eine Grenzwanderung von Musik, bildende Kunst und Literatur. Im Grenzgebiet Deutschlands, der Schweiz und Österreichs findet im Vorarlberger Ort Feldkirch vom 22. bis 25. Februar die insgesamt zehnte, aber in diesem Jahr erste Auflage des immer beliebteren Festivals statt. Im Vergleich zu 2016 stiegen die Ticketverkäufe um fast die Hälfte. Unter dem Motto „aufbrechen, heimkehren" will man im Zentrum der Veranstaltungen, dem Montforthaus in Feldkirch, den Zuspruch in diesem Jahr toppen. Im Fokus steht das 800-Jahr-Jubiläum der Stadt, deren Geschichte als bedeutender Standort geistigen Wissens beleuchtet wird. Außerdem lädt der Wettbewerb „Hugo" zum vierten Mal Studenten zur Entwicklung innovativer Konzertformate ein.

Am 22. Februar heißt es schon ab 7 Uhr „Will Kommen" beim Morgenkonzert mit Musik und Texten zur Gastfreundschaft. Der Cello-Virtuose und Professor am Vorarlberger Landeskonservatorium Mathias Johansen spielt Werke von Johann Sebastian Bach, Gaspar Cassadó und György Ligeti. Dazu liest der Schauspieler Stefan Pohl Texte zum Thema Aufbrechen von Hannah Arendt, Rose Ausländer und Georg Trakl.

Am selben Abend, um 18.30 Uhr, präsentieren in „Hugo – Die Entscheidung" junge Ensembles ihre Ideen zum Thema „begehren – Über das Verlangen". Das Siegerteam gewinnt dabei die Uraufführung seines Konzertkonzepts.

Am 23. Februar überreichen die Montforter Zwischentöne der Stadt Feldkirch als Geburtstagsgeschenk einen „Dialog für Feldkirch", bei dem sieben Experten über die Zukunft der Stadt sprechen. Mit der „Entdeckung von Feldkirch" findet am 24. Februar eine Exkursion von Musikern und Tänzerinnen statt. Und mit dem Dunkelkonzert „Lights Out" für Musikensemble und drei Stadtvisionäre enden die 10. Montforter Zwischentöne am 25. Februar.

Seit 2011 spielt das LightsOut-Trio mit Mathias Susaas Halvorsen (Klavier), Magnus Hansen (Violine) und Steven Walter (Cello und musikalische Leitung) Konzerte konsequent in absoluter Dunkelheit. An diesem Abend kombinieren sie zeitgenössische Musik mit einem Trialog dreier Experten. Die Architektin Marie-Therese Harnoncourt-Fuchs, der Sozialwissenschaftler Konrad Hummel und der Professor für Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land an der TU München, Mark Michaeli, sprechen über Utopien, Visionen und Bilder zur Stadt der Zukunft. *tws*

Programm und Kartenbestellungen im Internet unter: www.montforter-zwischentoene.at

MELDUNGEN

ZDF verfilmt Lenz-Erzählung

Mainz – In Hamburg haben die Dreharbeiten zu der TV-Verfilmung von Siegfried Lenz' Erzählung „Der Anfang von etwas" begonnen. Nach „Die Flut ist pünktlich" (2014), „Der Verlust" (2015) und „Schweigeminute" (2016) ist es die vierte ZDF-Verfilmung eines Werkes des vor dreieinhalb Jahren gestorbenen ostpreußischen Schriftstellers. In der Erzählung geht es um eine Frau (Ina Weisse), die ihren nach einem Schiffsuntergang für tot erklärten Mann (Juergen Maurer) bei diversen Gelegenheiten wiedererkannt haben und der Sache nun auf den Grund gehen will. Ein Sendetermin steht noch nicht fest. *tws*

Paul Klee im Überfluss

München – In diesem Frühjahr beleuchten drei Ausstellungen das Werk von Paul Klee. Den Anfang macht vom 22. Februar bis 12. Mai die Münchener Galerie Thomas, Türkenstraße 16, mit „Paul Klee – Musik und Theater in Leben und Werk". Es folgen im Franz-Marc-Museum in Kochel am See „Paul Klee. Landschaften" (25.2. bis 10.6.) sowie in der Münchener Pinakothek der Moderne „Paul Klee. Konstruktion des Geheimnisses" (1.3. bis 10.6.). *tws*

Normen bringen Ordnung ins Chaos

Seit 100 Jahre prägen DIN-Angaben verbindlich unseren Alltag

Ordnung muss sein. Anders funktioniert der Alltag in der organisierten Welt nicht. Seit 100 Jahren setzt das Deutsche Institut für Normung (DIN) die Maßstäbe. Die erste verbindliche DIN-Norm wurde am 1. März 1918 veröffentlicht.

Danach ging es Schlag auf Schlag. Inzwischen wurden 34 000 DIN-Normen festgelegt. Pro Jahr veröffentlicht das Institut, das in Berlin seinen Sitz hat, 2000 neue oder überarbeitete Normen. 30 Prozent aller in Europa verbindlich geltenden Größenfestlegungen werden in Berlin entwickelt. Daran sollte man sich halten, anderenfalls gibt es Probleme. Das mussten jüngst die Bauherren der gefeierten Hamburger Elbphilharmonie schmerzhaft erfahren. Über 1000 Treppenstufen führen zu den Plätzen für das Publikum. Gleich nach der Eröffnung häuften sich Stürze und Verletzungen auf diesen Treppen. Die Ursache war bald ermittelt: Das Schrittmaß änderte sich von Stufe zu Stufe. Die Besucher kamen aus dem Tritt. Die Standards waren nicht eingehalten worden, das kam teuer.

Dabei trugen die Besucher doch genormte Schuhe. Denn das wird nicht dem Zufall überlassen. Für Schuhe gibt es drei Standards: „Schuhgrößen“, „Längsstufung“, „Weitenstufung“. So weiß man, was gemeint ist, wenn man beim Schuhkauf einfach nur eine Größe angibt.

Genau das war das Ziel, als der „Normenausschuss der deutschen Industrie“ im Dezember 1917 gegründet wurde. 1926 erhielt das Institut einen neuen Namen, es hieß fortan „Deutscher Normenausschuß“. Die Namensänderung war notwendig geworden, weil sich das Ordnungssystem nicht mehr allein auf die Industrie beschränkte. Der heutige Name, „DIN Deutsches Institut für Normung e.V.“ wurde 1975 eingeführt, als ein Normenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Institut abgeschlossen wurde.

Die 450 Mitarbeiter in Berlin erlassen die Normen naheliegenderweise nicht nach eigenem Gutdünken. Ihnen zur Seite stehen 32 000 Experten aus Wirtschaft und Forschung, von den Verbraucherverbänden oder aus dem öffentlichen Dienst. Die Standards werden nicht verordnet. Sie müssen angefordert werden, von der Wirtschaft oder den Verbrauchern. Gelegentlich sind bis zu drei Jahre notwendig, um eine Norm zu entwickeln, dann kann die Akte schon mal 300 Seiten umfassen. Jede einmal erlassene Norm ist eine Empfehlung, sie kann angewendet werden, muss es aber nicht.

Die allgemein bekannteste DIN-Norm ist DIN A4. Sie legt das Format für ein bestimmtes Blatt Papier fest. DIN 476 gibt das Maß an, damit das Blatt in ein Briefkuvert, in einen Drucker oder Hefter passt. Bereits 1922 veröffentlicht, ist DIN A4 heute ein Klassiker. Das bedeutet jedoch nicht, dass diese DIN-Norm die alltäglichste ist. Nicht jeder schreibt jeden Tag einen Brief. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Mehrheit sich wenigstens einmal am Tag die Zähne putzt. Und so fängt es schon am frühen Morgen mit den Normen an. Der internationale Standard DIN CEN ISO 20126 garantiert, dass die einzelnen Borsten einer Zahnbürste auf der Bürste bleiben und nicht versehentlich verschluckt werden können. Überwiegend jedoch geht es sehr viel spezieller zu. Das ist an der ältesten Norm zu erkennen, die bis in die Gegenwart ihre Gültigkeit behielt. Die DIN 1289 beschäftigt sich mit dem „Feuergeschränk für Kachelöfen; Fülltür für Füllfeuerung“. Sie kam 1928 heraus. Ob alltäglich oder speziell, es gibt nahezu keinen Bereich, der nicht durch Normen geregelt ist, von der Schraube bis zur Leiter, vom Kegelstift bis zum Babyschnuller.

Nur noch 15 Prozent aller Normen haben ihre Gültigkeit allein in Deutschland. Zunehmend werden internationale und europäische Normen übernommen. Nur so kann gesichert werden, dass die in einem asiatischen Hafen an Bord genommenen Container auch auf das Schiff aus Deutschland passen, dass sie, in Hamburg angekommen, auf die Güterzüge verladen werden können. Oder dass bei einer Fahrt ins Ausland der richtige Sprit in den Tank fließt. Weltweit 147 Staaten haben sich dem Regelwerk angeschlossen. Ohne die Normen ist der Welthandel nicht mehr vorstellbar. Und so ist es erklärbar, dass heute 85 Prozent aller Normprojekte, die in Deutschland übernommen werden, einen internationalen oder europäischen Hintergrund haben. Sie sichern eine gemeinsame technische Sprache. Dabei vertritt das Deutsche Institut für Normung (DIN) die deutschen Interessen beim Europäischen Komitee für Normung (CEN) und bei der Internationalen Organisation für Normung (ISO). Darum steht das Zeichen DIN mit der entsprechenden Kennnummer nur noch selten allein, häufiger ist es mit den Kürzeln CEN oder ISO verbunden, wie eben bei DIN CEN ISO 20126.

Das jüngste Projekt des Instituts ist in die Zukunft gerichtet. Es trägt den Titel „Offene urbane Plattformen“. Damit verbunden sind die kommenden Megatrends, zu denen die Stichworte Smartcitys, Industrie 4.0 und Green Mobility gehören. Etwas schlichter ausgedrückt: Damit soll die Infrastruktur der Städte und die Grundversorgung der Menschen gesichert werden. So werden heute bereits Daten in großem Umfang gesammelt. Da wird der Verkehrsfluss gemessen, die Feinstaubbelastung ermittelt, Temperatur und Wasserdruck registriert. Das alles fließt zusammen in technischen Daten, die Unternehmen eine Orientierung bieten. Durch gemeinsame Grundlagen entstehen gemeinsame Schnittstellen. Denn wenn digitale Systeme miteinander kommunizieren sollen, muss die Verständigung klappen. Als eines der ersten konkreten Ergebnisse aus diesem Projekt ist die integrierte multifunktionale Straßenlaterne entstanden. Sie kann nicht nur leuchten, sie ist zugleich WLAN-Hotspot, Parkassistent und Ladestation für Elektroautos.

Manche Dinge allerdings widersetzen sich äußerst erfolgreich allen Versuchen einer Normierung. So manch Reisender hat das leidvoll erfahren, wenn er im Ausland versucht hat, eine simple Steckdose zu nutzen. Zwei Pole? Drei Pole? Pole im Dreieck? Gelegentlich hilft sogar die Sammlung von Adaptern nichts. Einige historische Standards lassen sich eben nicht einfach gleichschalten. *Klaus J. Groth*



Am DIN-Platz in Berlin-Tiergarten: Sitz des Deutschen Instituts für Normung Bild: Standardizer/CF

Vorspiel zur Katastrophe

Vor 75 Jahren erfolgte der erste Bombenanschlag auf das World Trade Center

Im Februar 1993 kam es zum ersten großen islamischen Terroranschlag auf dem Boden der Vereinigten Staaten von Amerika. Er richtete sich gegen das World Trade Center (WTC) in New York City und verursachte erhebliche Schäden an den Doppeltürmen, die am 11. September 2001 nach einer weiteren terroristischen Attacke in Schutt und Asche sanken.

Niemand achtete auf den gelben Kleintransporter Ford „Econoline“, der am Mittag des 26. Februar 1993 in die sechsstöckige Tiefgarage unter dem WTC im Financial District des New Yorker Stadtteils Lower Manhattan rollte und schließlich um 12.06 Uhr auf Ebene B-2 abgestellt wurde. Ebensowenig erregten die beiden Männer, die anschließend eilig das Weite suchten, irgendwelches Aufsehen. Dabei handelte es sich bei ihnen um zu allem entschlossene islamische Terroristen. Der in Kuwait geborene Pakistani Ramzi Yousef alias Abdul Basit Mahmoud Abdul Karim und der Jordanier Eyad Ismoil hatten den Wagen, den sie nun zurückließen, mit Hilfe von fünf Komplizen in eine rollende Bombe verwandelt. In seinem Laderaum befanden sich 590 Kilogramm hochbrisantes Harnstoffnitrat samt untergemischter Aluminium-, Magnesium- und Eisenpartikel, welche die Detonation noch zusätzlich verstärken sollten – genau wie die hinzugefügten drei Behälter mit flüssigem Wasserstoff.

Diese ausgeklügelte Sprengladung explodierte um 12.18 Uhr im Untergeschoss zwischen den jeweils über 400 Meter aufragenden Twin Towers und verursachte dadurch Schäden in Höhe von 500 Millionen US-Dollar sowie chaotische Zustände im gesamten Gebäudekomplex des WTC. Die Explosion riss ein 60 mal 30 Meter messendes Loch in den Boden am Fuße der Türme und der vier Ebenen der Tiefgarage. Dichter Rauch drang durch zerstörte Fenster und Aufzugstüren über 93 der insgesamt 110 Stockwerke nach oben. Gleichzeitig fiel der Strom aus. Deshalb mussten die 80 000 Menschen, die zum Zeitpunkt des Anschlages im WTC weilten, durch die dunklen, verqualmten Treppenhäuser ins Freie geleitet werden. Fast die Hälfte aller diensthabenden Feuerwehrmänner der Stadt kam dabei zum Einsatz. Trotz dieses Aufwandes erlitten 1042 Personen Rauchvergiftungen, Herzattacken und Verletzungen aller Art. Und es gab sechs Tote im Bereich der Tiefgarage: John DiGiovanni, Robert Kirkpatrick, Stephen Knapp, Bill Macko, Wilfredo Mercado und Monica Rodriguez Smith, eine Sekretärin, die im siebenten Monat schwanger war.

Als Täter vermuteten die Sicherheitsbehörden zunächst Extremisten aus dem ehemaligen Jugoslawien, wo damals der Bürgerkrieg mit US-amerikanischer Beteiligung tobte. Dann jedoch fand das Ermittlerteam in der Tiefgarage Trümmerteile des Ford-Transporters und heraus, dass Mohammad Salameh das Fahrzeug vor dem Anschlag gemietet hatte. Der Palästinenser konnte aufgespürt und verhaftet werden. Wenig später identifizierten die Fahnder dann weitere Mitglieder der Terrorgruppe: Mahmud Abouhalima aus Ägypten, die Palästinenser Nidal Ayyad und Ahmed Mohammad Ajaj sowie eben Yousef und Ismoil. Diese fünf Personen gingen den US-Behörden allesamt nach und nach ins Netz, obwohl sie teilweise ins Ausland geflüchtet waren. Außerdem wurde auch der blinde ägyptische Prediger Umar Abd ar-Rahman wegen seiner Teilnahme an der „Verschwörung, Bauwerke in die Luft zu sprengen“, festgenommen. Er galt als der spirituelle Kopf des Ganzen und soll früher schon einer der Drahtzieher des Attentates auf den ägyptischen Präsidenten Muhammad Anwar as-Sadat im Jahre 1981 gewesen sein.

Für ihre Mitwirkung an dem Bombenanschlag auf das World Trade Center erhielten die genannten Moslems Freiheitsstrafen von 240 Jahren bis lebenslänglich, die sie momentan in der Hochsicherheitshaftanstalt ADX Florence in Colorado verbüßen – mit Ausnahme von ar-Rahman, der am 18. Februar vergangenen Jahres im Bundesgefängnis von Butner starb. Damit blieb nur ein Beteiligter am Bau der Sprengladung vom langen Arm der US-Justiz verschont, nämlich der Iraker Abdul Rahman Yasin. Der kam zwar ebenfalls im März 1993 in Haft, setzte sich dann aber in den Nahen Osten ab, nachdem die US-Bundespolizei FBI ihn trotz seiner offenkundigen Kenntnis der Anschlagsvorbereitungen auf freien Fuß gesetzt hatte. Er gilt seit 2002 als verschollen, steht aber bis heute auf der FBI-Liste der meistgesuchten Terroristen.

> Der erste große islamische Terroranschlag auf dem Staatsgebiet der Vereinigten Staaten

Als Motiv für den Anschlag auf das WTC nannte Yousef die „militärische und finanzielle Hilfe“ der USA für Israel. Außerdem sagte der Pakistani während seines Prozesses aus, eigentlich sei beabsichtigt gewesen, den Nordturm gegen den Südturm kippen zu lassen und so beide Wolkenkratzer zum Einsturz zu bringen. Das hätte durchaus gelingen können, wenn der Wagen mit der Bombe näher an den tragenden Säulen gestanden hätte. Dann wären wohl um die 100 000 Menschen ums Leben gekommen.

Vor diesem Hintergrund wirken die Vorwürfe an das FBI, wie sie beispielsweise der Journalist Trevor Aaronson in seinem Buch „The Terrorist Factory“ (Die Terrorfabrik) äußerte, schlichtweg ungeheuerlich. So sollen V-Leute der Bundespolizei zu Beginn der 1990er Jahre radikale Muslime in den USA zu Anschlägen aufgestachelt haben, die dann kurz vor der Ausführung vereitelt worden seien – alles im Dienste der Bemühungen des FBI, seine bis dahin eher magere Erfolgsbilanz zu schönen und an mehr Geld beziehungsweise Personal zu kommen.

Fakt ist, dass das FBI sich in der Zeit nach dem Sprengstoffattentat auf das WTC mit der Verhinderung von vier gleichartigen Anschlägen auf hochsensible Ziele in New York, nämlich das UN-Gebäude, den Holland Tunnel, den Lincoln Tunnel und das örtliche FBI-Büro, schmückte. Ebenso steht fest, dass tatsächlich ein V-Mann der US-Bundespolizei zur Gruppe um Yousef gehörte. Hierbei handelte es sich um den früheren ägyptischen Offizier Emad Salem, der später als Hauptbelastungszeuge gegen die Attentäter vom 26. Februar 1993 auftrat. Nach Berichten der „New York Times“ soll dieser Mann die Gruppe zu dem Anschlag ermutigt haben. Es sei allerdings geplant gewesen, den radikalen Moslems harmlose Sprengstoffattrappen unterzuschieben. Dann jedoch sei der Kontakt zu Salem aufgrund eines „nicht eindeutigen“ Transkriptes seiner Meldungen an das FBI abgerissen. Wenn dies so stimmt, hätte das FBI zumindest extrem unprofessionell gehandelt. *Wolfgang Kaufmann*

Unabhängigkeit von deutschen Gnaden

Der Erste Weltkrieg ermöglichte vor 100 Jahren die Proklamation eines eigenständigen litauischen Staates

Am 16. Februar wird in Litauen gefeiert, denn dann ist es ein Jahrhundert her, dass im heutigen Museum der Signataren der litauischen Unabhängigkeit, das heute zum Litauischen Nationalmuseums gehört, ein unabhängiger litauischer Staat auf demokratischer Grundlage und mit Wilna als Hauptstadt proklamiert wurde.

Im Mittelalter entstand das Großfürstentum Litauen, das um ein Vielfaches größer war als die heutige Republik. Doch bereits gegen Ende des Mittelalters begann im Zuge der Heirat der polnischen Königstochter Hedwig von Anjou mit dem litauischen Großfürsten Jogaila die polnisch-litauische Union, die Litauen die Eigenständigkeit kostete. Aus einer Personal- wurde allmählich eine Realunion unter polnischer Führung. In den sogenannten polnischen Teilungen ging die polnisch-litauische Adelsrepublik Ende des 18. Jahrhunderts unter. Litauen kam zu Russland, dessen Bestandteil es bis zum Ersten Weltkrieg blieb.

Um der aufgrund des Schlieffen-Plans zu erwartenden deutschen Großoffensive gegen Frankreich den Schwung zu nehmen, starteten die Russen in Absprache mit den Franzosen gleich nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges ihrerseits eine Offensive gegen Ostpreußen, das ungeschützt wie ein Balkon in den russischen Machtbereich hineinragte. Den Deutschen gelang es jedoch nicht nur, diese russische Offensive zurückzuschlagen, sondern vielmehr nun ihrerseits tief in das Territorium des Gegners einzudringen.

Bis 1915 hatten die Deutschen Litauen vollständig erobert. Die russische Fremdherrschaft in Litauen war vorerst beendet. Das waren gute Voraussetzungen für die Erlangung der Unabhängigkeit Litauens. Dieses galt umso mehr, als die Russen auf ihren militärischen Rückzug auch den Verwaltungs- und Staatsapparat mitnahmen. Das zwang die Deutschen, mit den Litauern einen neuen, von den Russen unabhängigen Apparat aufzubauen, der nun verständlicherweise mehr gen Westen gewandt war. Den Litauern in die Hände spielte auch, dass die Deutschen die von den Russen vorgenommene verwaltungspolitische Zersplitterung Litauens beendeten. Sie schufen zwar die sechs Verwaltungsbezirke Kurland, Litauen, Suwalki, Wilna, Bialystok und Grodno, legten diese jedoch im Laufe des weiteren Kriegsverlaufs zusammen, erst im Mai 1916 Wilna und Suwalki, im November 1916 Grodno und Bialystok, im März 1917 Wilna-Suwalki und Litauen sowie im Januar 1918 schließlich Wilna-Suwalki-Litauen mit Grodno-Bialystok.

Allerdings erkannten die Deutschen die Chance nicht, die sich ihnen in einer Zusammenarbeit mit den Litauern bot. Für viele deutsche Offiziere war jenseits der eigenen Ostgrenze nur Feindesland. Ihnen wurde nicht bewusst, dass getreu dem Motto "Der Feind meines Feindes ist mein Freund" sich ein Bündnis mit Litauen gegen Russland förmlich anbot. Viele Sympathien verloren die Deutschen, indem sie in Litauen Lebensmittel requirierten und Zwangsarbeiter rekrutierten.

Doch auch die Russen muteten den Litauern viel zu. Die russischen Streitkräfte erwarteten nämlich, dass mit ihnen sich auch die litauischen Zivilisten ins Landesinnere des Zarenreiches zurückzogen. Dort war für die Litauer allerdings nichts vorbereitet. Die sanitären Verhältnisse waren miserabel, was die Litauer umso härter traf, als sie von zu Hause einen für russische Verhältnisse überdurchschnittlichen, mitteleuropäischen Standard gewohnt waren.



Stätte der Proklamation: Das heutige Signatarenhaus Bild: Julius/CF

Zwei historische Ereignisse der Jahre 1916 und 1917 brachten dann Bewegung in das Projekt litauische Nationalstaatsgründung. Da war zum einen die Gründung des sogenannten Regentschaftskönigreiches Polen. Mit dem Entstehen eines polnischen Staates bestand die Gefahr, dass dieser ein Wiederaufleben der polnisch-litauischen Union anstreben würde. Eine Ersetzung der russischen durch eine polnische Fremdherrschaft wollten jedoch die wenigsten Litauer. Und da war zum anderen die russische Revolution. Während sich das zaristische Regime hartleibig gezeigt hatte, signalisierten die neuen russischen Machthaber sowohl nach der bürgerlichen Februar- als auch nach der sozialistischen Oktoberrevolution Gesprächs- und Konzessionsbereitschaft – ob nun aus Überzeugung oder um die Zahl der innenpolitischen Gegner überschaubar zu halten, sei dahingestellt.

Da durften die Deutschen nicht zurückstehen, wollten sie in ihrer ohnehin schon zunehmend schwieriger werdenden militärischen Situation nicht die Litauer den Russen überlassen. So erlaubten sie die Bildung eines „Organisationsausschusses", der am 4. August 1917 in Wilna zusammentrat und mit ihrer Billigung eine möglichst für das ganze Land repräsentative Versammlung von Delegierten zusammenrief. Diese 214-köpfige Delegiertenversammlung wählte aus ihrer Mitte eine 20-köpfige Lietuvos Taryba, einen kurz „Taryba" genannten Litauischen Landesrat.

Am 29. November 1917 erklärte der deutsche Reichskanzler vor dem Reichstag Litauen für unabhängig. In Absprache mit der Besatzungsmacht proklamierte die Taryba am 11. Dezember 1917 „die Wiederherstellung eines unabhängigen litauischen Staates mit der Hauptstadt Wilna". Dieser sollte zwar erklärtermaßen unabhängig sein, aber auf Dauer besondere Beziehungen zum Reich unterhalten. Das war die deutsche Bedingung für die Proklamation gewesen. So sollte es eine „Militär- und Verkehrskonvention" sowie eine „Zoll- und Münzeinheit" geben. Die Rücksichtnahme auf Deutschland lag nicht nur daran, dass das Land Besatzungsmacht war, sondern auch daran, dass deutsch-russische Friedensverhandlungen in Aussicht standen, bei denen nicht auszuschließen war, dass Russland zugunsten Deutschlands auf Litauen verzichten würde.

Nichtsdestotrotz wagte die Taryba am 16. Februar 1918 eine weitere Proklamation eines unabhängigen litauischen Staates, in der nun nicht mehr von besonderen Beziehungen zu Deutschland die Rede war. Das ließen sich die Deutschen jedoch nicht so ohne Weiteres bieten und forderten von den Litauern ein Bekenntnis zu den in der Proklamation vom 11. Dezember eingegangenen Bindungen an das Reich. Erst nachdem die Litauer klein beigegeben hatten, erklärte der höchste Repräsentant der damaligen Besatzungsmacht, der Deutsche Kaiser, am 23. März 1918 Litauen für unabhängig.

Verständlicherweise feiern die Litauer heutzutage den 16. Februar 1918 und nicht den 29. November 1917, den 11. Dezember 1917 oder den 23. März 1918 als Unabhängigkeitstag. Wer möchte schon seine Unabhängigkeit der Gnade einer Besatzungsmacht verdanken? Und die damalige Bereitschaft zu einer engen Bindung an den späteren Hauptkriegsverlierer Deutschland muss man ja nun auch nicht unbedingt übermäßig betonen. Dass die Taryba nach ihrer vorwitzigen Proklamation vom 16. Februar 1918 wieder zurückrudern musste, um die Billigung durch die deutsche Besatzungsmacht zu erfahren, kann man ja dezent unter den Tisch fallen lassen. *Manuel Ruoff*

Vorlagenautor eines Antikriegsfilm-Klassikers

Zum Tode von Gregor Dorfmeister, Autor der Romane »Die Brücke«, »Das Urteil« und »Die Straße«

Der Schriftsteller Gregor Dorfmeister ist am vorvergangenen Wochenende im Alter von 88 Jahren verstorben. Die wenigsten dürften mit seinem Namen oder mit seinem Pseudonym Manfred Gregor etwas anfangen können. Und nur wenigen mehr dürfte heute noch sein Hauptwerk, der autobiografische Roman „Die Brücke", etwas sagen. Dessen Verfilmung aus dem Jahre 1959 hingegen kennen tatsächlich Millionen. Dieses cineastische Meisterwerk geht auch sechs Jahrzehnte nach seiner Entstehung unter die Haut.

April 1945: Deutschland in den letzten Kriegstagen. Eine Kleinstadt rüstet sich zum Endkampf. Sieben etwa 16 Jahre alte Schüler stehen kurz vor ihrer Einberufung zur Wehrmacht. Ganz im Geist der Zeit erzogen, können sie es kaum erwarten, ihren Beitrag zur Verteidigung des Vaterlandes zu leisten. Als die Einberufung schließlich kommt, sind die Jungen stolz, sich endlich wie ihre Väter, die an der Front oder bereits gefallen sind, „im Kampf bewähren" zu können. Keiner der verzweifelten Erwachsenen traut sich, gegen den Einberufungsbefehl aufzubegehren. Nach einer nur eintägigen militärischen Ausbildung sollen die Freunde an die nahe Front geschickt werden.

Auf Bitten ihres Klassenlehrers kann der Kompaniechef den Bataillonskommandeur dazu bewegen, die Jungen aus dem Kampfgeschehen herauszuhalten. In der Annahme, dass es dort nie zu einem Gefecht kommen wird, gibt er ihnen den Befehl, unter der Führung eines väterlichen Unteroffiziers eine militärisch völlig unbedeutende und ohnehin zur Sprengung vorgesehene Brücke in ihrem Heimatort zur Verteidigung vorzubereiten.

Doch es kommt anders. Ihr Unteroffizier, der Verpflegung organisieren will, gerät mit der Feldgendarmerie aneinander und wird erschossen. Die Jungen sind auf sich allein gestellt. Vergeblich versuchen vorbeikommende Wehrmachtsoldaten, sie dazu zu bewegen, nach Hause zu gehen. Plötzlich tauchen feindliche Panzer an der Brücke auf. Obwohl sie keine Chance haben, nehmen die Jungen den Kampf gegen den in jeder Hinsicht überlegenen Gegner auf. Zunächst können sie sich behaupten, doch dann fällt einer nach dem anderen im feindlichen Feuer. Schließlich ziehen sich die US-Amerikaner zurück, und die Brükke wird von einem deutschen Sprengkommando planmäßig zerstört. Nur einer der Jungen überlebt das sinnlose Gefecht, vom grauenvollen Erleben schwer gezeichnet.

Dieses Geschehen entspringt nicht Dorfmeisters Phantasie, sondern seinem eigenen Kriegserlebnis. Kurz vor Kriegsende wurde der am 7. März 1929 geborene Schüler zum Volkssturm eingezogen und gemeinsam mit Klassenkameraden nahe seiner oberbayerischen Heimatstadt Bad Tölz zur Verteidigung einer kleinen Brücke über die Loisach eingesetzt. Er überlebte als einziger. Was sich damals abspielte, schilderte er in seinem 1958 erschienenen Roman.

Dem Regisseur und Schauspieler Bernhard Wicki ist es gelungen, das darin geschilderte Geschehen im Jahr darauf mit beklemmender Eindringlichkeit auf die Leinwand zu bringen. Die Filmkritik ist sich bis heute einig, dass er einen der kompromisslosesten, härtesten und bittersten Antikriegsfilme geschaffen hat. In 105 Minuten zeigt er mit einer beeindruckenden Dramaturgie sowie stark affektiven Bildern den Wahnsinn und die Realität des Krieges und die Folgen eines durch die nationalsozialistische Erziehung fehlgeleiteten jugendlichen Idealismus. Dabei verzichtet er auf jedes Moralisieren und jegliche Heldenverklärung.

Drehort war der oberpfälzische Ort Cham. Um dem Film einen dokumentarischen Charakter zu verleihen, scheute Wicki bei der Ausstattung weder Kosten noch Mühen. Seine jugendlichen Schauspieler brachte er während der sechsmonatigen Drehzeit gelegentlich bis an den Rand der physischen und psychischen Erschöpfung. Mit harter Hand trieb er sie zu darstellerischer Perfektion und trug so zur hohen Authentizität des Films bei. Beispielsweise verteilte er Ohrfeigen, damit ihre Tränen echt wirkten, um sie anschließend zu loben und zu trösten.

Wicki verschaffte der Film mit einem Schlag internationale Anerkennung. Einige der Schauspieler wie Volker Lechtenbrink und Michael Hinz hatten in dem Film ihre erste Rolle überhaupt und legten mit ihm die Grundlage für ihre Karrieren. Für dieses leidenschaftliche Manifest gegen den Krieg wurden der Film und die Mitwirkenden mit allen bedeutenden nationalen Filmpreisen, dem Golden Globe Award und einer Oscar-Nominierung ausgezeichnet. „Die Brücke" ist einer der mit Preisen meistdekorierten deutschen Spielfilme überhaupt. An Dorfmeister selbst ging das Rampenlicht allerdings vorbei, obwohl sein Roman die einzige Vorlage für das Drehbuch gewesen war und er auch daran mitgewirkt hatte. Finanziell fielen nur einige Tausend Mark für ihn ab.

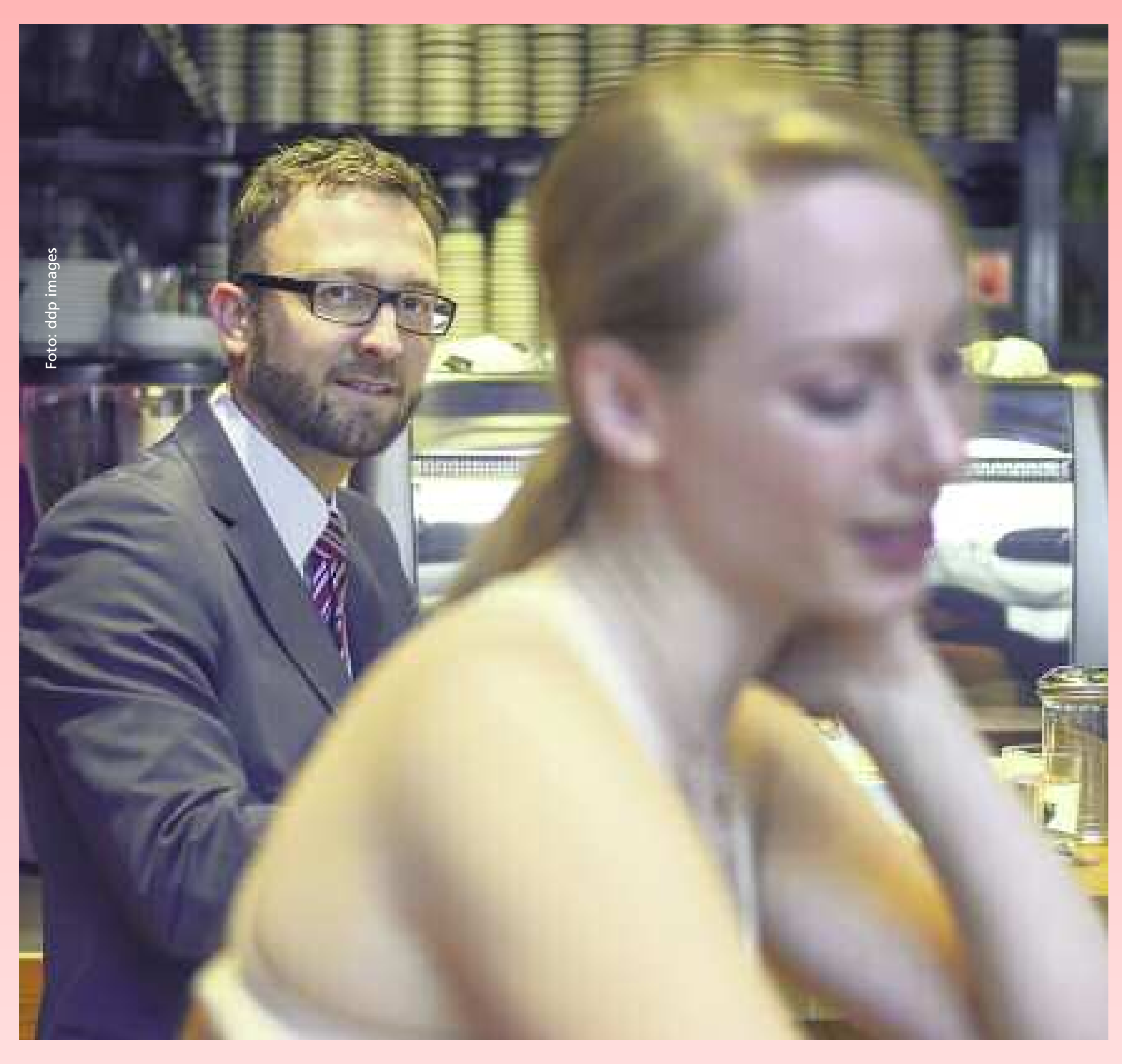


Im Münchner Maxx-Kino im Jahre 2008: Gregor Dorfmeister (l.) im Gespräch mit Marian Redmann, dem Produzenten der in jenem Jahr erschienenen Neuverfilmung von „Die Brücke" Bild: pa

Im Jahre 2008 wurde Dorfmeisters Roman ein zweites Mal verfilmt. Der Regisseur Wolfgang Panzer schuf jedoch kein Meisterstück, sondern ein hektisches Kriegsspektakel, das nicht einmal ansatzweise an Wickis Klassiker des cineastischen Pazifismus heranreichte und bei den Kritikern nur wenig Gnade fand. Das dürfte Dorfmeister jedoch ebenso wenig zu schaffen gemacht haben wie der von dem umtriebigen Vergangenheitsbewältiger Jan Philipp Reemtsma erhobene Vorwurf der Heroisierung der Wehrmacht. In Dorfmeisters Roman war jeder deutsche Uniformierte ein Verbrecher, sondern er bemühte sich um eine differenzierte Darstellung der Charaktere.

Der studierte Theaterwissenschaftler und Journalist blieb seiner Heimatstadt sein Leben lang treu. Fast 30 Jahre lang war er Redaktionsleiter des „Tölzer Kurier", einer Lokalausgabe der Tageszeitung „Münchner Merkur". In seiner Freizeit engagierte er sich bis zuletzt in der Behindertenarbeit, was er noch kurz vor seinem Tod als seinen wahren Lebensinhalt bezeichnete. Daneben schrieb er noch die beiden Romane „Die Straße" und „Das Urteil". „Das Urteil" handelt von einem Vergewaltigungsprozess gegen einen Soldaten der amerikanischen Besatzungstruppen in einer süddeutschen Kleinstadt und wurde unter dem Titel „Stadt ohne Mitleid" mit vielen bekannten Schauspielern, darunter der Weltstars Kirk Douglas und Christine Kaufmann, verfilmt. Der große Durchbruch als Schriftsteller blieb Dorfmeister allerdings verwehrt, obwohl allein „Die Brücke" nach der ersten Verfilmung eine Millionenauflage erzielte und in über 20 Sprachen übersetzt wurde. *Jan Heitmann*

Moment der Woche


Foto: ddp images

Schön sieht sie aus und ein bisschen einsam. Eben hat sie mir zugelächelt. Ob ich sie ansprechen darf? Soll ich ihr ein Kompliment machen? Das ist leicht. Sie lächelt wie ein Filmstar, und ihre Augen erinnern mich an das türkisblaue Wasser beim letzten Urlaub auf den Seychellen.

Aber damit würde ich sie ja auf ihr Äußeres reduzieren. Das geht gar nicht. Besser ich rede über etwas anderes. Aber über was? Ich kenne sie doch gar

Flirten im Zeitalter des Feminismus

nicht. Soll ich ihr einen Drink spendieren? Aber wäre das politisch korrekt? Keine Ahnung, als Mann ist so vieles heutzutage tabu. Außerdem habe ich sie schon viel zu lange angestarrt. Wahrscheinlich hält sie mich jetzt für einen aufdringlichen Stalker oder einen unverbesserlichen Sexisten – dann besser wieder die Augen geradeaus und Traumfrau adé. Schade, sie ist so schön. *FH*

Falscher Staat, falsches Volk

Vor 50 Jahren starteten die 68er – Ein Desaster für Deutschland

Staunend, stolz und ein wenig wehmütig schaut das linksgrüne Lager zurück. Was? So lang ist das glorreiche Jahr schon Vergangenheit? Ja, so ist es. 2018 markiert das 50jährige „Jubiläum" der 68er-Bewegung. Und außerdem ist eher Stirnrunzeln statt Stolz, eher Wut statt Wehmut angebracht. Die 68er und ihr „Marsch durch die Institutionen" haben die Kultur der Bundesrepublik Deutschland „nachhaltig negativ verändert", befindet der Historiker Michael Wolffsohn. Für das Nachrichtenmagazin „Focus" haben sich die einstigen Mao-Fans, Che-Guevara-Verehrer und Trotzki-Bewunderer bei aller karrierebedingten Anpassungsbereitschaft nie von der Idee verabschiedet, dass der Kapitalismus das falsche Wirtschaftssystem sei, die Bundesrepublik der falsche Staat und die Deutschen darin das falsche Volk.

Die 68er, so das Münchener Nachrichtenmagazin bereits 2005 in einer Titelgeschichte, wussten nie, wofür sie waren, sondern nur wogegen: „gegen die Familie, den Parlamentarismus, Eliten, bürgerliche Konventionen, Sekundärtugenden und das traditionelle Bildungs- und Erziehungssystem". Die inhaltliche Leere minderte ihre Zerstörungswut nicht: Wirklich gewonnen wurde der Zweite Weltkrieg gegen die Deutschen erst von den 68ern. Sie haben den Deutschen das Deutschsein so gründlich herausoperiert, wie die Siegermächte es einst gewollt hatten. Das Rückgrat gleich mit. Deutschland sollte „entdeutscht" werden, stattdessen war „Multikulti" angesagt. „Nie wieder Deutschland!" lautete der Schlachtruf der Linken, das Land sollte auf alle Ewigkeit geteilt bleiben in die anonyme Bundesrepublik – den Zusatz „Deutschland" vermied man peinlichst – und die DDR, was nur als Abkürzung benutzt wurde, um das Wort „Deutsche" darin nicht aussprechen zu müssen. Der Altkommunist Jürgen Trittin, ab 1998 Bundesumweltminister im Kabinett Schröder, ließ damals aus seinem Briefkopf mit der offiziellen Zeile „Mitglied des Deutschen Bundestages" sogar das Wort „Deutschen" streichen.

Sie errichteten eine Art »DDR light«

Die 68er-Bewegung hatte sich von Anfang an zum Ziel gesetzt, Deutschland zu verändern. Wurde ursprünglich sogar das Gewaltmonopol des Staates in Frage gestellt, so änderte sich dies, als man selbst an die Tröge der Macht gelangte – jetzt galt es, die Ideologie mit allen Mitteln durchzusetzen, nötigenfalls auch mit unlauteren Methoden, die dann nicht selten durch Verfassungsgerichte wieder korrigiert werden mussten.

Den größten Schock erlitten die 68er durch den Zusammenbruch des Kommunismus. „War nur die Ausführung schlecht, aber die Idee gut?", fragte selbstkritisch der geläuterte Altlinke Klaus Rainer Röhl dazu. Einst eine Ikone der ultralinken 68er und Ehemann der Terroristin Ulrike Meinhof wandelte er sich später zum Konservativen, und schrieb viele Jahre auch für die *Preußische Allgemeine Zeitung.* Seine erhellende Ursachenforschung zum Scheitern des Kommunismus: „Wir wissen heute, dass der Kern hohl war wie eine taube Nuss. Das perfekte monokausale System des Sozialismus, das zuerst als fehlerfrei gepriesen, später als fehlerhaft, aber veränderbar beschrieben wurde, hatte in Wirklichkeit gar keinen Fehler. Es war der Fehler." Als Ersatz hat man inzwischen ein übermächtiges Kontrollsystem, bestehend aus „verordnetem Antifaschismus und politischer Korrektheit" geschaffen, eine Art „DDR light" sozusagen.

Ein halbes Jahrhundert nach der Kulturrevolution von 1968 kann festgehalten werden: Was seitdem in ideologischer Verblendung an moralischen Werten in Deutschland zertrümmert wurde, lässt sich von heute auf morgen, ja nicht einmal mehr in einer Generation reparieren oder beheben. Diejenigen, die 1968 nicht ‚dabei' waren, werden zu Lebzeiten eine Normalisierung der Zustände kaum noch erleben dürfen – wenn es sie denn überhaupt je geben wird. Die Verursacher der Misere aber, die inzwischen grau gewordenen 68er, werden noch bis an ihr Lebensende gute Renten und Pensionen beziehen von eben jenem verhassten Staat, den sie als reaktionär bekämpften.

Wolfgang Reith

Kalifat der dunklen Geheimnisse

Der Islamische Staat scheint am Ende – Ein Rückblick auf eine blutrünstige Terrororganisation, bei der nichts so ist, wie es scheint

Seine Schergen mordeten von Berlin bis Ottawa, von Istanbul bis Paris. Wahllos wurden Männer, Frauen oder Kinder getötet. Der Islamische Staat ist ein abscheuliches Gebilde aus Glaubenswahn, Mordlust und Hass, Jetzt scheint er endlich am Ende. Die Fragen aber bleiben: Wer steht eigentlich wirklich hinter dieser Organisation?

Die Herrschaft des Islamischen Staates (IS) in Syrien und im Irak neigt sich ihrem Ende entgegen. Es sind nur noch wenige, meist dünn besiedelte Wüstengebiete, die seine Kämpfer kontrollieren. Zwar sind der IS und seine Ableger weiterhin in anderen Weltgegenden, wie etwa in Afghanistan, Nigeria und Libyen, aktiv. Offen bleibt nach dem militärischen Zusammenbruch im Herzland aber die Frage, ob und inwieweit die bewaffneten Dschihadisten noch zentral koordiniert und befehligt werden.

Zudem wurden wichtige Anführer in den letzten Jahren getötet. Auch der selbsternannte Kalif des IS, Abu Bakr al-Baghdadi, soll nach iranischen und russischen Regierungsquellen im Mai 2017 bei einem Luftangriff getötet worden sein. Allerdings veröffentlichte der IS im September desselben Jahres eine Audiobotschaft, die von Al Baghdadi stammen soll. Der Sprecher geht auf aktuelle Ereignisse ein, die definitiv erst nach der vermeintlichen Tötung stattgefunden haben. Ob der Terrorkalif tot oder noch am leben ist, bleibt ungewiss wie so vieles in der Geschichte dieser merkwürdigen staatsähnlichen Terrororganisation.

Ein Blick zurück: Im Oktober 2006 schließen sich im Irak verschiedene dschihadistische Gruppen zum Islamischen Staat zusammen. Die Schwäche der irakischen Zentralregierung unter Ministerpräsident Nuri al-Maliki lässt sie immer weiter erstarken. Als 2011 der Bürgerkrieg im Nachbarland Syrien ausbricht, verliert dort die Regierung von Präsident Baschar al-Assad ebenfalls relativ rasch den Einfluss auf große Teile ihres Staatsgebietes. Hauptgegner ist zunächst die vom Westen unterstützte Freie Syrische Armee (FSA). Sie setzt sich überwiegend aus Deserteuren der regulären Streitkräfte

Ein gefälschtes Enthauptungsvideo?

zusammen. Da die FSA und andere bewaffnete Oppositionskräfte die Auseinandersetzung mit der Regierung rein militärisch führen, vernachlässigen sie die Versorgung der Bevölkerung in den von ihnen besetzten Provinzen. In diese Lücke stoßen dschihadistische Gruppen vor, die sich wenig später dem IS anschließen.

Sie beschränken sich nicht auf den Einsatz von Gewalt, sondern üben dort, wo sie die Macht haben, eine ordnende Funktion aus. Tatsächlich wird der IS damit zu einer Art Staat. Im Juni 2014 proklamieren seine Führer schließlich auch offiziell ihr Kalifat – verhalten sich aber völlig kontraproduktiv. Obwohl die Rahmenbedingungen angesichts der damaligen Schwäche der irakischen und syrischen Regierung sowie der sonstigen geopolitischen Lage ausgesprochen günstig sind, scheint die Führung des IS merkwürdigerweise nicht besonders interessiert, ihre Herrschaft zu konsolidieren. Die allahgläubige Terrortruppe veröffentlicht weltweit Videos, die bestialische Morde an der im „Kalifat" lebenden Bevölkerung, aber auch an ausländischen Geiseln zeigen.

Dies muss zwangsläufig die relevanten Großmächte auf den Plan rufen. Besonders bekannt wird ein Video, das angeblich die Enthauptung des US-Journalisten James Foley zeigen soll. Die Echtheit der Aufnahmen wird nicht nur im Internet kontrovers diskutiert, auch britische Forensiker kommen zu dem Schluss, dass es sich hier um eine Fälschung handelte.

Dem als Falke geltenden US-Senator John McCain kommen die Aufnahmen aber gerade recht. Er fordert umgehend militärische Schläge gegen den IS. Die Obama-Regierung kommt dem nach und reagiert mit Luftangriffen. Zum ersten Mal nach dem Abzug ihrer Truppen aus dem Irak sind die USA damit in der Region wieder militärisch engagiert. Kaum ein Jahr später bereist McCain die Ukraine. Dabei soll einem seiner Mitarbeiter ein USB-Stick entwendet worden sein, auf dem sich verstörende Bilder befinden. Das schließlich von der russischen Hackergruppe „Cyber Berkut" veröffentlichte Video zeigte ein professionelles Filmset, auf dem die Hinrichtung Foleys durch einen Schauspieler offensichtlich nur inszeniert wurde.

Ein weiterer undurchsichtiger Akteur in dem Konflikt ist Israel. Schon 2015 gibt es verschiedene Medienberichte, dass in dem auf Kriegsverletzungen spezialisierten Ziv Medical Center im nordisraelischen Safed insgesamt mehrere tausend Aufständische, darunter auch IS-Kämpfer, ärztlich versorgt werden. An der 2014 gegründeten Internationalen Allianz gegen den IS hat die Regierung Netanjahu sich nie beteiligt, obwohl ihr mittlerweile auch Staaten wie die Türkei oder Saudi-Arabien, angehören, die lange im Verdacht standen, die Aktivitäten des IS unterstützt oder zumindest geduldet zu haben. Ein bemerkenswerter Umstand ist auch, dass der IS sich in seinen offiziellen Verlautbarungen einer dezidiert antiisraelischen Rhetorik stets enthoben hat, obwohl dies bei islamischen Fundamentalisten ansonsten seit jeher zum guten Ton gehört.

Ungeklärt ist zudem nach wie vor die Finanzierung des Terroristenstaates. Der ihm unterstellte Verkauf von erbeutetem Rohöl mag möglicherweise ausgereicht haben, sich für einige Wochen über Wasser halten zu können, jedoch konnte der IS die entsprechenden Förderanlagen sowie die notwendige Transportinfrastruktur nicht lange aus eigener Kraft aufrechterhalten. Die ihm zugeschriebenen wohlhabenden Gönner aus der Golfregion können für seinen

Verletzte IS-Kämpfer in israelischer Klinik?

Reichtum ebenso keine hinreichende Erklärung bieten, denn selbst, wenn der IS über die ihm angedichteten sagenhaften Geldmittel verfügt hat, so hätte er aufgrund seiner isolierten Lage und ohne die Mitwirkung anderer Staaten hiervon kaum in nennenswertem Umfang die erforderlichen Anschaffungen tätigen können.

Ähnliches gilt für seine Kommunikation. Aufgrund der gekappten Telefonleitungen und des unterbrochenen Mobilfunknetzes im IS-Gebiet wäre eine zeitnahe Kontaktaufnahme mit der Außenwelt eigentlich kaum möglich gewesen. Insbesondere hätten sich die dem IS zugerechneten Anschläge in aller Welt auf diesem Wege nur schwer koordinieren lassen.

Irritierend ist weiterhin der Fakt, dass er einerseits mehrfach sämtliche Muslime der Erde dazu aufgefordert hat, sich innerhalb seiner Grenzen niederzulassen, um beim Aufbau des Kalifats zu helfen und um dringend benötigte Kämpfer rekrutieren zu können. Andererseits soll er hunderte Schläfer über den gesamten Globus gesandt haben, die ihm bei der Verteidigung seines Herzlandes fehlen und die durch ihre Attacken nur noch zusätzliche Staaten gegen ihn aufbringen. Dieses irrationale Verhalten erscheint selbst mit einem – zweifelsohne vorhandenen – hohen Maß an religiösem Fanatismus kaum noch zu erklären sein. Diese und viele weitere Fragen harren nach wie vor ihrer Klärung. *Dirk Pelster*



Ins Jenseits gebombt oder immer noch im Diesseits mit Morden beschäftigt? IS-Terrorfürst Abu Bakr al-Bagdadi Bild: action

Was Donald Trump vermutete

Schon im Sommer 2016 beschuldigte der damalige Präsidentschafskandidat Donald Trump den amtierenden US-Präsidenten Obama und seine demokratische Gegenkandidatin Hillary Clinton den IS absichtlich erschaffen zu haben. Trump nahestehende Berater und Medien stützten sich auf diese Fakten:

– Im Dezember 2012 erklärte Obama, dass er allein die syrischeposition und nicht mehr die Regierung Assad als legitimen Repräsentanten des syrischen Volkes betrachte.

– Bereits im August 2012 lag der US-Regierung ein mittlerweile veröffentlichter Geheimdienstbericht vor, der klar zu der Einschätzung kam, dass der Aufstand gegen die syrische Regierung mittlerweile überwiegend von der Vorläuferorganisation des IS getragen wird.

– Ebenfalls im August 2012 deckten die USA Waffenlieferungen aus ehemaligen Beständen des Gaddafi-Regimes an die syrische Opposition, anscheinend also wohl wissend, dass sie extremstische Moslems aufrüsteten.

– Nach einem angeblichen Giftgasangriff durch die syrische Regierung in Ghuta im August 2013 lieferten die USA nun auch eigene Waffen an die Rebellen.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 7 – 16. Februar 2018

MELDUNGEN

Wintersport im Oberland

Kernsdorf – Am 17. Februar gibt es in den Kernsdorfer Höhen südlich von Osterode ein Angebot für Skisportler. Die Gesellschaft der Freunde der Kernsdorfer Höhen organisiert bei Kernsdorf / Wysoka Wies bereits zum 13. Mal den Sassen-Skilauf. Gelaufen wird im klassischen Stil über fünf oder zehn Kilometer. Die Registrierung der Teilnehmer beginnt um 9 Uhr, der Lauf um 11 Uhr. Die Schirmherrschaft über das Ereignis hat der Marschall der Woiwodschaft Ermland-Masuren Gustaw Marek Brzezin. Anmelden kann man sich auch kurzfristig noch im Internet unter www.biegsasinow.com.pl, dort gibt es für Interessenten weitere Informationen, jedoch nur auf Polnisch. Bleibt zu hoffen, dass das Wetter die Organisatoren der Veranstaltung nicht im Stich lässt und genug Schnee liegen wird. *U.H.*

Straße Nr. 65 ist genehmigt

Allenstein – Das Straßennetz im südlichen Ostpreußen wird ausgebaut. Ein Vertrag über sieben Abschnitte der Staatstraße Nr. 65 auf einer Länge von 59,1 Kilometern wurde bereits unterschrieben. Es handelt sich um die frühere Reichsstraße 132 von der Woiwodschafts-Grenze südlich Prostken bis zum Grenzübergang Goldap. Gebaut wird in sieben Abschnitten, vom Grenzübergang bis zur Umgehungsstraße Goldap, von Reimannswalde bis zur Umgehungsstraße Treuburg, von Treuburg bis Herzogskirchen, von Herzogskirchen bis Lyck, ein Abschnitt im Stadtgebiet Lyck, von Lyck bis Neuendorf und von Neuendorf bis zur Woiwodschaftsgrenze südlich von Prostken. Der Bau soll Ende April 2019 beginnen und im Juni 2021 enden. *PAZ*

Ärger über hohe Tarife

Königsberg – Seit 2015 haben sich im Königsberger Gebiet die Tarife für Strom und Wärme verdreifacht. Ende Dezember hat Gouverneur Anton Alichanow eine weitere Preissteigerung für die Städte angekündigt, die noch Wärme aus Kohle erzeugen. Die Regierung in Moskau hat beschlossen, dass künftig alle Städte nur noch mit Gas heizen sollen. Im nördlichen Ostpreußen sind etwa 20 Prozent aller Städte betroffen. Sie heizen noch mit Kohle. In Insterburg, Tapiau, Stallupönen und Pillau werden die Tarife um bis zu 75 Prozent teurer. Bei den Betroffenen regt sich Widerstand, da die Realeinkommen im Gebiet das vierte Jahr in Folge gesunken sind, Rekord war 2016 mit 7,5 Prozent Einkommensrückgang gegenüber dem Vorjahr. Kritik wird auch laut, weil die Regierung ihr Versprechen, alle Städte auf Gasheizung umzustellen, nicht erfülle und stattdessen alles Geld für die WM ausgebe. *MRK*

WM ohne Königsberger Schloss

Gouverneur Anton Alichanow hat Wiederaufbaupläne auf Eis gelegt – Besichtigung der Keller möglich

Kaum ein Thema wurde so langlebig und unerschöpflich diskutiert wie der geplante Wiederaufbau des Königsberger Schlosses. Bis 2018 sollte der Westflügel wieder stehen, doch daraus wurde nichts.



Traurige Bilanz: Lediglich die Reste der Kellergewölbe wurden ausgegraben

Bild: J.T.

Seit der Post-Perestrojka hat es in Königsberg unzählige Workshops, Architekturwettbewerbe, Seminare und Konferenzen gegeben, es wurden zahllose Arbeitsgruppen gebildet, das Büro „Herz der Stadt“ wurde eröffnet und wieder geschlossen, es gab eine Menge Erklärungen hochgestellter Beamter und Politiker. Das einzige, was tatsächlich in dieser ganzen Zeit stattgefunden hat, sind archäologische Ausgrabungen an der Stelle des ehemaligen Schlosses.

Das lohnt einen Blick zurück, darauf, wie bei den bisherigen Ausgrabungen vorgegangen wurde und wer daran beteiligt war. Die wichtigste Frage bleibt indes, welches Schicksal den Ausgrabungsort zukünftig erwartet.

Von 2001 bis 2007 hatte das deutsche Nachrichtenmagazin „Spiegel“ die Ausgrabungen an verschiedenen Stellen finanziert, an denen einst das Schloss gestanden hat. Die Arbeiten wurden mit Beteiligung des Instituts für Archäologie der Russischen Akademie der Wissenschaften und des Museums für Geschichte und Kunst der Stadt durchgeführt. 2001 hatte sich der „Spiegel“ die Genehmigung des damaligen Gouverneurs, Wladimir Jegorow, eingeholt, die verschiedenen Versionen über den Verbleib des Bernsteinzimmers zu überprüfen. Die Königsberger Archäologen hofften indes, Reste der „Prussia-Sammlung“ zu finden. Ab 1925 hatte sich nämlich im Südteil des Schlosses eine der größten archäologischen Sammlungen Europas befunden. Von 2002 bis 2005 erfolgten Ausgrabungen im Westflügel. Besucher hatten zu dieser Zeit die Möglichkeit, die Arbeiten von einer Plattform aus zu verfolgen. Die Hoffnungen, Exponate der „Prussia-Sammlung“ des Museums zu finden, erfüllten sich. Die Archäologen entdeckten Kanonenkugeln, Speerspitzen, Schwerterfragmente und eine große Anzahl von Details des Interieurs, darunter aus dem Rittersaal den „Orden des Schwarzen Adlers“. Im Südflügel fanden die Archäologen viele Architektur-Fragmente des Schlosses. Die „Prussia-Sammlung“ ist heute im Königsberger Museum für Geschichte und Kunst zu sehen.

2005 sagte der „Spiegel“ weitere Mittel für die Ausgrabungen zu, und so konnten im südöstlichen Teil des Schlosses weitere wertvolle Artefakte gesichert werden. Nach einiger Zeit wechselte die Leitung des „Spiegel“, und 2008 wurde die finanzielle Beteiligung gekappt. Seitdem finden an der Ausgrabungsstelle nur noch sporadisch Arbeiten statt. Das Regionalministerium für Kultur stellte regelmäßig Mittel für den Schutz des Gebiets um den ausgegrabenen Westflügel und die Reparatur der Überdachung zur Verfügung.

Jedes Jahr im Frühling, wenn in Königsberg die „Museumsnacht“ stattfindet, wird das Wasser aus den ausgegrabenen Kellern gepumpt, sodass die Gäste das Mauerwerk sehen können.

Schlossruinen werden Teil der Fanzone

Im Jahr 2016 haben Mitarbeiter von örtlichen Museen noch einige Arbeiten verrichtet, doch kurz darauf gab es wieder Stillstand. Früher hatte man angenommen, dass nach Abschluss der archäologischen Arbeiten Investoren kommen würden, um den Wiederaufbau des Westflügels zu realisieren. Schließlich hatte die Gebietsregierung angekündigt, dass der Westflügel des Königsberger Schlosses bis 2018 wiederaufgebaut sein würde – der ehemalige Gouverneur Nikolaj Zukanow hatte erklärt, Gespräche mit möglichen Investoren liefen bereits. Noch 2016 sollten die Bauarbeiten beginnen. Passiert ist bisher nichts. Die einzige mit bloßem Auge erkennbare Veränderung ist die, dass die Holzkonstruktionen des Vordaches verfault sind, das Mauerwerk mit Gras bedeckt ist, und in den ausgegrabenen Kellern das Wasser steht.

Im März 2017 erklärte dann der amtierende Gouverneur Anton Alichanow, dass unter seiner Leitung das Königsberger Schloss nicht wiederaufgebaut werde. Die Ruinen würden lediglich konserviert und das Grundstück in Ordnung gebracht. Offenbar wurde das regionale Ministerium für Tourismus und Kultur angehalten, Führungen im ehemaligen Schloss durchzuführen unter Verwendung von „ergänzender Technik“. Diese Führungen sollen ab Juni 2018 zum Beginn der Fußball-Weltmeisterschaft angeboten werden. Das Königsberger Schloss wird also vermutlich in nächster Zeit nur mittels 3-D-Technik wiedererstehen. Im Augenblick, da die Ausgrabungsstätte sich in eine Wüste verwandelt hat, auf der Gras wächst und die Ausgrabungsobjekte unter Wasser stehen, gibt es nichts, was man Touristen als Anmutung von der einstigen Größe dieses Bauwerks zeigen könnte.

Doch bald schon soll hier die Fanzone für die Gäste während der WM entstehen, die der meist besuchte Ort während der Spiele sein wird. Deshalb werden in nächster Zeit die freigelegten Fundamente mit Technik ausgestattet und der Boden und das Ausgrabungsgelände gepflastert. *J. Tschernyschew*

Deutscher Orden, Druckerpresse und Parks

Veranstaltung am 22. Februar in Osterode zeugt von großem Interesse an der regionalen Geschichte

In der zweiten Februarhälfte 2018 sind in der Woiwodschaft Ermland-Masuren einige Veranstaltungen geplant, die sich mit der regionalen Geschichte aus unterschiedlichen Zeiten beschäftigen. Das Interesse an historischen Fragen verbindet sich dabei auch mit dem Einsatz für die Entwicklung der eigenen Heimat.

Am 22. Februar lädt der Verein „Werkstatt für Bürgeraktivität und Dokumentation des kulturellen Erbes“ in die Stadtbibliothek von Osterode im dortigen Schloss ein. Nach der Finissage einer Ausstellung zum Landschaftsarchitekten Johann Larass im Januar organisiert er eine weitere Veranstaltung in der Reihe „Treffen mit der nahen Geschichte“, in dem ein Park dieses großen Schöpfers im Mittelpunkt steht. Ab 18 Uhr wird unter dem Titel „Döhlau – Zentrum der hiesigen Welt“ über die Geschichte des Gutes der Familie von Rose in den Kernsdorfer Höhen südlich von Osterode informiert. In die anschließende Dis-kussion zum Zustand des Guts- und Parkkomplexes in Döhlau wird sich die Landschaftsarchitektin Marzena Zwierowicz einschalten, die sich für seine Rettung einsetzt.

Weiter zurück in der Geschichte geht Jan Gancewski vom Institut für Geschichte und Internationale Beziehungen der Ermländisch-Masurischen Universität in Allenstein. Der Historiker mit dem Forschungsschwerpunkt Deutscher Orden stellt in seinem Vortrag am 22. Februar im Museum von Ermland und Masuren die provokante Frage „War der Deutsche Orden souverän in Preußen?“ Antworten darauf gibt es ab 17 Uhr in der Burg in Allenstein.



Hat die Veranstaltung in Osterode mit organisiert: Wieslaw Skrobot von der „Werkstatt für Bürgeraktivität“

Bild: U.H.

Seit über einem Jahr stellt das Museum der Moderne des Städtischen Kulturzentrums Allenstein im ehemaligen Sägewerk der Gebrüder Raphaelson seine Exponate des Monats vor. Es sind dies Ausstellungsstücke, die mit der technischen Entwicklung der Stadt und der Region hauptsächlich Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts verbunden sind.

Am 19. Februar um 16 Uhr präsentieren Bogdan Bachmura und Włodzimierz Sieradzki dort den Besuchern eine Druckerpresse aus jener Zeit. Die Einleitung übernimmt Rafał Betkowski vom Museum der Moderne. Die Veranstaltung ist verbunden mit den Tagen zu Ehren des polnischen Journalisten Seweryn Pieniezny.

Uwe Hahnkamp



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

heute eine Erzählung als Dank für die vielen und herzlichen Glückwünsche zu meinem 102. Geburtstag. Und für die Blumengrüße: Rosen, Tulpen, Nelken… sie erinnern mich an den Vers in meinem Poesiealbum: „…alle Blumen welken, Stahl und Eisen bricht, aber unsre Liebe nicht.“ Immer stand darunter: „Zur Erinnerung an Deine Schulfreundin…“ und dann folgte der jeweilige Name. Manchmal war auch ein Stammbildchen eingeklebt, das Blumenmotive aufwies. So wie der Wunsch „Sei wie das Veilchen im Moose, bescheiden, sittsam und rein, und nicht wie die stolze Rose, die immer bewundert will sein“ passend einen Kranz aus Veilchenbildern bekam. Und damit hatte mich die betreffende Schreiberin voll erwischt, denn Veilchen waren und sind meine Lieblingsblumen – bis heute. Weil ich, das Stadtkind, sie pflücken konnte. Nicht in einem Garten sondern auf einem der Wälle, die meiner Heimatstadt Königsberg einen grünen Gürtel gaben. Und wenn auch das bis zur Flucht sorgsam bewahrte Poesiealbum längst verbrannt oder verrottet ist, so bleibt doch – selbst nach über 90 Jahren! – die ungetrübte Erinnerung an die Schule, an die Freundinnen und an die Veilchen, die Veilchen vom Litauer Wall.

Meine Gedanken gehen einen weiten Weg zurück, über Ströme, Grenzen und Länder hinweg bis nach Königsberg, in die Stadt meiner Kindheit. Und sie finden eine Schulklasse, in der sich blonde und braune Mädchenköpfe über Mathematikhefte beugen. Es ist ein sehr enges Klassenzimmer, und es liegt hoch oben im Dachgeschoß eines schmalen, etwas düsteren Hauses in der Prinzenstraße, und wenn ich den Blick hebe, sehe ich in die noch kahlen Kronen der Kastanienbäume im Garten des Landeshauses hinein. Und nun höre ich ein Flüstern, das nichts, aber auch gar nichts mit der ungeliebten Mathematik zu tun hat: „Du, ich hab' gestern schon Veilchen auf dem Litauer Wall gefunden.“ „Quatsch, jetzt schon Veilchen?“ „Ehrenwort, es stimmt. Kommst du heut Nachmittag?“

Die ersten Veilchen! Wenn auf dem düsteren Hof unseres Mietshauses noch die letzten grauen Schneefetzen lagen, kroch ich schon die steilen Wallhänge hinter dem Kleinbahnhof am Königstor empor, um in dem kahlen Gestrüpp nach dem ersten violetten Schimmer zu suchen. Und wenn ich es gefunden hatte, das erste Veilchen – nur ein lila Punkt in dem grünen Knospenmantel –, wurde es behutsam wie eine große Kostbarkeit nach Hause getragen: „Muttchen, die Veilchen blühen all auf dem Litauer Wall!“

Das bedeutete unendlich viel. Zuerst einmal: Es wird tatsächlich Frühling! Lange genug mussten wir ja auf ihn warten. Und das heißt auch: Jetzt durfte man wieder murmeln und Kullerreifen treiben, und am Sonntag ging es mit der Kleinbahn nach Neuhausen-Tiergarten zum Anemonenpflücken und Waldmeistersuchen. Und man durfte endlich wieder die schwarzen Wollstrümpfe ausziehen und Wadensöckchen tragen. Das bedeutete vielleicht am allermeisten!



Das Veilchenwunder unter meinem Fenster Bild: Geede

Wie ich sie hasste, diese zwei kraus, zwei glatt gestrickten, dikken, kratzenden Strümpfe, die mit einem Wäscheknopf an den grauen von der Wiste herabhängenden Gummibändern befestigt wurden. Vergeblich versuchte ich zu beteuern, dass kein anderes Kind – aber auch wirklich: kein Kind! – solche hässlichen Strümpfe bei diesem Frühlingswetter trug.

Muttchen hatte zweifellos den härteren Schädel. „Du bist viel zu piepsig, um jetzt schon Wadenstrümpfe zu tragen. Die ziehst die Wollenen an!“ Und ich trug weiter diese tintenschwarzen Alpträume meiner Kindheit und heulte vor Wut, wenn ich morgens die braunen Schnürstiefel zuband. Ich wusste genau, die freche Christel von der Lomse würde wieder spotten: „Kiek die, vielleicht zieht sie auch noch Mauchen an, damit sie ohne die Pulswärmer bloß nicht verfriert!“ Und alle anderen Mädchen würden Wadenstrümpfe oder sogar „Seidene“ tragen. Ach, die Seidenen! Die hatten es mir angetan. Und ich bettelte und pranzelte so lange, bis auf dem Geburtstagstisch tatsächlich ein Paar Kunstseidene lagen. „Aber die werden erst zu Pfingsten angezogen!“

Die Sonne schien so frühlingswarm in die enge Prinzenstraße. In Königseck leuchtete der erste blühende Ahorn. Und auf dem Litauer Wall blühten die Veilchen. Zu Hause gab es Sauerampfersuppe mit harten Eiern. Und wenn man es bisher noch bezweifelt hatte, daran merkte man es jetzt untrüglich: Der Frühling ist da!

„Muttchen, darf ich Wadenstrümpfe anziehen? Wir gehen auf den Wall, Veilchen suchen.“ „Unsinn, im Schatten ist es noch viel zu kalt. Du behältst die Wollenen an.“ Nach dem Essen ging Vater wieder zum Dienst, während sich Muttchen seufzend entschloss, den schon lange fälligen Besuch bei Tante Emma abzuleisten. Die Wohnungstüre klappte. Ich war allein. Nur mein großer Bruder büffelte im seinem Zimmer für sein Examen. War es wirklich Zufall, dass ich plötzlich vor der Kommode stand, in der meine Wäsche lag? Ich zog das zweite Fach auf: Da lagen sie, die Seidenen und glänzten in ihrer Pracht. Ganz vorsichtig strich ich über die kunstseidene Versuchung …

„Au, du hast Seidene an!“ rief Else bewundernd, als ich eine Viertelstunde später atemlos am Königstor erschien. Ich wich jeder weiteren Frage aus, indem ich schrie: „Los, wer zuerst am Bahnhof ist!“ Wir peesten wie die Wilden zu dem kleinen Stationsgebäude zwischen Herzogsacker und Litauer Wall. Und dann über die Schienen rüber wie der Blitz! Die steilen Hänge hinauf bis zu den Schießscharten der ehemaligen Bastion. Unten schnaufte der „rasende Litauer“ beim Rangieren. „Damliche Kräten!“ schrie der Lokführer und drohte uns mit der Faust. Wir waren aber schon in der Wildnis am Hang zum Wallgraben verschwunden. Ja, damals war es eine Wildnis. Da gab es noch keine gepflegten Rosengärten und Bänke zum Ausruhen und keine Promenaden mit Sandwegen am Ufer des Wallgrabens. Es war ein heimliches, eigentlich verbotenes Spielparadies mit Weidenbüschen und Wildrosen, mit Kletten und Disteln. Wir banden die Husche zu grünen Lauben zusammen und spielten „Wohnungchen“. Alte Kochtöpfe, Eimer und Konservendosen lagen genug umher, leider auch Glasscherben, aber die störten uns nicht. Und da stand es mitten auf der Wallkrone: das erste Veilchen!“ „Ich hab's, ich hab's!“ schrie ich und griff nach dem kurzen Stängelchen.

Da verlor ich das Gleichgewicht. Else schrie auf, sie sah, wie ich stürzte und den Hang hinabkollerte, fast bis vor die Schienen der Kleinbahn. Aber nicht der Schmerz des Fallens – nein viele kleine Schmerzen waren es, brennende Stiche, als sei ich in ein Wespennest gefallen! Es war aber verrosteter Stacheldraht, in den ich mit voller Wucht hinein gekollert war. Mein rechtes Bein blutete, auch das linke war zerschrammt. Ich schrie wie am Spieß. Nicht wegen der Schmerzen. Nein, die Seidenen! Meine Seidenen!

„Nun, hör doch auf zu brüllen, sonst erwischt uns der Schupo!“ Das war das einzige, was die ratlose Else zu sagen wusste. Aber vor den übel zugerichteten Kunstseidenen kapitulierte auch sie. „Vielleicht kannst du sie stopfen …“, war ein schwacher Versuch, mich zu trösten. Ich schlich mich nicht über die belebte Königsstraße, sondern über das menschenleere Kasernengelände Herzogsacker nach Hause. Gott sei Dank, Muttchen war noch nicht da. Schnell schloss ich mich auf dem verschwiegensten Ort der Wohnung ein. Mit einer Stopfnadel und braunen Twist. Und dann versuchte ich, meine Seidenen zu reparieren. Es war ein zweckloses Unterfangen. Von jedem der vielen Löcher gingen zahllos Ribbelmaschen aus. Und wo ich die dikke Stopfnadel einsteckte, liefen neue. Als nach einer halben Stunde mein Bruder energisch Einlass begehrte, öffnete ich und verschwand auf meinem Zimmer.

„Was hast du denn, Ulli?“ „Och nichts …“ Aber er ließ nicht lokker. „Au backe“, sagte er. „Mensch, das kann ja eine böse Blutvergiftung geben!“ Daran hatte ich noch gar nicht gedacht. Wenn er mich auch sonst piesackte, diesmal hatte er Mitleid mit seiner kleinen Schwester. Vielleicht betrachtete er als blutjunger Student der Medizin mich auch nur als willkommenes Objekt, denn er pinselte sorgfältig alle die kleinen Wunden und Risse mit Jod aus. Ich flehte ihn an, Muttchen nichts zu verraten. Die Seidenen hatte er nicht gesehen. Die hatte ich voller Wut hinter den großen Kachelofen gedämmert.

Muttchen wunderte sich wohl am nächsten Morgen, dass ich ohne zu Klagen die Schwarzen anzog. Aber dann fand sie die Seidenen! Und das hätte wohl furchtbare Folgen gehabt, wenn sie nicht auch die jodbraunen Stellen an meinen Beinen entdekkt hätte. Am nächsten Morgen durfte ich ungefragt weiße Wadenstrümpfe tragen. Muttchen hatte sie mir auf die Bettkante gelegt.

Das ist meine Geschichte von den Veilchen vom Litauer Wall. Und wo ich auch später Veilchen fand – irgendwie war es immer mit einer wundersamen Geschichte verbunden. So wie das Wiedersehen mit Agnes Miegel nach der Vertreibung aus unserer gemeinsamen Heimatstadt. Ich hatte gehört, dass sie, aus dänischer Internierung entlassen, auf einem Schloss in der Nähe von Bad Nenndorf lebte. Es war im März 1947, und ich wollte sie besuchen, hatte aber nur ein Glas selbstgekochte Rhabarbermarmelade als Mitbringsel – wer dachte damals schon an Blumen? Es war ein wundervoller sonniger Märztag, die Luft roch schon nach Frühling und dann geschah kurz vor dem Schloss Apelern das, was ich Wunder nenne: Über einer sonnenheißen Sandgrube breitete sich ein Teppich von wilden Veilchen aus, wie ich ihn in dieser Fülle nie erlebt hatte. Und nie wieder einen solchen Strauß gebunden hatte, wie ich ihn der Dichterin schenken konnte. Es waren zwar nicht ihre Lieblingsblumen – lila Tulpen –, aber das kräftige Violett der Veilchen leuchtete durch das Grau des Turmzimmers und ließ sie lächeln, obgleich sie in dem kalten Raum hoch über dem Burggraben sehr fror.

Und auch in selber haben erst vor einigen Jahren ein Veilchenwunder erlebt, jedenfalls ist es das für mich. Meine Schwiegertochter Ute, die diese Geschichte kannte, kam aufgeregt zu mir: Sie hatte ein Veilchen in unserem Garten entdeckt, eng geschmiegt an die Hauswand und genau unter meinem Fenster. Noch ein junges Pflänzchen – aber wer hatte es gesetzt? Niemand – es war von irgendwoher gekommen…

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

»Andere Verbrechen gegen den Frieden«

Verordnetes Geschichtsbild soll These von Nachkriegskonzentrationslagern in Polen verhindern

Die Novelle des Gesetzes über das Institut für Nationales Gedenken (IPN) ist nun auch vom polnischen Präsidenten Andrzej Duda unterzeichnet worden.

Wer künftig gegen dieses „Geschichtsgesetz“ verstößt, dem drohen bis zu drei Jahre Haft. Dafür reicht es zum Beispiel aus, dass jemand öffentlich und „wahrheitswidrig“ dem polnischen Volk Mitverantwortung für Verbrechen unterstellt, die während der NS-Zeit begangen wurden. Bekämpft soll damit vor allem die Bezeichnung „polnische Vernichtungslager“ werden. Das IPN hat nun die Aufgabe, eventuelle Verstöße zu bewerten und der Justiz zu melden, um damit über eine korrekte historische Begrifflichkeit zu wachen. Doch nichts anderes scheint diese Institution zu tun, wurden doch bislang zum Beispiel die nach der Wende aufgearbeiteten Themen der Vertreibungen, Internierungen und Deportationen deutscher Zivilbevölkerung 1945 stets den Sowjets zugeschrieben.

Bernard Gaida, Vorsitzender des Dachverbandes deutscher Organisationen in Polen und Sprecher der deutschen Minderheiten innerhalb der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen, beklagt nun in einem Schreiben an Präsident Andrzej Duda, die IPN-Gesetzesnovellierung erschwere eine gründliche Analyse der historischen Wahrheit über das Schicksal der Deutschen im Polen der Nachkriegszeit.

Auf die von Gaida befürchteten Beispiele musste man in Westoberschlesien nicht lange warten. Als Zuzanna Donath-Kasiura vom Vorstand der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen in der Woiwodschaft Oppeln im Interview für Radio Oppeln) das Nachkriegslager für Deutsche im oberschlesischen Lamsdorf als „Konzentrationslager“ bezeichnete und sich gegen die von polnischer Seite oft benutzte Bezeichnung „Arbeitslager“ aussprach, schlug dies hohe Wellen.

Donath-Kasiura: »Beweisführung bei unbequemen Fakten nicht einfach, aber notwendig«

Die polnischen Machthaber hätten keine Vernichtungspläne für in Lagern inhaftierte Deutsche gehegt, so Renata Kobylarz-Bula, Leiterin des Kriegsgefangenen-Museums Lamsdorf. „Oberstes Ziel der meisten Lager und eben auch des Lagers Lamsdorf war die Aussiedlung der deutschen und der für deutsch angesehenen Bevölkerung. Die Bezeichnung ‚Arbeitslager‘ negiert nicht die Tatsache, dass dort Menschen starben, denn wir berichten darüber seit langem. Sie verloren ihr Leben auf unterschiedliche Art und Weise: Sie wurden ermordet, wie es in Lamsdorf in den ersten drei Monaten unter der Lagerleitung von Czeslaw Geborski der Fall war, aber vorwiegend starben sie vor Hunger und ähnlichen damit verbundenen Problemen“, so Kobylarz-Bula.

Auch Gaida wies im Schreiben an den polnischen Präsidenten auf die durch das IPN-Gesetz nun erschwerte Geschichtsaufarbeitung hin, indem er anführte, dass es nach 1945 neben NKWD-Lagern auch durch polnische Verwaltungsstellen geführte Lager gab. „Versöhnung braucht die Suche nach Wahrheit. Doch entgegen der Ankündigungen geht die Formulierung des Artikels 55a der Gesetzesnovelle weit über die ‚Zuschreibung von Verbrechen dem polnischen Volk und dem polnischem Staat, die vom Dritten Reich begangen wurden‘, hinaus. In der zweiten Hälfte des Satzes ist nämlich die Rede von ‚anderen Verbrechen gegen den Frieden, die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen‘, was vermuten lassen soll, dass solche in Polen nie geschehen sind“, befürchtet Gaida.

Dieser hatte sich noch 2013 bei der Benennung der wissenschaftlichen Konferenz „Die Kommunistische Regierung gegenüber der deutschen Bevölkerung in Polen in den Jahren 1945-1989“ weniger kritisch gezeigt. Gaida kritisierte die Benennung der Konferenz damals nicht nachhaltig, die als Folge einer Vereinbarung zwischen Deutschland und Polen zur gegenseitigen Berücksichtigung von Belangen der Deutschen in Polen und Polen in Deutschland stattfand. Wenn man den Sowjets Schuld nicht zuschieben kann, so ist die Haltung in Polen weit verbreitet, diese allgemein „den Kommunisten“ zuzuschreiben, womit meist kaschiert wird, dass sich nichtkommunistische Polen an massiven Menschenrechtsverletzungen beteiligt haben.

Donath-Kasiura unterstreicht, dass die Beweisführung bei unbequemen Fakten nicht einfach, aber notwendig sei, „damit die Nachkriegsgenerationen normal darüber sprechen können“.

Chris W. Wagner



ZUM 100. GEBURTSTAG

Kohnert, Rudolf, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 22. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Heß, Lotte, geb. **Kiekel**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 17. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Heiss, Gerda, geb. **Stars**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 19. Februar
Höper, Dr. Edith, geb. **Becker**, aus Lyck, Yorkstraße, am 17. Februar
Sturies, Alfred, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 21. Februar
Trott, Gustav, aus Lissau, Kreis Lyck, am 22. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bartsch, Erika, geb. **Greczyk**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 16. Februar
Beyer, Kurt, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 19. Februar
Kargoll, Irene, geb. **Plotzitzka**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 22. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bamberg, Herta, geb. **Rothgänger**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 19. Februar
Holländer, Alfred, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 22. Februar
Ladda, Hedwig, geb. **Schall**, aus Lötzen, am 17. Februar
Meier, Herta, geb. **Wunderlich**, aus Demmen, Kreis Elchniederung, am 19. Februar
Neumeister, Margarete, geb. **Lemke**, aus Struben, Kreis Neidenburg, am 21. Februar
Viertel, Adelheid, geb. **Bieber**, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 21. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kalwellis, Edith, geb. **Hoffmann**, aus Skaten, Kreis Wehlau, am 16. Februar
Papke, Martel, geb. **Jorzik**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 19. Februar
Schulze, Elisabeth, geb. **Gerlach**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 18. Februar
Vongehr, Erna, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Banz, Heinrich, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 16. Februar
Baranski, Margarete, geb. **Grommas**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 21. Februar
Breitsprecher, Elsa, geb. **Pohlenz**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 18. Februar
Cichon, Heidi, geb. **Dreyer**, aus Königsberg, am 21. Februar
Czarnetzki, Hildegard, geb. **Symanowski**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 18. Februar
Heinsohn, Herta, geb. **Kösling**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 19. Februar
Kopka, Alfred, aus Tapiau, Kreis Wehlau, und aus Rhein, Kreis Lötzen, am 21. Februar
Mielke, Veronika, geb. **Palkowski**, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, am 22. Februar
Reinke, Gerda, geb. **Hoffleidt**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 17. Februar
Schippling, Alfred, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 20. Februar
Schlaud, Lydia, geb. **Heinrich**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 17. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Browarzik, Else, geb. **Raffalski**, aus Bittkau, Kreis Treuburg, am 18. Februar
Brzezinski, Horst, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 19. Februar
Contzen, Edith, geb. **Brost**, aus Klingsporn, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. Februar
Falkenberg, Christel, geb. **Neumann**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 21. Februar
Gathmann, Elfriede, geb. **Pruß**, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 16. Februar
Junge, Irmgard, geb. **Schulwitz**, aus Neidenburg, am 22. Februar
Kiehr, Hanna, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 16. Februar
Paliwoda, Wanda, geb. **Schrader**, aus Eschenberg, Kreis Elchniederung, am 19. Februar
Schneider, Brigitte, geb. **Kotowski**, aus Lyck, Königin-Luise-Platz 6, am 17. Februar
Sommer, Hans, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 16. Februar
Wisbar, Klaus, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 19. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Barsties, Wilhelm, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
Borowy, Siegfried, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 16. Februar
Brahms, Irmgard, geb. **Trzeciak**, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 20. Februar
Hormel, Eva, geb. **Annuß**, aus Michelsdorf, Kreis Ortelsburg, am 22. Februar
Marks, Elfriede, geb. **Sperrhacke**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 16. Februar
Sommer, Hildegard, geb. **Lossau**, aus Lyck, am 20. Februar
Ullmann, Dora, geb. **Marksch**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 19. Februar
Wenzek, Max, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 16. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Digmayer, Eva-Maria, geb. **Nitsch**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 19. Februar
Domsol, Hannelore, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 21. Februar
Dudek, Ilse, geb. **Nüske**, aus Lyck, Morgenstraße 14, am 18. Februar
Gerlach, Marie-Anne, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 16. Februar
Gritzan, Elfriede, geb. **Kensy**, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 16. Februar
Janz, Hubert, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 17. Februar
Kehl, Christel, geb. **Cziehso**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 19. Februar
Kieselbach, Erika, geb. **Budzinski**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 16. Februar
Onischke, Ernst, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 20. Februar
Scheller, Eva, geb. **Buttgereit**, aus Königsberg, am 20. Februar
Schwiderrek, Kurt, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 17. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Brehme, Rosemarie, aus Tilsit, Gerichtsstraße 6, am 17. Februar
Brockmann, Gertrud, geb. **Küchenmeister**, aus Breitenfelde, Kreis Neidenburg, am 18. Februar
Kampofski, Irmgard, geb. **Sahm**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 22. Februar
Lekat, Horst, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 22. Februar
Lipka, Heinz, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 16. Februar
Mekelburg, Irmgard, geb. **Prange**, aus Weißenburg, Kreis Stuhm, Westpreußen, am 18. Februar
Olthoff, Ilse, geb. **Kalkowski**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. Februar
Schott, Irene, geb. **Schmidt**, aus Wehlau, am 18. Februar
Schulz, Dietrich, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 17. Februar
Symanski, Botho, aus Münchenfelde, Kreis Lötzen, am 21. Februar
Uhlmann, Rolf, aus Prostken, Kreis Lyck, am 20. Februar
Wachsmuth, Herta, geb. **Brozio**, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 16. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Böhm, Ursula, geb. **Bischoff**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 20. Februar
Bollnow, Irmgard, geb. **Maschlinski**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 20. Februar
Borriß, Eitel, aus Fronicken, Kreus Treuburg, am 19. Februar
Fibik, Ilse, geb. **Opretzka**, aus Kallenau, Kreis Ortelsburg, am 16. Februar
Grzegorzewski, Kurt, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 22. Februar
Jäkel, Margarethe, geb. **Drews**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 18. Februar
Jung, Wolfgang, aus Plibischken, Kreis Wehlaua, am 19. Februar
Kock, Ruth, geb. **Kirschstein**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 18. Februar
Lindt, Alfred, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 18. Februar
Mack, Heinz, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 19. Februar
Oelmann, Sabine, geb. **Schulz-Kalau**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 20. Februar
Schreeck, Gertrud, geb. **Kniza**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 16. Februar
Szigat, Oskar, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 16. Februar
Woyciniuk, Günther, aus Sieden, Kreis Lyck, am 21. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Alex, Wilfried, aus Osterode, am 18. Februar
Bondzio, Erika, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 22. Februar
Chodynicki, Brigitte, geb. **Lockowandt**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 19. Februar
Eberharter, Ingrid, geb. **Lottermoser**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 19. Februar
Groppler, Heinz, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 18. Februar
Grust, Gertraud, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 20. Februar
Haase, Werner, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 16. Februar
Herfurth, Brigitte, geb. **Koslowski**, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 21. Februar
Hirscher, Egon, aus Lesgewangen und Rautenberg, Kreis Tilsit-Ragnit, am 16. Februar
Höckrich, Lothar, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 19. Februar
Kamsties, Klaus, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 18. Februar
Karbach, Sigrid, geb. **Vetter**, aus Kinderhausen, Kreis Ebenrode, dam 18. Februar
Katzmarzik, Manfred, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 18. Februar
Klesius, Karin, geb. **Hermenau**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 21. Februar
Köhler, Ernhilde, geb. **Sinnhöfer**, aus Wabbeln, Kreis Ebenrode, am 18. Februar
Kruppa, Erna, geb. **Fehlau**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 18. Februar
Lanitz, Astrid, geb. **Kotschessa**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 16. Februar
Laue, Inge, geb. **Kowitz**, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 20. Februar
Lemke, Christel, geb. **Kopp**, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 17. Februar
Lender, Gisela, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 21. Februar
Massow, Anneliese, geb. **Rohmann**, aus Lyck, am 20. Februar
Nau, Klaus, aus Neidenburg, am 20. Februar
Radde, Waltraut, geb. **Cytrich**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 21. Februar
Ragnitz, Dieter, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 22. Februar
Schreiber, Hannelore, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 17. September
Schuckel, Gerhard, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 21. Februar
Sillus, Reinhold, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 22. Februar
Walter-Joswig, Dr. Helga, geb. **Joswig**, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 22. Februar
Werth, Sieglinde, geb. **Wolf**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 16. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Braun, Ursula, geb. **Kleinfeld**, aus Kleinfeld, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. Februar
Delony, Manya Margit, geb. **Schilla-Dygutsch**, aus Neidenburg, am 18. Februar
Fehrenz, Reinhard, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 20. Februar
Hoffmann, Siegfried, aus Barnen, Kreis Treuburg, am 20. Februar
Jacobi, Christa, geb. **Schendel**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 17. Februar
Junkuhn, Wilhelm, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 21. Februar
von Schichau, Werner, aus Rg. Pottlitten, Kreis Heiligenbeil, am 19. Februar
Weber, Renate, geb. **Schönhoff**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, und aus Braunsberg, am 16. Februar



Jaeckel, Kurt, aus Neukuhren, Kreis Samland, und Ehefrau Helga, geb. **Neumann**, aus Cranz, Kreis Samland, am 22. Februar

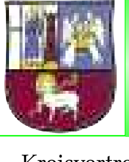
TERMINE DER LO

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg
16. bis 18. April: Arbeitstagung der Landesfrauenvorsitzenden in Helmstedt
20. bis 22. April: Kulturseminar in Helmstedt
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Osterode (Ostpreußen)
14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. Internet: www.allenstein-landkreis.de

Vorstandssitzung

Der Vorstand kam am 13. Januar zu seiner ersten Sitzung im neuen Jahr am Ort seiner Geschäftsstelle in Hagen am Teutoburger Wald zusammen. Daran nahmen auch der Zweite Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Allenstein, Stefan Hein, und der in Aussicht genommene Autor der geplanten „Chronik Kreis Allenstein“, der Historiker Dr. Ralf Meindl, teil. Er stellte sich wie folgt vor: 1971 in Speyer geboren, in Freiburg Geschichte studiert, mit der Geschichte Ostpreußens durch seine Doktorarbeit „Ostpreussens Gauleiter Erich Koch, eine politische Biographie“, vertraut und in Allenstein wohnhaft. Zugleich trug er die Gedanken zur Publikation vor und machte einen Vorschlag zu ihrer Gliederung.

Kreisvertreter Hans-Peter Blasche gab bekannt, dass durch Vermittlung unseres Ehrenmitgliedes Georg Schirmbeck, ehemals Mitglied des Bundestages, eine Stiftung im Patenland Osnabrück gefunden werden konnte, die sich an den Kosten der Chronik zur Hälfte beteiligen will. Dann stellte er den Entwurf des Autorenvertrages vor. Nach kurzer Beratung stimmten die Vorstandsmitglieder dem Tenor des Vertrages zu.

Bezüglich der Publikation über die Geschichte der Stadt Wartenburg, verfasst von Studienassessor Walter Koppenhagen, Königsberg 1938, war zu erfahren, dass diese in Kürze zur Wiederveröffentlichung frei gegeben wird. Zum Tagungsordnungspunkt „Heimatjahrbuch Weihnachten 2017“ teilten Kreisvertreter und Schriftleiter mit, dass von zahlreichen Lesern eine positive Bewertung des mehr als 300 Seiten umfassenden Jahresbuches abgegeben worden sei. Der Schatzmeister gab bekannt, dass die Druck- und Versandkosten aus den eingegangenen Spenden beglichen worden seien.

Einen breiten Raum in den Beratungen nahm die Ausrichtung der bevorstehenden Jahreshauptversammlung ein. Hauptthema wird die Vorstellung und Verabschiedung des von beiden Vorständen der Kreisgemeinschaften Allenstein-Stadt und -Land beschlossenen Fusionsvertrages mit dem Ziel der Gründung eines neuen Vereins unter dem neuen Namen „Kreisgemeinschaft Allenstein“. Es finden auch Neuwahlen statt. Der Vorstand setzte den Termin zur Jahreshauptversammlung auf Sonnabend, 14. April, 11 Uhr im Rathaus Hagen a.T.W. fest.

Am frühen Abend empfing der Vorstand im Hotel Bulter die zu seinem Neujahrsempfang geladenen Gäste aus den Reihen von Paten im Landkreis Osnabrück und der Gemeinde Hagen am Teutoburger Wald sowie seine Partner aus Allenstein mit der Landrätin an der Spitze in Begleitung des Vorsitzenden des Kreistages Powiat Olsztyn und weiteren Teilnehmern. Erschienen waren auch mehrere Ehrenmitglieder, ehemals hohe Funktionsträger, sowie ein Landtagsabgeordneter aus Hannover. Die Gespräche in gelockerter Atmosphäre dienten der Festigung deutsch-polnischer Beziehungen auf kommunaler Ebene. Es war zu vernehmen, dass auch in Allenstein ein Kreisbuch in polnischer Sprache herausgebracht werden soll.

Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen zur JHV am 14. April 2018.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Zusendungen für Ausgabe 9

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 9/2018 (Erstverkaufstag: 2. März) bis spätestens Donnerstag, 22. Februar an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Anzeigen

Befiehl du deine Wege
und was dein Herze kränkt
der allertreusten Pflege
des, der den Himmel lenkt:
Der Wolken, Luft und Winden
gibt Wege, Lauf und Bahn,
der wird auch Wege finden,
da dein Fuß gehen kann.

Alfred Amenda

** 13. Juli 1924 † 04. Februar 2018*
Peterswalde, Ostpreußen Wesel

Elisabeth Amenda geb. Kamp
Claudia und Andreas mit Hannah und Lukas
Michael und Sandra mit Louisa, Paula und Paula

Traueranschrift:
Michael H. Amenda, Lotharingerstraße 6, 48147 Münster

Die Beisetzung fand am 08.02. auf dem Friedhof in Hamminkeln statt.

Meine Zeit steht in Deinen Händen.
Nun kann ich ruhig sein,
ruhig sein in Dir.

In Liebe und Dankbarkeit mussten wir Abschied nehmen von unserer lieben Mutter, Schwiegermutter, Oma und Uroma

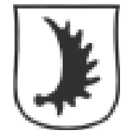
Eva Napp
geb. Noetzel
* 29.8.1919 † 4.2.2018



In tiefer Trauer:
Ewald Napp und Familie
Annemarie Gerhardt geb. Napp **und Familie**
sowie alle Anverwandten

Kondolenzanschrift: c/o Bestattungshaus Bläsche, Bleichstraße 13, 56130 Bad Ems

Die Beerdigung fand am Freitag, dem 9. Februar 2018, um 14.30 Uhr auf dem Friedhof in **Fachbach** statt.



Edith Lyssewski
geb. Roß
* 4. Mai 1930 † 5. Februar 2018
in Millau/ Ostpr. in Lübeck

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied
Jörg-Peter, Christina,
Nikola, Enno und Ayra
Lutz
Katrin mit Ida, Maja,
Oleg und Nora
Irmgard mit Familie

Am Schaar 3, 23564 Lübeck

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 16. Februar 2018, um 11.00 Uhr in der St. Katharinen-Kirche zu Lensahn statt.
Anschließend erfolgt die Beisetzung.

In der Nacht bist Du von uns gegangen, friedlich, still und unverhofft.
Wir werden Dich unendlich vermissen, doch in unseren Herzen wirst Du ewig sein.



Fritz Schulz
25.09.1937 27.01.2018
Eckersdorf Braunschweig
Kr. Mohrungen

In Liebe und Dankbarkeit
Renate
Kathrin und Michael
sowie alle Angehörigen und Freunde

Traueranschrift: Familie Schulz, Westerbergstraße 18, 38162 Cremlingen

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Nachbarschafts-Treffen

Eitorf – Sonnabend, 26. Mai, 10 bis 17 Uhr, Einlass ab 9 Uhr, Hotel Schützenhof, Windecker Straße 2, 53783 Eitorf: Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit.

Das Hotel erreichen Sie unter Telefon (02243) 887-0 und per E-Mail: info@hotelschuetzen-hof.de. Es hält für uns ein Zimmerkontingent unter dem Stichwort „Ostpreußen“ bis zum 1. März vor, DZ 94 Euro, EZ 64 Euro. Für Teilnehmer, die früher anreisen, wird im Hotel ein Raum reserviert, wo wir am Freitag, 25. Mai, gegen 19 Uhr das Abendessen einnehmen können, um dann schöne Stunden miteinander zu verbringen.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreter (komm.): Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreisvertreterin zurückgetreten

Elke Ruhnke ist am 4. Februar von ihrem Amt als Kreisvertreterin der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil aus persönlichen Gründen zurückgetreten. Frau Ruhnke war seit 2008 Kreisvertreterin der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil. Die Kreisgemeinschaft wünscht Frau Ruhnke für ihren weiteren Lebensweg ein gutes Gelingen.

Die Neuwahl des Kreisvertreters wird während der Kreistagssitzung am Sonnabend, den 7. April in Burgdorf erfolgen. Es ist dem Vorstand gelungen, bereits einen Kandidaten für das Amt zu gewinnen.

Die Mitglieder des Kreisausschusses und des Kreistagen werden hiermit dazu aufgerufen, bis 20. Februar weitere Vorschläge für das Amt des Kreisvertreters zu machen. Die Wahlvorschläge müssen enthalten: Namen, Vornamen, Geburtsdatum, Heimatort, sowie jetzige Anschrift des Kandidaten. Die eingegangenen Wahlvorschläge werden mindestens vier Wochen vor der Wahlveranstaltung im Ostpreußenblatt veröffentlicht.

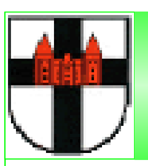
Kreistag

Elke Ruhnke ist mit Wirkung vom 4. Februar von ihrem Amt als Kreisvertreterin zurückgetreten. Das bedeutet, dass zum diesjährigen Kreistag, der am 7. und 8. April im Hotel „Haase“ in Burgdorf stattfindet, eine Nachwahl notwendig wird. Ein Kandidat für das Amt des Kreisvertreters ist vorhanden.

Und wir freuen uns sehr, dass sich darüber hinaus ein weiterer Landsmann bereit erklärt hat, das seit Anfang letzten Jahres unbesetzte Amt des Kassenwartes zu übernehmen. Diese Ergänzungswahl wird ebenfalls zum Kreistag im April erfolgen.

Um wen es sich bei den Kandidaten handelt, wird zu gegebener Zeit bekanntgegeben. Weitere Wahlvorschläge sind willkommen; sie sind zu richten an: Christian Perbandt, Erster stellvertretender Kreisvertreter, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 57052, Fax: (05132) 588695, E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Christian Perbandt,
Erster stellver. Kreisvertreter



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Neue Satzung

Der amtierende Kreistag unserer Kreisgemeinschaft hat in seiner Sitzung am 2. September 2017 eine neue, der heutigen Zeit entsprechende Satzung beschlossen. Zwischenzeitlich ist diese beim Vereinsregister in Bochum zur Eintragung gekommen. Bei unseren in diesem Jahr während unseres Heimattreffens am 1. und 2. September in Helmstedt anstehenden Wahlen zur Kreisvertretung werden wir erstmals nach der neuen Form unsere Organe wählen.

Wer eine Satzung haben möchte, wende sich bitte an meine obige Anschrift. Sie bekommen dann umgehend ein Exemplar zugeschickt. *Jürgen Szepanek*

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Bereits zum elften Mal findet am Sonnabend, 10. März, von 10 bis 16 Uhr im Haus der Heimat in Stuttgart, Schlossstraße 92, ein ostdeutscher Ostermarkt statt. Angeboten werden kulinarische Köstlichkeiten wie Königsberger Marzipan, schlesische Mohn- und Streußelkuchen oder ostpreußischer Raderkuchen. Daneben präsentieren die verschiedenen Aussteller Literatur ihrer Heimatlandschaften, musikalische Raritäten und eine Ausstellung handwerklicher Kunst. Veranstaltet wird der Heimatmarkt in einer gemeinsamen Aktion vom Jugendverband DJO-Deutsche Jugend in Europa, dem BdV-Bund der Vertriebenen, dem Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland (VDA), der baden-württembergischen Landsmannschaft Ostpreußen und fast allen anderen Landsmannschaften der deutschen Heimatvertriebenen. Kooperationspartner ist auch in diesem Jahr wieder das Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg. Die Ausstellung „Banater Orgeln und Orgelbauer“ sowie die Bibliothek im vierten Stock sind von 11 bis 15 Uhr geöffnet. Eine kleine Caffeteria rundet das Angebot ab und bietet Möglichkeit zum Gespräch. Weitere Informationenv bei: DJO-Deutsche Jugend in Europa, Schlossstraße 92, 70176 Stuttgart, Hartmut Liebscher, Telefon (0711) 625138, Fax (0711) 625168, E-Mail: hartmut@djobw.de.

Landesgruppe/Stuttgart/Mannheim – Schon heute möchten wir Sie auf unsere geplante Fahrt vom 26. Juli bis 8. August in das Memelland hinweisen. Wir fliegen am 26. von Frankfurt nach Wilna und anschließend geht es mit dem Bus nach Memel in das Hotel Amberton. Vom 27. bis 29. Juli findet dort das Meeresfest statt und wir unternehmen bis zum 1. August diverse Rundfahrten durch das Memelland. Am 2. geht es für vier Nächte nach Birstonas bei Druskininkai, dem litauischen Kurort, in das Vier-Sterne-Hotel „Vytautas Spa“. Von hier aus starten wir nach Kaunas mit Besichtigung der Bierbrauerei Volfas Engelmann, des barocken Klosters Pazaislis und der Festungsanlage „IX Fortas“. Ein weiterer Ausflug führt in den Dzukija Nationalpark, in das Städtchen Merkine mit dem historischen Burghügel, der eine atemberaubende Aussicht bietet, in den sowjetischen Park „Grutas“ in Druskininkai, zur Heiligen Dreifaltigkeitskirche und auf den Burghügel in Liskiava. Am 6. August geht es von Birstonas über Trakai nach Wilna in das Hotel „Radisson Blu Lietuva“. Am 7. besichtigen wir die Altstadt von Wilna. Rückflug ist am 8. August. Der Reisepreis beträgt pro Person im Doppelzimmer 1350 Euro und 1735 Euro im Einzelzimmer. Im Preis enthalten: Direktflug von Frankfurt nach Wilna und zurück mit der Lufthansa, sieben Übernachtungen mit Frühstück in Memel, vier Übernachtungen/Halbpension in Birstonas, zwei Übernachtungen/Halbpension in Wilna. Alle Rundfahrten wie beschrieben. Wegen der Flugbuchung bei Lufthansa ist eine schnelle Anmeldung erforderlich: Uwe Jurgsties, 68542 Heddesheim, Kirschblütenstr. 13, Telefon (06203) 43229, oder per E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Buchen – Freitag, 2. März, 14 Uhr: die Polsterei Englert in Hettingen – Besuch eines weiteren Handwerks-Betriebes. Treffpunkt der Fahrgemeinschaften ist der Musterplatz Buchen.

Ludwigsburg – Dienstag, 20. Februar, Jahreshauptversammlung mit Königsberger-Klopse-Essen. Die Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Totenehrung, 3. Rechenschaftsbericht des Ersten Vorsitzenden, 4. Kassenbericht des Kassenwarts, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Entlastung des Vorstandes, 7. Anträge, 8. Wahlen nicht besetzter Ämter, 9. Verschiedenes.

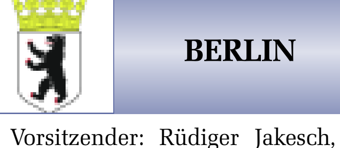
BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 17. Februar, 15 Uhr, Orangerie, Promenade 33, 91522 Ansbach: „Angekommen? Auf den Spuren der Pommern in Bayern“ – Ein Dokumentarfilm von Martina Kerl und der Pommerschen Landsmannschaft Bayern.

Bamberg – Mittwoch, 21. Februar, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose: „Das Postwesen in Westpreußen“.

Landshut – Dienstag, 20. Februar, 14 Uhr, Gasthaus Zur Insel: Zusammenkunft mit Vorstandssitzung.

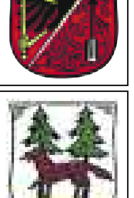


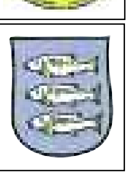
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

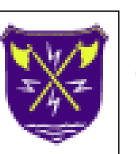


Königsberg – Freitag, 16. Februar, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.





Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen – Dienstag, 20. Februar, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Anfragen Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032682, Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul (030) 5429917, Lötzen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

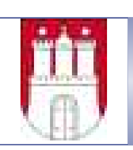
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Frühlingstreffen

Für alle Landsleute von nah und fern

Anklam – Am Sonnabend, dem 10. März 2018, findet von 10 bis 17 Uhr in der Mehrzweckhalle „Volkshaus“, Baustraße 48-49 (Stadtzentrum/Nähe Markt) das landesweite große Frühlingstreffen der Ostpreußen statt. Dazu sind alle Landsleute von nah und fern und Interessenten sehr herzlich eingeladen. Eigens zu diesem Anlass nimmt der russische Kant-Chor Gumbinnen die weite Anreise aus dem Königsberger Gebiet auf sich, um in Anklam dabei zu sein. Ebenso hat der große ostpreußische Philosoph Immanuel Kant höchstselbst sein Kommen zugesagt – er gibt einiges Interessantes aus Königsberg zum Besten. Das Heimattreffen wird vom Posaunenchor Bansin festlich umrahmt. Am Nachmittag tritt das Ensemble „Nimmersatt“ mit Liedern der 1920er Jahre auf. Wie immer ist für Mittagessen, Kaffee, Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher, Landkarten und genügend Parkplätze gesorgt. Erwartet werden 600 Besucher. *PAZ*

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Traditionell lud der Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg zum Neujahrsbesuch am 3. Februar ins Haus der Heimat. Der Vorsitzende Willibald C. Piesch, in der Alt-Bielitzer Männertracht seiner beskidendeutschen Heimat, staunte, dass neben alten Bekannten besonders viele neue Landsleute erschienen. Erstmalig konnte er einen besonderen Ehrengast, Satu Oldendorff, die Leiterin der Finnischen Kirche, in Vertretung von Pastorin Vähänkangas willkommen heißen. Neben Grüßen des Ersten Bürgermeisters, Olaf Scholz und des AfD-Vorsitzenden der Bürgerschaft, Alexander Wolf, trafen herzliche Segenswünsche von Hauptpastor Alexander Röder und vom Erzbischof Stefan Heße ein.

Mit einem musikalischen Neujahrsgruß, der „Petersburger Schlittenfahrt“ von J. Pjotr Tschaikowski, eröffnete die Dirigentin des Chors „Abendklang 2001“, Lilia Berschin, den Empfang. Weiter ging es mit mundartlichen Beiträgen unter anderen von der Ostpreußin Christel Neumann. Mit einem nachdenklich stimmenden Beitrag der Vorsitzenden der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen, Helga Seeger, endete dieser Teil der Veranstaltung. Traditionell gab es danach einen Imbiss mit Krapfen, Brezel und Kaffee. Gemeinsam gesungene Volkslieder und andere Musikbeiträge folgten. Danach ging es zur Überraschung aller ziemlich laut weiter: Es wurden Papiertüten verteilt und erklärt, dass man erstmalig mit „Tütenböllerknallen“ endgültig den Winter vertreiben und das ‚Neu Jahr‘ begrüßen möchte. Eine gelungene Einlage, wobei einige Gäste vor Freude an dem ‚Knalleffekt“ der aufgepusteten und platzenden Tüten, aus Spaß und Freude kein Ende fanden.

Mit besten Wünschen des Landesvorstands für 2018, nebst großem Dank für die Teilnahme, klang dieser erinnerungsreiche Empfang mit dem traditionellen „Kein schöner Land...“ aus.

KREISGRUPPEN



Elchniederung – Dienstag, 20. Februar, 14 Uhr, Berenberg-Gosler-Haus, Niendorfer Kirchenweg 17, 22459 Hamburg: Gemeinsamer Nachmittag mit Kaffeetafel, Gesang und Schabbern. Gäste sind herzlich willkommen. Weitere Auskunft: Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Frauengruppe – Freitag, 23. Februar, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1, Bergedorf: „Karnevalszeit – Wir feierten gerne und bei allen Gelegenheiten“ – ein fröhliches Treffen (mit Berlinern).

HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Dillenburg – Mittwoch, 28. Februar, Cafe Eckstein, Königsberger Straße: Hans-Jochen Naujoks wird über „Pferdezucht in Trakehnen“ sprechen.

– **Bericht** –

Die letzte Monatsversammlung war mal wieder eine Gemeinschaftsveranstaltung mit dem Kultur-Stammtisch der Freunde Ostpreußens im BdV. Nach dem Kaffeetrinken referierte der Weltenbummler Wolfgang Post aus Herborn über seine Wanderung durch die Beskiden und das Karpatenvorland im August 2016. Er war drei Wochen unterwegs. Er zeigte uns viele Bilder von den Karpaten, die er mit polnischen und ukrainischen Liedern, vom Tonband gespielt, untermalte. Eins war ein Wanderlied aus der russischen Ukraine, in dem auch Schäfchen vorkamen, die wir auf einem Bild sahen.

Zuerst zeigte er auf einer Karte, wo die Beskiden und Karpaten liegen, nämlich zum Teil in Polen, zum Teil in der Ukraine. Dann erzählte er: Zunächst war er mit dem Fernbus von Frankfurt/Main nach Breslau gefahren. Seine Mutter stammte aus dem sogenannten „Kuhländchen“, einer Gegend in der Nähe der Oderquelle, das früher zur Ukraine gehörte, und das von Deutschen besiedelt worden war. Die Ukrainer nannten die Deutschstämmigen „Waldmenschen“. Dorthin war Post im Jahre 1999 schon einmal gereist und kannte einige Leute.

Post zeigte Bilder von den Waldkarpaten, die eine deutsche Sprachinsel bilden. Dort übernachtete er einmal in einer Hütte, die eine besondere Außentoilette hat. Das Toilettenhäuschen ist rundum bunt bemalt; eine Seite ist ganz aus Glas. Wenn man dort eine „Sitzung“ abhält, so hat man eine wunderbare Aussicht auf die Karpaten, zum Beispiel auf die Edelweißplantage, das Hochgebirge mit ewigem Eis. Das Bier dort in der Hütte ist sehr teuer; dass liegt daran, dass es – wie alles andere, das man in der Hütte braucht – von Trägern in großen Kiepen auf dem Rücken nach dort oben getragen werden muss. Am Abend war dann großer „Hüttenzauber“, mit Musik, Tanz und Gesang.

Von dort aus fuhr Wolfgang Post nach der großen Stadt Krakau. Er zeigte uns Bilder von den Tuchhallen am Markt. Die Verkaufsbuden für den Markt stehen innerhalb der Halle. In der Kirche in der Nähe gibt es einen berühmten und bekannten Veit-Stoss-Altar. Die Königsburg liegt oben auf dem Berg. Wir sahen auch eine Weide mit Schafen. Margit Winkler von der BdV-Gruppe las dazu ein Gedicht über einen Schäfer mit seiner Herde. In den Waldkarpaten gibt es viele Kirchen, die ganz aus Holz gebaut sind, und die zum Weltkulturerbe zählen. Wir sahen Bilder von solchen Kirchen, außen und innen. Sie werden von der orthodoxen Kirche genutzt.

Auf einem der Landschaftbilder sah man eine Pilzsammlerin mit vollem Korb. Im Frühherbst gibt es dort viele Pilze. Wir sahen auch einen Soldatenfriedhof mit zum Teil deutschen Inschriften, in Cisna das Haus eines Hirten, und eine Dampfeisenbahn, die aber nur für und mit Touristen fährt. Dann sahen wir das Dorf Wolkoviya mit seinen Holzhäusern und der Kirche. Von dort aus fuhr Post mit dem Bus nach Lemberg. In der Nähe, bei Schönfeld, steht ein großes Kreuz. Die Leute dort, in der russischen Ukraine, sind sehr fromm. Während der Sowjetzeit und die Religion eigentlich verboten war, sollte das Kreuz abgerissen werden. Aber alle weigerten sich, das zu tun. Der Traktorfahrer, der sich endlich bereit erklärte, das Kreuz zu beseitigen, und das mit seinem Traktor tat, wurde der Legende nach bei einem Unfall unter seinem eigenen Traktor, der umkippte, begraben und starb daran. Das Kreuz wurde wieder aufgestellt und steht noch heute.

Wolfgang Post wanderte durch die ganzen Waldkarpaten bis nach Keschen in der Slowakei. Von dort fuhr er mit dem Zug über Prag nach Hause. *Ingrid Nowakiewitsch, Schriftführerin*

Wiesbaden – Sonnabend, 17. Februar, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Erinnerungen an Zuhause. Das Monatstreffen ist unserer Heimat gewidmet. Besucher hören Nachdenkliches und Lustiges von früher und heute. Zudem erfahren Sie einiges über das derzeitige Geschehen in Ost- und Westpreußen. Wer zu diesem Nachmittag etwas beitragen möchte, seien es Erzählungen, Gedichte oder Bilderpräsentationen, meldet sich bitte gleich unter Telefon (06122) 15358 oder bei anderen Vorstandsmitgliedern. – Donnerstag, 22. Februar, 12 Uhr, Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird Schlachtplatte. Es kann auch nach Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens Freitag, 16. Februar bei – 844938. ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.

Konsequenzen bis heute

Vortrag von Winfried Halder über die Ostfront im Ersten Weltkrieg

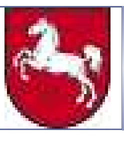
Die Ostfront im Ersten Weltkrieg. Die Aktualität eines (fast) vergessenen Kriegsschauplatzes“ hat Professor Winfried Halder seinen Vortrag im Westpreußischen Landesmuseum am Donnerstag, 22. Februar, genannt. Der Historiker und Stiftungsdirektor des Gerhart-Hauptmann-Hauses: „Im kollektiven Gedächtnis der Deutschen hat der Erste Weltkrieg einen festen Platz. Allerdings ist meist nur die Erinnerung an die Westfront präsent. Die Schrecken des Grabenkrieges sind nicht zuletzt durch wirkmächtige Bücher, wie etwa Erich Maria Remarques ‚Im Westen nichts Neues‘, vielen noch immer gegenwärtig.“

Die Erinnerung an die Ostfront zwischen 1914 und 1918 sei dagegen weit weniger ausgeprägt, Wenn überhaupt, dann würde noch an den deutschen Sieg über russische Truppen nahe des ostpreußischen Tannenberg im Spätsommer 1914 erinnert. Dabei verliefen die Kriegshandlungen teilweise nicht minder heftig und verlustreich wie die „Materialschlachten“ im Westen. Für den Gesamtverlauf und die Ergebnisse des Ersten Weltkriegs war die Bedeutung der Ostfront ebenfalls keineswegs geringer als die der Westfront. Bis heute wirken Grenzfragen und Grenzstreitigkeiten nach, die sich aus der territorialen Umgestaltung des östlichen Mitteleuropa im Gefolge des Ersten Weltkriegs ergaben. Immer noch sind die Konsequenzen des „großen Krieges“ aktuell.

Der Vortrag beginnt um 18 Uhr. Weitere Informationen: Westpreußisches Landesmuseum, Klosterstraße 21, 48231 Warendorf, Telefon (02581) 9277713, Internet: www.westpreussisches-landesmuseum.de.



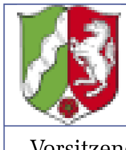
Tannenbergschlacht: Die siegreichen Feldherren Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff auf der Höhe 191 bei Gilgenburg Bild: Archiv



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391.

Osnabrück – 16. Februar, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Sonnabend, 3. März, 11 Uhr, Parkhotel: Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen, Anmeldung bis Donnerstag, 22, Februar bei Else Tober, Telefon 13993614 oder Barbara Kleine (0541) 74282, Dienstag, 6. März, 16,30 Uhr, Hotel Novum, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.




NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 8. März, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung. Es ergehen besondere Einladungen.

Bonn – Dienstag, 27. Februar, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises. Interessierte sind herzlich willkommen. – Dienstag, 6. März, 18 Uhr, Haus am Rhein“, Elsa-Brändström-Straße 74, Bonn-Beuel: Jahreshauptversammlung mit gemeinsamem Königsberger-Klopse-Essen.

Dortmund – Montag, 19. Februar, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1–3 (Eingang Märkische Straße): Gemeinsames Treffen.

Düsseldorf – Donnerstag, 15, Februar, 18 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90: Offenes Singen mit Marion Cals. – Mittwoch, 7. März, 15 Uhr, Raum 311, Gerhart-Hauptmann-Haus: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Mittwoch, 28. Februar, 18 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus: Vorführung des Films „Verlorene Dörfer in Masuren“.

Lippe – Die Kreisgruppe traf sich im Dezember in der Stadthalle Detmold, um die turnusmäßige Mitgliederversammlung mit Tätigkeitsberichten und Vorstandswahlen abzuhalten. Die Kreisgruppe blickt auf etliche erfolgreiche Veranstaltungen in der abgelaufenen Vorstandswahlperiode zurück, darunter auch mehrere Ausflüge.

Der bisherige Vorsitzende Hans-Georg Ippig trat aus Krankheitsgründen nicht wieder zur Wahl an. Die lippischen Ostpreußen wählten den Bundessprecher der Landsmannschaft, Stephan Grigat, auch zum Kreisvorsitzenden in Lippe. Grigat ist von Beruf Rechtsanwalt und Notar in Lage. Er ist Mitglied des Lippischen Kreistages und Ratsherr in Detmold.

Zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden und Schatzmeister wurde Hans-Dieter Schlingmann gewählt, zur stellvertretenden Schatzmeisterin Dietlinde Silz und zur Kulturwartin Christel Mörchel. Beisitzer wurden Martin Schröder und Joachim Lunau.

Der neu gewählte Vorstand möchte an die bisherige erfolgreiche Arbeit der Kreisgruppe anknüpfen. Kernaufgabe der Kreisgruppe ist neben der Förderung des Zusammengehörigkeitsgefühls der in Lippe ansässigen Ostpreußen das Wachhalten der Erinnerung an die frühere deutsche Provinz Ostpreußen, die 700 Jahre Teil des deutschen Kulturraums war.

Für 2018 sind die traditionellen ostpreußischen Veranstaltungen in der Stadthalle Detmold fest eingeplant (Frühjahrsveranstaltung 14. März, Herbstveranstaltung 19. September, Adventsveranstaltung 12. Dezemer). Daneben ist ein Ausflug zum im August wiedereröffnenden Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg eingeplant. Außerdem wollen die Ostpreußen das Detmolder Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte besuchen, um sich über das Schicksal einer anderen großen Vertriebenengruppe zu informieren.



Der neue Vorstand in Lippe (v.l.n.r.): Hans-Dieter Schlingmann, Martin Schröder, Dietlinde Silz, Joachim Lunau und Stephan Grigat. Auf dem Bild fehlt Christel Mörchel Bild: privat

Neuss – Sonntag, 18. Februar, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen. – Jeden ersten und letzten Donnerstag im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür. – Jeden zweiten Mittwoch um Monat, von 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Frauengruppe.

Witten – Montag, 19. Februar, 15 Uhr, Veranstaltungsraum, Evangelisch-Lutherische Kreisgemeinde, Lutherstraße 6 bis 10: Vorführung des Films „Rund um den Spirdingsee“.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

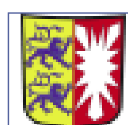


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 23. Februar, 14 Uhr, Begegnungsstätte des VS Gardelegen: Tischspiele. Außerdem wird der Veranstaltungsplan für 2018 ausgeteilt.

Halle – Freitag, 2. März, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4 (Marktplatz): Gemeinsames Treffen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Burg auf Fehmarn – Der Vorsitzende der Gruppe, Jochen Gawehns, konnte auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung 23 Mitglieder und den schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden und Kulturrefenten Edmund Ferner im „Haus im Stadtpark“ begrüßen.

Wie der Vorsitzende der Versammlung mitteilte, konnte er auf ein arbeitsreiches Jahr zurückblicken, ebenso die Leiterin der monatlichen Treffen und Kulturreferentin Ina Naujok. Zusätzlich gehören auch Gratulationsbesuche zu ihrem Aufgabenbereich. Insgesamt haben an den Nachmittagen 191 Mitglieder teilgenommen. Kassenführerin Sigrid Pieper bestätigte dem Verein eine gesunde Kassenlage, die von Karin Klatt und Hella Jördens ohne Beanstandung geprüft wurde. Der Antrag auf Entlastung von Kassenführerin und des Vorstand wurde einstimmig genehmigt.

Bei den anstehenden Wahlen des gesamten Vorstandes für weitere zwei Jahre wurden in offener Abstimmung einstimmig der Erste Vorsitzende Jochen Gawehns, die Zweite Vorsitzende Ingelore Spaeht, die Kassenführerin Sigrid Pieper, die Schriftführerin Brigitte Christensen, die Kulturreferentin Ina Naujok und die Beisitzerin Hella Jördens von der Versammlung bestätigt.

Edmund Ferner überbrachte Grüße vom Landesverband, und ging auf die Ziele der Landsmannschaften ein. Es gilt das Kulturerbe Ostpreußens zu bewahren. Besonders hob er hervor, dass es in Schleswig-Holstein noch 22 Ortsverbände gäbe. Ferner wies er darauf hin, dass im Zuge der Fußballweltmeisterschaft 2018 in Russland vier Spiele in Königsberg stattfinden werden, jeweils am 16. Juni, 22. Juni, 25. Juli und 28. Juli. Insgesamt wird in elf verschiedenen Städten gespielt.

Weiterhin gab er in seinen Ausführungen bekannt, dass 2017 für die Ostpreußen ein historisches Ereignis stattgefunden hat, nämlich die Gründung des Ostpreußischen Jagdmuseums in Lüneburg vor 60 Jahren dem am 23. Dezember 1957. Es war der Vorläufer des heutigen Ostpreußischen Landesmuseums, das nach einem Umbau im Herbst 2018 wieder zu besichtigen ist.

Schriftführerin Brigitte Christensen gab bekannt, dass der diesjährige Ausflug nach Hamburg geht, wo die Besichtigung des Ohlsdorfer Friedhofs vorgesehen ist sowie eine Erlebnisführung im „Chocoversum“, dem Schokoladenmuseum“. Mittagessen und Kaffeepause eingeschlossen.

Ein Dankeschön an die fleißigen Helfer in Form eines Blumensträußes gingen an Hannelore Grubski, Hannelore Maass und Hella Jördens. Danach wurde ein Imbiss gereicht und mit dem Ostpreußenlied die Versammlung geschlossen. *Brigitte Christensen*

Flensburg – Mittwoch, 14. März, 15 Uhr AWO-Stadtteilcafe, Mathildenstraße 22: Kaffeetafel mit anschließender Jahreshauptversammlung. Im März (Tag wird noch bekannt gegeben), 19 Uhr, Restaurant Borgerforeningen: Preußische Tafelrunde, Sektion Flensburg. Anmeldungen bei Wolfgang, Kanstorf Telefon (0461) 64847.

Mölln – Mittwoch, 28. Februar, 17 Uhr, Quellenhof: Jahreshauptversammlung. Wenn alle Regularien erledigt sind, sehen wir den Videofilm „Von der Danziger Bucht ins Memelland“. Danach findet das traditionelle Königsberger-Klopse-Essen statt.

Uetersen – Das Jahresprogramm 2018 (Änderungen bleiben vorbehalten):

Freitag, 9. März: „Island ist anders!“ – Ein Dia-Vortrag von Frau Dr. Kaiser über die außergewöhnliche Insel am Polarkreis.

Freitag, 13. April: Ein fröhlicher Nachmittag mit Erwin Krüger und seiner Drehorgel.

Freitag, 11. Mai: Frühling und Muttertag. Wir singen Frühlingslieder. Sabine Mennerich begleitet am Flügel. Dazwischen lesen Teilnehmer passende Texte vor.

Freitag, 15. Juni: Herbert Tennigkeit, der bekannte und beliebte Schauspieler aus Memel kommt, um Lustiges und Besinnliches in ostpreußischer Mundart vorzutragen.

Juli: Sommerpause

Freitag, 10. August: „Die Veränderung der Grenzen Ostpreußens im Laufe der Jahrhunderte“– Vortrag von Dr. Manuel Ruoff, Historiker und Redakteur der PAZ.

Sonntag, 9. September, 11 Uhr: Tag der Heimat, Kranzniederlegung und Gedenken am Mahnmal der vertriebenen Deutschen in der Tantaus Allee.

Freitag, 14. September: Busfahrt nach Lüneburg, Besuch des dortigen nach drei jähriger Bauzeit neugestalteten Ostpreußischen Landesmuseums.

Freitag, 19. Oktober: Der Landesvorsitzender Edmund Ferner berichtet in einem Dia-Vortrag über seine Reise ins nördliche Ostpreußen im vergangenen Herbst.

Freitag, 9. November: Vorstandsmitglied Frank Farin berichtet über die wirtschaftliche und politische Situation auch bei unseren Nachbarn.

Freitag, 7. Dezember: Wir feiern Advent. Es wird, wie immer, vorgelesen und gemeinsam gesungen. Falls nicht anders angegeben, finden die Treffen von 15 bis 17 Uhr im Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7, statt.

»Tristesse allemande«

Eine durchaus lesenswerte Vergangenheitsbewältigung



Der Autor von „Wie ich einen ostpreußischen Superhelden erfand“ gehört zur Generation der sogenannten „Kriegsenkel“. 1968 ist Jörg Stanko geboren und arbeitet hauptberuflich als Physiotherapeut. Seine Generation stand schon mehrfach im Blickfeld von Bücher schreibenden Psychotherapeuten und zuletzt auch der epigenetischen Forschung. Die Themen der „Kriegsenkel“ sind Heimatlosigkeit, Entwurzelung und Suche nach der eigenen Identität. Stanko konstatiert bei sich selbst eine „Tristesse allemande“. Für ihn bedeute das Gefühl, deutsch zu sein, so etwas wie Zahnschmerzen zu haben. Dieses Buch zu schreiben war für ihn nicht nur Experiment, sondern auch eine Art von Therapie. Und er habe großen Respekt vor der Lebensleistung seiner Großeltern bekommen, bekennt er.

In seinem schmalen Band hat er zwei sich dramatisch zuspitzende Geschichten aus der NS-Zeit und den Kriegsjahren zusammengefasst. Die eine umfasst einen Ausschnitt aus Stankos ostpreußischer Familiengeschichte. Die andere, schwer erträgliche, handelt von der Deportation und den Leiden eines jungen jüdischen Mannes in einem Konzentrationslager. Beide Geschichten sind aus parallel geschalteten Episoden zusammengesetzt, in denen der Autor Fiktives mit Tatsachen und Fakten vermischt.

Beide Großväter des Autors waren im Zweiten Weltkrieg als Soldaten in Russland eingesetzt. Aber er hat keine Erinnerung an ihre Erzählungen über den Krieg. Aufgrund des Buchtitels liegt daher die Annahme auf der Hand, dass er diese Überlieferungslücke mit einer fiktiven Heldentat seines ostpreußischen Großvaters August geschlossen hat: Doch Fehlanzeige – anders als der Titel verspricht, gibt es in diesem Buch keinen Superhelden. In seiner romanhaften, manchmal sentimentalen Geschichte über August und Martha, die im masurischen Dorf Bärengrund aufwuchsen, schildert Stanko mit Mut zur Lücke Szenen des Glücks und des Elends zwischen den sich Liebenden. Kurz vor Kriegsbeginn 1939 werden die beiden ein Liebespaar. Als August zum Kriegsdienst einberufen wird, feiern sie eine Nothochzeit. Beim Heimaturlaub an Weihnachten 1940 sieht August zum ersten Mal seinen Sohn Winfried, den Vater des Autors. Zu Beginn des Kriegswinters 1945 geht Martha mit ihrem Sohn in einem Flüchtlingstreck auf die Flucht. Monate später treffen August und seine Lieben in einem dänischen Flüchtlingslager zusammen. Sie können diese Gunst des Schicksals kaum fassen.

Den glücklichen Ausgang seiner Familiengeschichte wollte Jörg Stanko nicht ohne harten Kontrast stehenlassen. In seine Familiengeschichte blendet er Szenen aus der fiktiven Leidensgeschichte eines jüdischen Mannes ein. Der junge Friedrich steht für Millionen anderer Juden, die während der NS-Zeit in Deutschland unschuldig verfolgt und getötet wurden.

In beiden Geschichten ist er stets präsent: als beobachtender und kommentierender Erzähler oder als Jörg Stanko mit seiner „gespaltenen deutschen Identität“, über die er immer wieder nachsinnt. Offenbar hat er sich erst spät für die ostpreußische Herkunft seiner väterlichen Familie interessiert, steht doch ein solches Interesse bei vielen Menschen seiner Generation im Verdacht der Heimattümelei. Erst in jüngerer Zeit entkrampfte sich diese starre Haltung. Was Autor Stanko ganz persönlich aus diesem gesellschaftlichen Phänomen gemacht hat, bietet einen sehr speziellen Blickwinkel. Wer sich darauf einlässt, findet sich in einem durchaus lesenswerten Buch wieder.

Dagmar Jestrzemski

Jörg Stanko: „Wie ich einen ostpreußischen Superhelden erfand“, Pomaska-Brand Verlag, Schalksmühle 2011, broschiert, 95 Seiten, 12 Euro

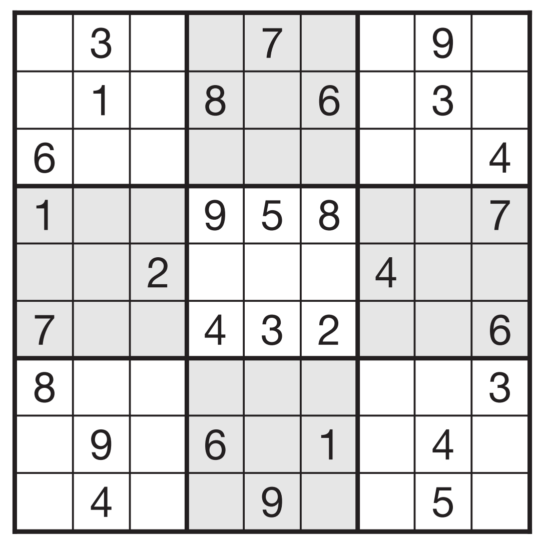
Studienreise

Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg lädt vom 1. bis 8. Oktober zu einer Reise mit Arno Surminski (siehe *PAZ* Nr. 3. Seite 17) ein. Sie führt durch Polen, Russland und Litauen. Beginn ist in Danzig, das Reiseende in Memel. Weitere Stationen sind Frauenburg, Königsberg, Palmnicken, Ragnit und Tilsit. Schwerpunkt der Reise sind Surminskis „Geschichten aus dem alten Ostpreußen“. Höhepunkt der Reise wird ein Besuch im Tilsiter Stadtmuseum sein, wo der Autor einige Kapitel aus seinem bisher unveröffentlichten Roman über die Zeit Napoleons vorträgt. Weitere Informationen: Kulturreferat für Ostpreußen am Ostpreußischen Landesmuseum, Telefon (04131) 7599515, E-Mail: a.kern@ol-lg.de, Internet: www.ol-lg.de.

Kreuzworträtsel: 44. Präsident der USA (Barack); beigeordneter Offizier; Seegebiet zw. Jütland und Norwegen; südeuropäisches Volk; Gebäudeteil; scharf und durchdringend; bösartiger Mensch; Winkel des Boxrings; Laub rechen; Geistliche, Pastorin; verehrtes Vorbild; Kartenspiel; große Urweltechse (Kzw.); Teil des Bruches (Mathematik); Festmahl; musikalisches „Hoch“; Erdachtes; falsche Annahme; giftiges Halbmetall; Staat in Nordamerika; eine Zahl; linker Nebenfluss der Donau; Stadt in Norditalien; laute Heiterkeit; Zierstrauch, -baum; gälischer Name Irlands; Schauspiel-, Ballettschüler; Zugspitzgewässer; Mannsbild, Bursche; lustig beisammen sein; kleine Mahlzeit; Kreuzblütler, Rucola; Rennschlitten; norddeutsch für Ried, Schilf; Fluss zur Rhone; lieber, wahrscheinlicher; birnenförmige Frucht; weibliches Landraubtier; amerikanischer Ureinwohner; Gefäß mit Henkel; magische Handlung; Landschaft in Tansania; Klettertrieb einer Pflanze; Abkürzung für High Fidelity; ein englisches Königshaus; Industriearbeiter (ugs.); Keramik; Wachs-, Talglicht; Kfz-Zeichen Münster (Westf.); annähernd, ungefähr; Wassersportart; Heer; Heeresverband; Wechselgebet; Europ. Fußballverband (Abk.); Ostslawe; Viper, Giftschlange; norweg. Schriftstellerin (Sigrid); sich räuspern; Nebenbuhlerin; U-Bahn (bes. in Paris, Moskau); Kultbild der Ostkirche; griechischer Buchstabe; langes, wallendes Haar; kraftlos, erschöpft; Redewendung, Floskel; Schluss; gefrorenes Wasser; Straßenbahn (südd.); Universum; Opernsologesang; ital. Schriftsteller (Cesare); Ausgussröhrchen; ägyptische Göttin; Flachland; Gesangsrolle (Bühne); Stadt im Ruhrgebiet; Luftkurort in der Holstein. Schweiz; Mündungsarm der Weichsel; achten, anerkennen; Zeitraum; Abstand; Sitzbereich im Theater; Sonnenschutzvorrichtung (frz.); dt. Komponist (Werner); langer, dünner Speisefisch; Strick; Nadelloch; englisch: Lied; chem. Zeichen für Radium; Sagenkönig von Sparta; Handwerker (Fenster); Studienabschlussprüfung; männlicher Nachkomme; Edelgas; Meeresalgenpflanze

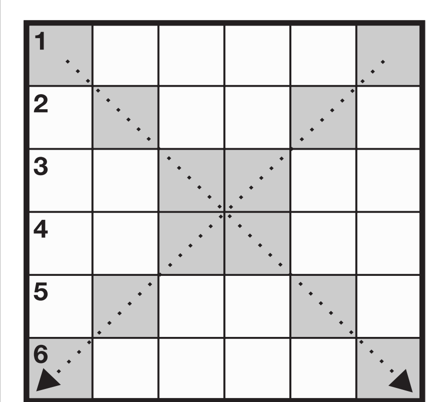
PAZ18_07_07

Sudoku



Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



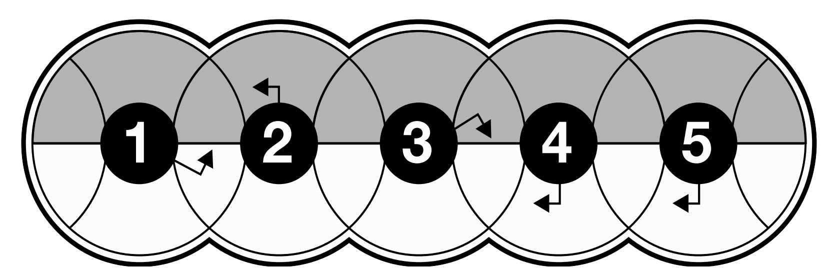
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei fotografische Begriffe.

1 Zahnerkrankung
2 lärmendes Treiben; Krawall (ugs.)
3 ein Ostafrikaner
4 Erfindungsschutzurkunde
5 Elend, Notlage
6 fremde Währung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Orchideenart.

1 Transportschiff für flüssige Güter, 2 Süßkartoffel, 3 Turngerät, 4 heilig; geweiht, 5 Windstille



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Karies, 2. Rabatz, 3. Somali, 4. Patent, 5. Misere, 6. Valuta – Kamera, Stativ

Kreiskette: 1. Tanker, 2. Batate, 3. Kasten, 4. sakral, 5. Flaute – Knabenkraut

Sudoku:

Wunderschöne Pferdepersönlichkeiten

Brigitte Stramm, Kreisvertreterin von Labiau, besuchte den 55. Trakehner Hengstmarkt in Neumünster

Ganz unter dem Zeichen der doppelten Elchschaufel stand auch der 55. Trakehner Hengstmarkt. Ich hatte das erste Mal die Gelegenheit, daran teilzunehmen. Mein Eindruck: Diese Pferde, die einen Mythos verkörpern, nun in Vielzahl bei unterschiedlichen Vorführungen mit der gesamten Bandbreite ihres Könnens erleben zu können, ließen Spannung aufkommen. Schon beim Betreten der Halle am Sonnabend schlug mir der typische Stallgeruch entgegen, obwohl die Vierbeiner gar nicht in Sichtweite waren.

Zunächst war alles ausgestellt und angeboten, was mit Pferden zu tun hat. Es gab Anhänger und geeignete Zugfahrzeugen, Reitausrüstung, Kleidung, Pferdefutter und vieles mehr. Nicht fehlen durfte natürlich ein Informationsstand des Trakehner-Verbandes. Er bot diverse Publikationen über das legendäre ostpreußische Trakehnen an, dazu Stutbücher, Kleidung mit dem Brandzeichen und kleine Geschenkartikel.

Doch jetzt wollte ich die Pferde sehen. In eine Stallgasse durfte man hinein. Zuerst allerdings noch ein Hinweis: Diesen Artikel schreibt keine Pferdekennerin, sondern eine Liebhaberin dieser Tiere, die um die Besonderheit des Gestüts in Ostpreußen aber auch um die Leistung der Pferd im Krieg und auf der Flucht weiß. Als ich sie in den Boxen stehen sah, blank gestriegelt, die Mähnen geflochten, mit einem wunderbar harmonischen Körperbau und dann noch sah, dass eines der Pferde den Namen Königsberg trug, war ich zu Tränen gerührt. Ich stellte mir vor, dass sie eigentlich über weite, saftige Wiesen und Paddocks in Ostpreußen laufen müssten ...

In der großen Halle sollten am Sonnabend gleich die Vorführungen starten und ich nahm meinen Platz ein. Zunächst stand die Körung der Hengste an. Die Tiere wurden einzeln vorgestellt und jeder Hengst bewegte sich absolut königlich. Die Abstammung ist bei der Körung bedeutend, so war es kein Wunder, dass der Hengst Kaiser Milton als Sieger der diesjährigen Körung hervorging. Sein Vater ist der berühmte Vererber Millennium, seine Mutter die preisgekrönte Stute Kaiser's Els.



Körungssieger Kaiser Milton sorgte für eine Überraschung: Obwohl der Hengst eigentlich nicht zum Verkauf stand, wechselte er am Sonntag dennoch für 320000 Euro den Besitzer

Bild: Trakehner Verband

Kaiser Milton sollte noch für eine Überraschung sorgen. Im Katalog war vermerkt: Der Hengst kommt nur zur Körung, nicht zum Verkauf. Doch das sollte sich am Sonntag ändern.

Jeder Hengst bewegte sich absolut königlich

Alle gekörten, aber auch die nicht gekörten Tiere kann man als wunderschöne Pferdepersönlichkeiten ansehen. Mir wäre es sehr schwer gefallen, eine Bewertung abzugeben. Was mir bei den Tieren, die als Reitpferde präsentiert wurden, auffiel, war die absolute Einheit von Ross und Reiter. Faszinierend waren auch die unglaublich harmonischen Bewegungsabläufe.

Man muss die wunderbare Eleganz – das gilt auch für die Vorführungen der Stuten mit ihren Fohlen – gesehen haben. Alles war unvergleichlich schön und harmonisch anzusehen. Was mir besonders gefiel, war die Art, wie die Pferde mit den Menschen, aber auch umgekehrt die Reiter mit den Pferden umgingen. Einfach großartig

Der Höhepunkt am Abend war die Galashow. Das war ein Feuerwerk von Darbietungen unterschiedlichster Art. Trakehner und ihre Reiter zeigten ihr Können, begleitet von Musik, zu deren wechselndem Takt sich Pferde und Reiter bewegten. Wir sahen auch Millennium, den Elitehengst und eine Herde weißer Araberpferde des baden-württembergischen Gestüts Marbach, dem ältesten staatlichen Gestüt Deutschlands. Begleitet von einem Reiter zeigte sich die unbändige, lebenssprühende Schönheit dieser Pferde. Denen machte der freie Lauf in der Halle so viel Freude, dass sie sich zum Ende ihrer Vorstellung gar nicht einfangen lassen wollten.

Eine Show mit dressierten Ziegen, Hütehunden und Pferden war ebenfalls erstaunlich. In einer Übung sprangen die Ziegen über Pferde, die sich vorher auf Kommando hingelegt hatten. Das Gestüt Ganschow aus Mecklenburg zeigte zwei vierspännige Wagen, einmal mit Trakehnern, einmal mit Ponys, die in wilder Fahrt durch die Halle preschten. Eine rasante Fahrt, die sicher sehr viel Können der Kutschenführer erforderte. Den stimmungsvollen Abschluss bildeten die Trakehner Jungzüchter, die mit brennenden Fackeln einmarschierten. Sie berichteten von ihrer Reise nach Ostpreußen. Trakehnen, Georgenburg und andere geschichtsträchtige Orte zu sehen, war ein lang gehegter Traum, der durch Sponsoren Wirklichkeit geworden war. Die Jungzüchter stellten sich schließlich im Kreis auf. Abschließend wurde das „Land der dunklen Wälder“ gespielt. Dieser besonderen Stimmung konnte sich kaum jemand entziehen. Ein wunderbarer Tag ging zu Ende. Für die Aktiven gab es jetzt noch eine After-Show-Party.

Am Sonntag konnte ich dann noch die Auktionen beobachten. Sogar ein Embryo-Fohlen, das 2018 zur Welt kommen wird, wurde versteigert. Immer wieder hieß es bei Prämienhengsten, Zuchtstuten und vielen anderen Verkaufspferden zum Ersten, zum zweiten .... bis der Zuschlag kam. Es kam, zur Überraschung aller, der gekörte Siegerhengst Kaiser Milton doch zur Versteigerung. Für den atemberaubenden Preis von 320000 Euro wechselte er den Besitzer. Künftig wird er auf dem Gestüt Klosterhof Medingen in der Lüneburger Heide seinen Platz haben. Voller Stolz präsentiert das Gestüt ihn auf seiner

Die Jungzüchter berichteten von ihrer Ostpreußenreise

Internetseite. Da heißt es: „Der Siegerhengst der Trakehner Körung hat seine Box auf dem Klosterhof Medingen bezogen. Der Millennium-Van Deyk Sohn ist vom Habitus ein echter Trakehner: wunderschön mit edelster Ausstrahlung überzeugt er in allen drei Grundgangarten mit spektakulärem Bewegungsablauf, Schwung und Elastizität. Wir freuen uns sehr über diesen herausragenden Neuzugang.“

Man konnte bei allen anwesenden Käufern große Freude beobachten. Sie jubelten auf, wenn der Zuschlag kam. Im Stillen wünschte ich jedem versteigerten Pferd einen ganz tollen neuen Platz und gab ihm in Gedanken alle guten Wünsche mit auf den Weg. Einen neuen Besitzer fanden insgesamt elf gekörte Hengste, zehn nicht gekörte Hengste, acht Reitpferde, 16 Fohlen und sieben Stuten. Geboten wurde in der Halle direkt, aber auch per Telefon. Insgesamt erbrachten die Versteigerungen mehr als eine Million Euro.

Für mich ergab sich noch die Frage nach dem Brand mit den Elchschaufeln auf dem Schenkel der Pferde. Darum hatte es ja in der Vergangenheit eine Diskussion gegeben. Dazu wurde mir erklärt: „Der Heißbrand in seiner jetzigen Form ist bis Ende 2018 erlaubt. Danach gibt es noch Klärungsbedarf. Zielvorgabe aus der letzten Verabschiedung der Tierschutznovelle ist es, eine Kennzeichnung durch einen Heißbrand nur noch mit örtlicher Betäubung durchführen. Verschiedene Betäubungsverfahren werden zurzeit in analysiert.“

Ersetzt werden soll der Brand langfristig durch einen eingepflanzten Mikrochip, der meiner Meinung nach für ein Tier aber gefährlicher ist. Während das Brennen für das Pferd nur einen kurzen, momentanen Schreck bedeutet, kann der Chip im Körpern wandern. Diese Gefahr besteht ein Leben lang. Es wird hoffentlich eine gute Lösung gefunden. Denn die Elchschaufel gehört zum Trakehner als sichtbares Zeichen dazu.

Für mich ging jetzt ein ereignisreiches Wochenende zu Ende.

Aufregende Tage voller wunderbarer Eindrücke, die die Vielseitigkeit „unserer“ Trakehner zeigten. Bedanken möchte ich mich bei Detlef Thun vom Trakehner Verband, der mir wertvolle Informationen geschickt hat. Schließen möchte ich mit dem Wahlspruch des Trakehner-Verbandes: „Der Tradition verbunden. Die Zukunft im Blick.“

Brigitte Stramm

Älter als gedacht

Zu: Einladung zum Betrug (Nr. 2)

Die Ablehnung einer genaueren Altersuntersuchung bei jungen Immigranten durch die Politik ist ja verständlich. Aber dass auch außerhalb der Politik viele dieses vorsätzliche Nichtstun und damit auch die Schädigung der Bevölkerung in Kauf nehmen, ist sehr bemerkenswert. Es gibt Staaten in Europa, die solche Untersuchungen rigoros durchziehen.

Die Deutschen haben damit offensichtlich ein Problem, zum Beispiel wegen Missachtung der Menschenwürde. Die gleichen Ärzte, die diese Untersuchung als Körperverletzung betrachten, betrachten auch eine Impfung als Körperverletzung. Unerträglich.

Vor Monaten las ich in einer österreichischen Zeitung, dass in Österreich jeder vierte angeblich jugendliche Asylsucher in Wirklichkeit älter als 17 Jahre ist. Und im „Hamburger Abendblatt“ stand, dass in der Hansestadt jeder vierte „minderjährige“ Asylsucher abgetaucht ist. Wie hat der Senat mitgeteilt? „Möglicherweise wollten diese Personen sich vor der gesetzlich vorgeschriebenen Altersprüfung drücken.“

Das vorgenannte Thema ist nur eines von vielen, wo uns die Politik, Wirtschaft und Kultur in Sachen Asylanten/Migranten einreden will, dass die Bürger hiervon nur Vorteile haben. Aber nicht die Asylanten/Migranten müssen wir verurteilen, sondern die, die es ihnen ermöglichen, den gesetzlichen Rahmen zu überschreiten. Es ist wie mit Kindern, die auch ausprobieren wollen, wie weit sie gehen können. Oder kann ich meine Eltern gegeneinander ausspielen und erreiche somit mein Ziel?

Heinz-Peter Kröske, Hameln

Berlin umgeht Stalingrad

Zu: Das Ende des „heldenhaften Ausharrens“ (Nr. 5)

Weshalb ist das Thema Stalingrad – wo doch sonst jede Gelegenheit genutzt wird, um die deutsche Geschichte an den Pranger zu stellen – für die sogenannte „politische Elite“ dieses Landes nicht interessant?

Eine Begründung liegt gewiss im zerrütteten Verhältnis zu Russland, das die politischen Wirrköpfe in Berlin davor zurückschrekken lässt, die Gelegenheit des Beginns eines neuen Dialogs zu nutzen. Der andere Grund dürfte wohl auch in der Tatsache liegen, dass längst wieder deutsche Soldaten und deutsche Steuergelder seit der katastrophalen Politik einer Schröder-Regierung und bis heute in abenteuerlichen Auslandseinsätzen der Bundeswehr verheizt und verschlissen werden, die die unverantwortliche Politik mit fadenscheinigen und dümmlichen Parolen wie der „Sicherung des Friedens am Hindukusch“ zu kaschieren versucht.

Insgesamt ein weiteres Beispiel für das jämmerliche Geschichtsbewusstsein.

Manfred Kristen, Freital

Gefügiges Tribunal

Zu: Feige oder respektwürdig? (Nr. 50) und: Mit einer Dosis Zyankali (Nr. 1)

In kurzem Abstand erschienen in der *PAZ* zwei Beiträge zum Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag. Dies wäre nichts Neues, wenn Sie, im Unterschied zu den sogenannten etablierten Medien, nicht die Legalität dieses Gerichtes in Frage gestellt und auf die eklatante Einseitigkeit bei der Urteilsverkündung hingewiesen hätten.

Das auch als Haager Tribunal bekannte Gericht wurde 1993 vom UNO-Sicherheitsrat ins Leben gerufen, und zwar auf Betreiben der USA. Pikanterweise erkennen die USA für ihre Bürger die Urteile von internationalen Gerichten nicht an. Sie brauchten aber dieses Gericht für die Rechtfertigung ihrer Vorgehensweise in diesem Konflikt.

Statt zwischen den drei ethnischen, eigentlich religiösen, Gruppen zu schlichten, drängten sie 1992 die bosnischen Muslime zur Sezession. Dies führte zwangsweise wie vorher in Kroatien zum Bürgerkrieg. Als durch die Vermittlung der EU (früher EG) die Konfliktparteien 1993 in Lissabon eine Friedensvereinbarung unterzeichneten, zogen auf Anraten der USA die bosnischen Muslime ihre Unterschrift zurück. Der Krieg ging weiter, bis im Juli 1995 Srebrenica den Amerikanern einen Grund für den Einsatz ihrer Luftwaffe gegen die Serben bot.

Nun zu den Ergebnissen des Haager Tribunals: Es wurden 61 Serben verurteilt, davon sechs lebenslänglich und die restlichen 55 zusammen zu 915,5 Jahren Gefängnis. 13 sind im Haager Gefängnis vor Prozessende gestorben, und acht wurden nach Bosnien überstellt und vom muslimisch dominierten Gericht zusammen zu 173 Jahren verurteilt.

Haager Tribunal ist ein Instrument vor allem des Westens

Weiterhin wurden 19 bosnische Kroaten (eigentlich katholische Bosnier) zu insgesamt 282 Jahren, ein weiterer nach Bosnien überstellt und zu zehn Jahren verurteilt. Gerechtigkeitshalber wurden auch vier bosnische Muslime zu insgesamt 38,5 Jahren verurteilt. Zwei Kroaten und ein Moslem sind ebenfalls vor Prozessende gestorben.

Für die Verbrechen an den Serben gab es keine Urteile. Die bosnischen Kroaten wurden ausschließlich wegen Verbrechen an Muslimen verurteilt. Wenn der gute Slobodan Praljak gegen die Serben statt gegen die Muslime vorgegangen wäre, hätte man ihn wie seinen Kollegen General Gotovina sicher freigesprochen.

Die vier Muslime wurden für die Verbrechen an den bosnischen Kroaten verurteilt. Das Töten von zirka 30000 Serben in Bosnien und die Vertreibung von einigen hunderttausend Serben mit vielen Toten aus Kroatien unter dem Kommando von General Gotovina war wohl nach Auffassung dieses Gerichtes völlig legal.

Damit hat das Haager Tribunal seine Aufgabe zur vollen Zufriedenheit seiner Auftraggeber erfüllt. Durch die westlichen, vor allem britischen, Medien wurde es dabei kräftig unterstützt.

Branko Marusic, München

Kolportage-Stil

Zu: In Gold aufgewogen (Nr. 5)

Meiner Erinnerung nach schenkte Herr Bloch dieses Bild, die „Goldene Adele“, erst seiner Frau und nach deren Ableben 1928 der Republik Österreich, die es dann im Oberen Belvedere ausstellte. Die Erben von Herrn Bloch strengten dann um die Jahrtausendwende ein Verfahren um Rückerstattung des Bildes an, aber nicht, weil es von den Nationalsozialisten unrechtlich beschlagnahmt oder abgepresst worden sei, sondern weil Herr Ferdinand Kohn gar nicht berechtigt gewesen sei, das Bild der Republik Österreich zu schenken, da es nicht ihm, sondern seiner Frau gehört hätte. Und wie es nicht anders zu erwarten war: Sie bekamen recht.

Es genügt eben nicht, einen Artikel rein auf Kolportage aufzubauen, etwas Recherche sollte schon sein.

Dr. Werner Kurz, Wien

Würdeloses Spiel

Zu: Ernst Moritz Arndt gestrichen (Nr. 5)

Es war zu erwarten, dass Rektorin und Senatsvorsitzende ihren – mit groben rechtlichen Verfahrensfehlern gesättigten – Bildersturm gegen den Namenspatron unserer pommerschen Landesuniversität, Ernst Moritz Arndt, voll verbissener Energie fortsetzen würden, in der Sache unbelehrbar und ohne jede Rücksicht auf die Mehrheitsmeinung in Universität, Stadt und Land.

Dass allerdings der erweiterte akademische Senat diesem würdelosen Spiel erneut mit qualifizierter Mehrheit zugestimmt hat, ist eine Schande. Eine solche Universitätsleitung darf sich nicht darüber wundern oder gar beklagen, den „Zorn der freien Rede“ (Arndt) auf sich zu ziehen.

Prof. Thomas Hering, Greifswald



Fachwerk prägte einst das Pommernland: Petrikirche von Belgard an der Persante Bild: Pleger

Das verschwundene Fachwerk im »Karo-Land«

Zu: Ein groß-kariertes Land (Nr. 4)

Als Leser und Pommer las ich mit Interesse, dass Teile Pommerns ein groß-kariertes Land seien. Es gibt scheinbar doch immer wieder etwas Neues, wenn tatsächlich Altes neu zu entdekken. Auch wundert mich schon gar nicht, zumal den Polen die Fachwerkbauweise fremd war, dass sie dafür ein neues Wort, nämlich „Pfostenbauweise“, erfinden mussten. Die Verwendung des deutschen Wortes „Fachwerk“ klänge ja, selbst wenn man dafür das polnische Wort verwendete, zu deutsch.

Wenn in Schwolow nun ein ansprechendes Haus aus dem Jahre 1865 renoviert wurde und die Renovierung mit 1,7 Millionen Euro (sicherlich aus EU- und deutschen Mitteln) fortgesetzt werden soll, so ist das zu begrüßen. Aber hier gar von Renaissance zu sprechen, erfüllt diesen Anspruch doch wohl nicht.

Auch wundert mich, dass man zwischen Leba und Rügenwalde noch 1500 Häuser und Wirtschaftsgebäude in Fachwerkbauweise im Originalzustand vorfindet. Und interessant ist, dass man diesen Landstrich als offizielle Bezeichnung für die Fachwerkarchitektur an der Küste als „Karo-Land“ bezeichnet.

Wie aber sieht es mit den Fachwerkbauten in anderen Teilen Pommerns aus? Ich beziehe mich auf mein Heimatdorf im Kreis Belgard und auf die angrenzenden Gemeinden, die ich kenne und nahezu jedes Jahr besuche.

Und wenn es in dem Artikel heißt: „Weil aber die Neubürger kaum etwas Neues gebaut haben, ist das Landschaftsbild so gut wie gar nicht verändert worden.“ Ja, so hätte man sich das weitgehend bei notwendiger Bestandsveränderung gewünscht.

Nur – wie sieht es tatsächlich aus? In meinem Dorf, das durch die Stadtnähe noch begünstigt ist, fehlt jedes zweite Gebäude, aber es gibt immer wieder Dörfer, von denen nur noch einige Gebäude stehen und die frühere geschlossene Ortslage bei vielen Landgemeinden nicht mehr zu erkennen ist, oder die, wenn auch zahlenmäßig begrenzt, von der Erde völlig verschwunden sind.

Und Fachwerkbauten? In meinem Ort gab es 1945 noch sieben Fachwerkhäuser und zahlreiche Wirtschaftsgebäude, heute gibt es nicht mehr eines. Ich fahre jedes Jahr durch das Kreisgebiet, und mir ist bisher kein Fachwerkgebäude aufgefallen. Ich habe alle Kirchen meines Kreises aufgesucht und feststellen müssen, dass auch alle Fachwerkkirchen bis auf eine abgebrochen wurden.

Es sei daran erinnert, dass die Kenntnis des Fachwerks als Niedersachsenhaus und Schrotthaus vor mehr als 800 Jahren von den deutschen Siedlern ins Land gebracht wurde und bis Mitte des 19. Jahrhunderts die Bauweise auf dem Lande und begrenzt in den Städten prägte.

Manfred Pleger, Laboe

Eliminierung der Deutschen in den Ostgebieten war Völkermord

Zu: Vertreibung war ein Völkermord (Nr. 49) und: Ethnozid-Täter (Nr. 3)

Es ist eine eigenartige These, wenn man die Christianisierung Ostpreußens in die Kategorie Völkermord einordnen möchte. Obwohl die Christianisierung nicht immer auf friedlichem Wege erfolgt ist, sind die Prußen nicht ausgerottet worden, sondern gewisse Stämme haben noch über längere Zeit ihre heidnischen Bräuche ausgeübt. Wie auch in anderen Gebieten, ist mancher missionarische Krieg im Namen des Papstes geführt worden.

Ganz anders haben sich die Geschehnisse nach dem Zweiten Weltkrieg abgespielt. Nach dem Krieg ist zum Beispiel die Bevölkerung Ostpreußens vollständig eliminiert worden. Zur Erinnerung: Vor der anrückenden Sowjetarmee sind viele Menschen geflüchtet. Diejenigen, die zurückgeblieben waren, wurden ihres Eigentums beraubt und oft auf grausamste Weise von Haus und Hof vertrieben. Oft konnten sie nur ihr nacktes Leben retten.

Ungefähr 16 Millionen haben ihre angestammte Heimat verloren, das ist eine Zahl, die man mit den Bewohnern von ganz Skandinavien gleichsetzen kann. Ohne Friedensvertrag wurde ein Viertel deutschen Bodens im Osten des deutschen Reiches von den Siegern (einschließlich Polen) annektiert. Etwa zweieinhalb Millionen sind durch Flucht und Vertreibung ums Leben gekommen. Viele der Überlebenden, besonders die vergewaltigten Frauen, haben jahrelang – oft ihr ganzes späteres Leben – unter den traumatischen Ereignissen gelitten und vielfach auch nicht einmal darüber reden können. Eine Rückkehr in ihre Heimat war ausgeschlossen. Selbst ein Besuch der einstigen Heimat war in gewissen Gebieten erst nach dem Mauerfall, also nach über vier Jahrzehnten möglich.

Es war mehr als nur ein »Kulturmord«

Ostpreußen war in erster Linie ein Agrarland. Die Bauern mussten nicht nur ihre Ländereien, sondern auch alles lebende Inventar zurücklassen. Heute findet man von den großen Gütern und Bauernhöfen mit den ausladenden Gebäuden und Stallungen kaum noch etwas. Ganze Dörfer sind vom Erdboden verschwunden. Die Menschen, die dort lebten, hatten über Jahrhunderte hinweg das Land kultiviert, Burgen und Städte gebaut, in Königsberg ist 1544 eine der ersten deutschen Universitäten gegründet worden.

Einst wurde Ostpreußen die „Kornkammer Deutschlands“ genannt, denn die Überschüsse konnten ins Reich geliefert werden. Das tiefer gelegene, einst so fruchtbare Land ist versumpft, anderes zur Steppe geworden, auf der vielleicht ein Kuhhirt seine Herde hütet.

Bei der Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg handelte es sich nicht um einen „kulturellen Völkermord“, wie die Behandlung der Deutschen in den nach dem Ersten Weltkrieg an Polen abgetretenen Gebieten bezeichnet werden könnte, sondern um die Eliminierung eines ganzen Volksteiles. Was das für die Menschen, die es erleben mussten, bedeutete, ist für die heutige Generation kaum nachvollziehbar.

Ganze Dörfer sind verschwunden

Wir sprechen hier also nicht von einem Kulturmord. Es war – wie der Autor im Artikel beschreibt – ein Völkermord! Völkermord ist ein schweres Verbrechen, das, wie sich auch die Bundeskanzlerin einmal geäußert hat, nicht verjährt.

Es ist eigenartig, welche Blüten aus angrenzenden Ländern sprießen, um das eigene Unrecht zu überdecken. Die Umerziehung durch die Siegermächte ist jedoch so total gelungen, dass kaum jemand wagt, ohne Schuldzuweisungen von dem am deutschen Volk verübten Völkermord zu sprechen.

Inge Keller-Dommasch, Jonen/Schweiz

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Verspätete Heiterkeit

Wenn Aschermittwoch längst vorbei ist, fängt am Rheinknie die Basler Fasnacht an – Sie ist jetzt immaterielles UNESCO-Welterbe

Ritterschlag für die „Basler Fasnacht“. Das Alemannische Traditionsfest gehört seit Dezember 2017 offiziell zum immateriellen Kulturerbe der UNESCO.

Seit alters her gilt die Basler Fasnacht als größtes Open-Air-Spektakel im gesamten alemannischen Kulturraum. Jetzt hat auch die UNESCO die Fasnachtstradition der Stadt gewürdigt und sie auf die Repräsentative Liste des Immateriellen Kulturerbes der Menschheit gesetzt – als zweite Schweizer Tradition nach dem Winzerfest „Fête des Vignerons“ in Vevey. Die Liste umfasst kulturelle Ausdrucksformen wie Tanz, Theater und Musik sowie mündliche Überlieferungen, Bräuche und Handwerkskünste.

Die Basler Fasnacht gehört zur Identität der Stadt – sie gilt als Herzstück ihrer kulturellen Schaffenskraft und ermöglicht drei Tage Ausnahmezustand. Immer genau 40 Tage vor Ostern beginnt sie am Montag nach Aschermittwoch um vier Uhr morgens mit dem „Morgestraich“, dauert exakt 72 Stunden und endet am Donnerstagmorgen wiederum um vier Uhr mit dem „Endstraich“.

In diesem Jahr steht sie vom 19. bis 21. Februar unter dem Motto „D Boscht goot ab“ („Die Post geht ab“). Das Motto widmet sich der urschweizerischen Institution und ihrer Veränderung und Modernisierung. Ein Thema, das nicht nur die Menschen in Basel, sondern in der ganzen Schweiz beschäftigt. Grund genug, der Post und den kontroversen Diskussionen rund um diese Institution eine Plakette zu widmen, befand das Fasnachts-Comité. In einem anonymen Verfahren wurde im August 2017 der Plakettenentwurf der Basler Fotografin, Retuscheurin und Laternenmalerin Clelia Zoller ausgewählt. Es gehört zum guten Ton als Besucher, eine der jährlich wechselnden Plaketten zu erwerben und zur Finanzierung der Gruppenumzüge beizutragen.

Wer bei Fasnacht an johlende Meuten und Saufgelage denkt, hat nicht die Basler Fasnacht vor Augen. Die „drey scheenschte dääg im Johr“ werden gediegen gefeiert. Fasnächtler in traditionellen Kostümen – teils entstammen sie der italienischen Commedia dell'arte, während andere auf lokale Gegebenheiten zurückzuführen sind –, Trommler, Piccolospieler und Laternenträger ziehen in ihren Cliquen vor den Zuschauermassen durch die Gassen der Innenstadt, Kneipen und Geschäfte.

Aber Vorsicht: In Basel herrschen strenge Benimmregeln! Die wichtigste lautet: „Nur die aktiven Fasnächtlerinnen und Fasnächtler tragen ein Kostüm, Zuschauer bleiben in Zivil“, erläutert der Brauchtums-Kenner Christian Rieder und erklärt kurz und knapp: „keine geschminkten Gesichter, keine Pappnasen und Narrenkappen!“ Jedenfalls nicht für erwachsene Zuschauer.

Das ist freilich nicht der einzige Unterschied zum Karneval. „Man besäuft sich nicht, und man schunkelt und grölt auch nicht“, sagt Rieder. Soweit der Anspruch. Die Realität sieht ein klein wenig anders aus.

Denn fröhlich gefeiert und gebechert wird auch in Basel. „Bermuda-Dreieck“ nennt der Volksmund das Gebiet rings um die Schneidergasse – ungefähr zwischen Restaurant „Gifthüttli“ und dem „Chateau Lapin“ –, weil dort schon so mancher Fasnachts-Zecher für einige Zeit verschwunden sein soll. Dennoch: Anders als bei mancher Faschingsparty weiter nördlich der Grenze trifft man in Basel so gut wie nirgends auf Schnapsleichen. Jeder scheint sein Maß zu kennen. Fröhlichkeit ohne Peinlichkeit: In Basel geht das. Somit sind die tollen Tage auch bestens für Kinder geeignet – vor allem der Fasnachtsdienstag mit der großen Laternen-, Wagen- und Requisitenausstellung.



Fröhlichkeit ohne Peinlichkeit: Tambouren am Rhein bei der Basler Fasnacht Bild: Basel Tourismus_Pino Covino

Wer sich beim Fasnachtsausflug nach Basel nicht gleich als Neuling zeigen will, kann am Sonntag vor dem „Morgenstraich“ an einem Einführungsstadtrundgang mit Experten teilnehmen. Organisiert werden die Touren von Basel Tourismus. Dabei erfährt man auch vieles über die Geschichte der Fasnacht. Sie geht auf heidnische, vermutlich keltische und germanische Ursprünge zurück.

Der ganz eigene Fasnachts-Klang der Metropole am Rheinknie hat viel mit dem Aufenthalt ausländischer Truppen in früheren Jahrhunderten zu tun. „Die Herkunft der Trommelmärsche sind bei der Signal- und Marschmusik des Militärs zu verorten“, erzählt Rieder. Napoleons Begeisterung für Trommeln lässt grüßen. „Einer seiner Militär-Tambouren war Johannes Bühler aus Wattwil, der sich 1815 in Basel niederließ“, erläutert Rieder, „er veröffentlichte 1819 eine Tambour- und Pfeiferordonnanz für eidgenössische Truppen, ein Lehrbuch, welche das Basler Trommeln bis heute prägt.“

Bei so starken historischen Wurzeln und ausgeprägtem Brauchtum ist es kein Wunder, dass die Eidgenossen stolz sind, die Basler Fasnacht als Schweizer Tradition nun auf der Liste des immateriellen Weltkulturerbes der UNESCO wiederzufinden. Die Basler Fasnacht sei eine äußerst vielfältige und lebendige Tradition, die Musik, mündliche Ausdrucksformen und Handwerk vereine. Mit jährlich fast 20 000 Teilnehmern und über 200 000 Besuchern sei sie ein bedeutendes kulturelles Ereignis für die Basler Bevölkerung.

Schon beim „Morgestraich“, dem Umzug mit bemalten Laternen in der abgedunkelten Innenstadt, ist die ganze Stadt wach. Noch mehr Menschen sind beim traditionellen Abschluss auf den Beinen, wenn bei Sonnenaufgang mit Mehlsuppe sowie Zwiebel- und Käsekuchen, dem Dreigestirn der Basler Fasnacht, gefrühstückt wird. *Andreas Guballa*

Info: www.basel.com/de/basler-fasnacht

Grüner Einwanderer

Der Große Algenfarn breitet sich aus – Der Winter kann ihn stoppen

Anfang des Jahres wurde im Bundesland Brandenburg an der Grenzregion zum Nachbarland Polen ein neuer Einwanderer gesichtet: der Große Algenfarn. Aufgespürt wurde die Schwimmblattpflanze östlich von Berlin im Nationalpark Unteres Odertal. „Das Vorkommen wurde bei einer Gebietskontrolle durch Mitarbeiter der Nationalparkverwaltung und der Naturwacht entdeckt und gilt somit als Erstnachweis im Nationalpark Unteres Odertal“, teilte das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg mit.



Ein Bad in Algenfarn: Ente im – unsichtbaren – Teich Bild: AerobicFox

Der Große Algenfarn (Azolla filiculoides) ist ein sogenannter Neophyt, denn seine ursprüngliche Heimat ist Nord- und Südamerika. Er fühlt sich vor allem wohl in nährstoffreichen Still- und Fließgewässern wie Gräben, Sümpfen, Teichen und Seen. Während er im Sommer blaugrün ausschaut, färbt er sich im Winter rotbraun und sorgt mit diesem Aussehen für Aufsehen.

Wasservögel haben die Pflanze möglicherweise nach Brandenburg eingeschleppt. Doch auch Aquarien- und Gartenteiche, in denen der Farn gern eingesetzt wird, könnten der Ursprung des Übels sein, werden doch ausgelichtete Pflanzen hin und wieder unsachgemäß in Freigewässern entsorgt. Experten gehen sogar davon aus, dass die Klimaveränderung für eine Verbreitung sorgt, denn in unseren Gefilden ist der Große Algenfarn nur bedingt frostresistent. Ein strenger Winter könnte ihm den Garaus machen.

Milde Wintertemperaturen wiederum fördern seine Vermehrung. Und diese kann explosionsartig sein. So vermehrt er sich bei fünf bis zehn Grad vegetativ, das heißt, bricht ein Pflanzenteil ab und entwickelt sich ein neuer Farn. Steigen die Temperaturen weiter, vermehrt sich der Farn generativ. Er bildet Sporen, die sich an die Federn von Wasservögeln heften oder auch durch Strömung in andere Gewässer fließen.

Besorgniserregend ist der Fakt, dass die kleine Pflanze bis zu einen Hektar große Schwimmteppiche bildet, was negative Folgen für die Gewässer hat und deren Ökosystem bedroht. Die Farndecke entzieht den Gewässern wichtige Nährstoffe und verhindert den Lichteinfall. Das könnte sich auf andere Pflanzen und Tiere negativ auswirken. Der dicke Teppich macht zudem die Gewässer unpassierbar, verstopft Bewässerungspumpen und -rohre.

Der Große Algenfarn ist auf der deutschen Einwanderungsliste allerdings kein Neuling. Schon 1870 zeigte er sich in der Oberrheinebene. Auch im Neckargebiet, entlang der Elbe in Sachsen-Anhalt sowie in Brandenburgs Nachbarland Polen wurde der Neophyt in den vergangenen Jahren gesichtet.

Laut dem Bundesamt für Naturschutz steht der Große Algenfarn jedoch noch nicht auf der Liste der invasiven Arten in Deutschland. Verbreitet er sich aber weiter, könnte er heimische Tiere und Pflanzen beeinträchtigen. Bleibt zu hoffen, dass es doch noch einen eiskalten Winter gibt, der dem Einwanderer Einhalt gebietet. *Barbara Eising*

Gelbe Energie

Verzweifelte Briten – Sie erzeugen jetzt Strom aus Urin

Alternative Energien zur Stromerzeugung sind wegen hoher Stromkosten der herkömmlichen Energieträger so gefragt wie nie. Solarpanel und Windkraft haben inzwischen eine recht große Verbreitung im Land. Ihre Installation ist jedoch kostspielig, und sie haben nicht nur Befürworter. Besonders bei Windkraftanlagen ist die Frage des Standortes eine Hürde. Außerdem verschandeln sie die Landschaft. Einfache, unkomplizierte Technologien sind daher gefragt, die es ermöglichen, schnell und einfach und nahezu überall Strom zu erzeugen.

Forscher der Universität Bristol haben bereits 2013 ein Verfahren entwickelt, welches das Zeug dazu hat, ein Meilenstein der Stromgewinnung zu werden. „Pee Power“ heißt die Technologie, und der englische Name sagt bereits alles: Es geht um Energiekraft – aus Pipi, also Urin. Dabei wird keineswegs auf die Mechanik der Wassermühle gesetzt. Es ist nicht notwendig, große Mengen von Urin zu erzeugen, die durch die Kraft der Flüssigkeits-Bewegung eine Technik in Gang setzen.

Die Technik im Kern von „Pee Power“ ist eine sehr fortschrittliche: Mittels einer Brennstoffzelle wird Urin in Strom verwandelt. Genutzt wird für diese Verwandlung die Mikroflora des Verdauungstraktes. Genau diejenigen Bakterien, die zur Aufrechterhaltung das Immunsystems im menschlichen Körper zum Einsatz kommen, können auch außerhalb des Organismus für die Stromgewinnung genutzt werden.

Mitarbeiter der Hilfsorganisation Oxfam, die bei der Entwicklung der Technologie mit einbezogen wurden, trugen dazu bei, dass das Stromgewinnungs-Konzept ebenso einfach und mobil wie variabel gehandhabt werden kann. Der Grund: Der Stromgenerator soll vor allem in Krisengebieten, zum Beispiel in Flüchtlingslagern nutzbar sein.



Mobiles Kraftwerk: „Pee Power“-Urinal in Bristol Bild: pa

Optisch ist das Kraftwerk Pee Power eine mobile Toiletten-Einheit. Der technologisch aktive Kern ist unscheinbar klein. Der Vorteil: Der Werkstoff wird überall auf der Welt produziert, je mehr Menschen in einer Region vorhanden sind, desto mehr Strom kann geliefert werden. Was skurril klingt, wurde vergangenes Jahr bereits als Prototyp bei einem großen musikalischen Klassik-Festival in England zum Einsatz gebracht: Beim Glastonbury Festival sorgte ein Pissoir für 40 Personen für den Strom, der für die Info-Displays genutzt wurde. Eine weitere Toilette erzeugte Strom und Licht für Smartphone-Ladestationen.

Noch ist es Zukunftsmusik, doch wer weiß, vielleicht wird es eines Tages möglich sein, den Strom für die Wohnung aus der familieneigenen Urin-Produktion zu generieren. Dann heißt es vielleicht in 30 Jahren „Schatz, geh doch bitte noch mal pinkeln, ich brauche noch Licht zum Lesen.“ Eines ist sicher: Beim nächsten Gang zum stillen Örtchen wird man den gelben Saft mit anderen Augen sehen. Schließlich ist das, was mit der Spülung jeden Tag literweise hinweggeschwemmt wird, eine Flüssigkeit mit großem Potenzial. *Stephanie Sieckmann*

Wie Neutronen im Kopf Glücksgefühle beeinflussen

Es ist bemerkenswert, dass die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776 das „gottgegebene Streben des Menschen nach Glück“ erwähnt. An dieses Streben knüpft die Werbeindustrie seit über 100 Jahren mit ihren Glücksversprechen an. Im Gehirn befindet sich bekanntlich die biochemische Fabrik für unsere Gefühle. Welches Zusammenspiel von Hormonen und Neuronen im Gehirn in Gang gesetzt wird, wenn man sich mit dem Kauf eines Produktes einen Wunsch erfüllt, erklärt der klinische Neurologe und Sachbuchautor Christof Kessler anschaulich in seinem Buch „Glücksgefühle. Wie Glück im Gehirn entsteht und andere erstaunliche Erkenntnisse der Hirnforschung“. Anhand von Fallgeschichten bringt der Autor dem Leser die Grundlagen der neurologischen Glücksforschung auf unterhaltsame Weise nahe.

Im Hirnstamm finden die ausschlaggebenden biochemischen Vorgänge statt, denn dort befinden sich Kerngebiete, die für unser seelisches Gleichgewicht außerordentlich wichtig sind. So steht hinter der Jagd nach Schnäppchen der unbewusste Drang, immer wieder eine Ausschüttung des Glückshormons Dopamin im Nucleus accumbus auszulösen, einem Areal im unteren Vorderhirn.

Vererbung spiele im Hinblick darauf, ob bei einem Menschen das Glas eher halbvoll oder halbleer ist, durchaus eine Rolle, so Kessler. Studien hätten aber gezeigt, dass es immer auch in der Hand des Einzelnen liege, bestimmte Verhaltensstrategien zu entwickeln, um angestauten Stress abzubauen. Was überaus sinnvoll ist, denn Stress und Ärger verhindern die Ausschüttung der Glückshormone Serotonin und Dopamin. Letzteres gilt auch für ungesunde Ernährung. Übersüßte und fettreiche Fertignahrung mache nicht nur dick, sondern auch depressiv und könne sogar zum Untergang von Hirnzellen führen. Wie immer und überall komme es auf die Dosis an, betont der Autor.

Drogen bezeichnet er als „Glücksfälscher“, denn sie wirken vieltausendfach stärker auf unser Belohnungs- und Motivationssystem als „normale“ Auslöser wie beispielsweise Sex. Die euphorischen Zustände des Rausches nehmen Drogenkonsumenten als „ultimative Glücksgaranten“ wahr, und genau das sei die Krux. Außerdem müsse die Menge des Rauschmittels immer weiter erhöht werden, um die erhoffte Wirkung zu erzielen. So werde die Gesundheit zerstört.

Am besten sei es, einen kontinuierlichen Zustand von Zufriedenheit zu erreichen, meint der Fachmann und liegt damit auf einer Linie mit Philosophen und Psychologen. Körperliche Ertüchtigung, gesunde Ernährung und auch Meditation nennt Kessler in diesem Zusammenhang als wichtige Komponenten. Soziologische Aspekte werden in dem Buch nicht behandelt, und auch als Ratgeber im engeren Sinne ist es nicht geeignet. Spannend ist dieser Blick in die Welt der 80 Milliarden Neuronen im Kopf jedoch allemal. Schließlich ist das Streben nach Glück eines der großen Menschheitsthemen.

Dagmar Jestrzemski



***Christof Kessler: „Glücksgefühle. Wie Glück im Gehirn entsteht und andere erstaunliche Erkenntnisse der Hirnforschung“**, C. Bertelsmann Verlag, München 2017, gebunden, 384 Seiten, 22 Euro*

Negative Gesamtbilanz

Allgemeinverständliche, aber trotzdem anspruchsvolle Überblicksdarstellungen zum deutschen Kolonialreich, das von 1884 bis 1914 bestand und sich von Togo in Westafrika bis zu den Samoa-Inseln im Pazifik erstreckte, sind ausgesprochen rar. Insofern schließen die beiden Historiker Horst Gründer und Hermann Hiery durchaus eine Marktlücke, wenn sie nun das Buch „Die Deutschen und ihre Kolonien“ vorlegen.

Dabei bemüht sich das Duo auch um eine differenzierte Darstellung, bleibt aber letztlich doch im Rahmen dessen, was die Politische Korrektheit vorgibt. Das spürt der Leser besonders in den Abschnitten über „Kolonialismus im Alltag“ und die „drei großen Kolonialkriege“, welche das wilhelminische Kaiserreich in China, Deutsch-Südwest- und Deutsch-Ostafrika geführt habe. Hier sind die Einzelbeiträge ganz besonders floskelhaft-einseitig und teilweise auch fachlich oberflächlich geraten. Und wie unter diesen Umständen nicht anders zu erwarten, fällt die Gesamtbilanz der kolonialen Vergangenheit Deutschlands natürlich ebenfalls negativ aus.

Wolfgang Kaufmann



***Horst Gründer/Hermann Hiery (Hg.): „Die Deutschen und ihre Kolonien. Ein Überblick“**, Be.Bra.Verlag, Berlin/Brandenburg 2017, gebunden, 352 Seiten, 24 Euro*

»Hokuspokus malender Cagliostro« – Der Maler Gustav Klimt

Rechtzeitig zum 100. Todestag des herausragenden Wiener Jugendstilkünstlers Gustav Klimt (siehe *PAZ* v. 2.2.18) ist eine neue Beschreibung seines Lebens und Schaffens erschienen. Die Verfasser Mona Horncastle und Alfred Weidinger nennen sie selbstbewusst „Die Biografie“. Es gibt zwar schon viele Lebensbeschreibungen des Künstlers. Aber Horncastle und Weidinger stellen im Vorwort fest: „Eine Klimt-Biografie, die auf Quellenstudien fußt und den aktuellen Forschungsstand kennt, die konnten wir nicht finden.“

Diese Vorzüge weist nun ihre vom Wiener Brandstätter Verlag veröffentlichte Publikation auf. Das mit historischen Fotografien sowie Abbildungen von Bildern Klimts ausgestattete Buch fasst Archivmaterial und Zeitzeugenberichte zusammen, setzt Leben und Werke des Malers zueinander in Beziehung, liefert Bildinterpretationen und stellt die vom Künstler porträtierten Personen vor. Dass die Biografie den neuesten Forschungsstand berücksichtigt, ist selbstverständlich. Denn Weidinger hat neben zahlreichen Publikationen über Klimt dessen Werkskatalog der Gemälde verfasst. Der jetzige Direktor des Museums der bildenden Künste in Leipzig war zuvor Vizedirektor des Wiener Belvedere, welches mit dem berühmten Gemälde „Der Kuss“ (1907/08) und 23 weiteren Werken über die größte Klimt-Sammlung der Welt verfügt. Zu Horncastles Forschungsschwerpunkten gehört die von Klimt mitbegründete fortschrittliche Künstlergemeinschaft „Wiener Secession“.

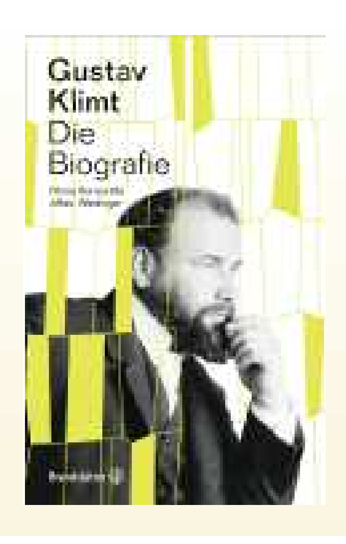
Die Autoren stellen uns den Maler und Grafiker in 20 Kapiteln vor. Der 1862 geborene Gustav wuchs als zweites der sieben Kinder von Ernst und Anna Klimt in bescheidenen Verhältnissen auf. Der Junggeselle, der mit mehreren seiner Modelle Kinder hatte, war seiner Familie eng verbunden. Nach dem Tod des Vaters nahm er die Mutter, einen Bruder und zwei Schwestern bei sich auf. Die Wohngemeinschaft mit den beiden unverheirateten Schwestern blieb bis zu seinem Lebensende bestehen.

Die Biografie betont: „Gustav Klimt wurde erfolgreich durch seine jüdischen Mäzene.“ Man habe seine Landschaftsbilder, erotischen Gemälde und Porträts daher auch als „Bankdirektorenkunst“ verspottet „und dabei verkannt, dass in Wien um 1900 Antisemitismus offen ausgelebt und diskutiert wurde. Das jüdische Großbürgertum machte ihn zu ihrem Porträtisten, weil er einer der wenigen Künstler von Rang und Namen war, die liberal genug waren, diese Aufträge anzunehmen, auch wenn das in der Folge andere Aufträge ausschließen würde.“ Einer der Aufträge entwickelte sich zu seinem berühmtesten Porträt: das „Bildnis Adele Bloch-Bauer I“ (1907), auch als „Goldene Adele“ bekannt.

Fast ebenso große Popularität genießt das „Bildnis Emilie Flöge“ (1902/03). Emilies Schwester Helene war mit Klimts Bruder Ernst verheiratet, der 1892 unerwartet starb. Gustav Klimt übernahm die Vormundschaft für die kleine Tochter seines Bruders und unterhielt engen Kontakt zur Familie Flöge. Zwischen Emilie und dem zwölf Jahre älteren Gustav entbrannte eine kurze, aber heftige Liebesaffäre. Anschließend blieben sie einander in lebenslanger Freundschaft verbunden. Horncastle und Weidinger nennen Emilie Flöge daher Klimts „Lebensmenschen“. Am 11. Januar 1918 erlitt der Maler einen Schlaganfall. Auf dem Krankenbett ordnete er an: „Die Emilie soll kommen.“ Am 6. Februar starb Klimt.

Er liegt auf dem Friedhof von Wien-Hietzing. Die Biografie zitiert die Abschiedsworte seines Weggefährten Arthur Roessler: „Dass man in Wien, der Stadt der sozusagen grundsätzlichen Missverständnisse, den Künstler Klimt zu Lebzeiten des Mannes Klimt für einen Hokuspokus malenden Cagliostro oder – ortsüblich ausgedrückt – für einen Kratky-Baschik hielt, wird natürlich nicht hindern, ihm, nunmehr er tot ist – in möglicherweise absehbarer Zeit – ein Denkmal zu errichten.“ Weit gefehlt. Auf sein Wiener Denkmal wartet Klimt bis heute.

Veit-Mario Thiede



***Mona Horncastle, Alfred Weidinger: „Gustav Klimt: Die Biografie“**, Brandstätter Verlag, Wien 2018, gebunden, 320 Seiten, 29,90 Euro*

»Wit whatsen«

Nein, die Überschrift ist keineswegs Chinesisch, sondern es sind ganz alltägliche Ausdrücke der Jugendsprache. Wussten Sie, dass Sie zur Erzeugerfraktion gehören, die auch nach Jahren noch „hormongeflasht“, also verliebt sein kann? Oder dass das neue Wort für „cool“ „chefig“ lautet?

Der Langenscheidt-Verlag hat ein Büchlein mit über 700 Wendungen der aktuellen Jugendsprache herausgegeben. Es ist ein Lesevergnügen besonderer Art.

MRK



***„100 Prozent Jugendsprache 2018. Deutsch–Englisch“**, Langenscheidt-Verlag, München 2018, broschiert, 160 Seiten, 5 Euro*

Merkels »warmes Herz« und der kühle Verstand – zwei Bücher im Vergleich

Die vorzustellenden Bücher sind zwar vor der Bundestagswahl im Herbst 2017 erschienen und mögen zum Stimmverlust der Merkel-CDU beigetragen haben, sie sind aber auch nach der Wahl und vor einer Groko II von eminenter Bedeutung. Denn sie bilanzieren die Negativpunkte von Merkels Kanzlerzeit seit 2005 in notwendiger Schärfe. Sie konzentrieren sich auf die Wahrnehmung des umfangreichen Defizitkatalogs der Bundeskanzlerin, deren Zenit im Zentrum der Macht Anfang 2018 überschritten erscheint. Kommt erneut eine schwarz-rote Regierung zustande, ist keineswegs sicher, dass sie unter Merkels Führung das Ende der Legislaturperiode erreicht. Nicht nur kenntnisreiche Beobachter des Berliner Politbetriebs halten es für denkbar, dass Merkel dann zurücktritt. Soweit ist es noch nicht, doch von „Merkel-Dämmerung“ ist zu Recht die Rede, zwei Bücher zeugen davon.

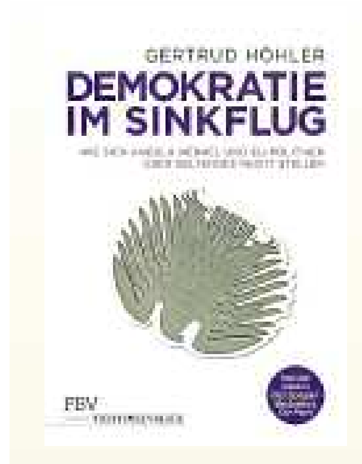
Da ist zunächst das Werk „Demokratie im Sinkflug. Wie sich Angela Merkel und EU-Politiker über geltendes Recht stellen“ von Gertrud Höhler, die schon mit der vernichtenden Merkel-Bilanz in ihrem Bestseller „Die Patin“ vor einigen Jahren aufgefallen ist und, wie seltsam, als früher gefragte Talkshow-Teilnehmerin vom Bildschirm der öffentlich-rechtlichen Funkmedien fast völlig verschwunden ist. Hartnäckig hält sich in der Causa Höhler hierbei das Gerücht, dass vom Kanzleramt aus verdeckte Empfehlungen kursierten, Höhler an die Rundfunkanstalten ausgegeben wurden mit dem Ziel, die Kanzler-Kritikerin nicht mehr einzuladen.

Zum Buch und seinen zentralen Thesen: Die Regierung Merkel und die EU setzen sich immer häufiger über geltendes Recht hinweg, und diese „autokratische Versuchung“, wie sie die Autorin nennt, startete unter deutscher Führung. Verborgen hinter der Maske von Rettungssanitätern probte Merkel die Kolonialherrenrolle in Südeuropa. Dadurch, in Gläubiger und Schuldner gespalten, verlor die EU die Herzen vieler Europäer. „Grenzen fallen“, so lautet die eingängige Parole der EU-Kanzlerin. Aber plötzlich erscheine die Demokratie als Handicap. Denn: Wo Parlamente zu Handlangern der Mächtigen werden, sterbe der demokratische Wettbewerb, so die Literaturwissenschaftlerin. Einer der Höhepunkte Merkelscher Fehl-Politik: Die Verstaatlichung der Energiewirtschaft. Sie wurde die Generalprobe zum tollkühnen Solo Merkels im Herbst 2015, womit die Autorin die „Willkommensparade“ der Kanzlerin ohne Rückendeckung der europäischen Partner meint: offene Arme an offenen Grenzen, ihre verhängnisvolle und illegale Masseneinwanderungspolitik. Die Alleingänge der deutschen Kanzlerin zeugten von einem autokratischen Demokratieverständnis, gegen das die Autorin überzeugende Argumente pro „machtlosen Souverän“ ins Feld führt. Höhlers Credo: „Der Staat gehört den Bürgern“ – und nicht umgekehrt. Wer dagegen verstößt, darf sich über die Folgen nicht wundern. Der Einzug von über 90 AfD-Abgeordneten in den Deutschen Bundestag spiegele den Beginn einer „Merkeldämmerung“.

Das Buch „Merkel. Eine kritische Bilanz“ ist ein Sammelwerk mit insgesamt 22 mehr oder weniger kritischen Betrachtungen zum Wirken der deutschen Bundeskanzlerin. Der Herausgeber, „FAZ“-Redakteur Philip Plickert hat dazu renommierte Autoren versammelt. Unter ihnen Thilo Sarrazin, Necla Kelek, Cora Stephan, Norbert Bolz und Roland Tichy. Gleich mehrere Beiträge gehen auch hier auf die Flüchtlings-, Migrations- und Integrationspolitik der Kanzlerin ein und schildern eindringlich, was bis heute alles falsch läuft.

So stellt nicht nur die Publizistin Cora Stephan ein eklatantes Regierungsversagen bei Merkel in diesem Zusammenhang fest. Herausgeber Plickert erläutert im Vorwort unter Bezug auf Stephan: „Aus Angst vor unschönen Bildern, wenn Flüchtlinge und Migranten zurückgewiesen würden, scheute Merkel davor zurück, den schon vorliegenden Befehl an die Bundespolizei zur Grenzsicherung zu unterzeichnen“. Bis heute seien ihre Motive für die sogenannte Flüchtlingspolitik, wie die illegale Masseneinwanderung beschönigend bezeichnet wird, umstritten. Merkel habe ein angeblich „warmes Herz“ über den kühlen Verstand gestellt, meint Stephan, wohl auch, weil sie die medial inszenierte Willkommenseuphorie falsch einschätzte. Man denke nur an ihre lächelnden Flüchtlings-Selfies, die sie in der Startphase der Rechtsbrüche digital über den Erdball verbreitete und damit einen zusätzlichen Sog zur Völkerwanderung ins gelobte Land der Dichter und Denker auslöste.

Aus beiden Büchern atmet der Geist einer fundierten Generalabrechnung mit Merkel. Sie signalisieren eine Wechselzeit, man könnte auch von „Merkel-Dämmerung“ sprechen. *Bernd Kallina*



***Gertrud Höhler: „Demokratie im Sinkflug. Wie sich Angela Merkel und EU-Politiker über geltendes Recht stellen“**, Finanzbuch Verlag München 2017, gebunden, 240 Seiten, 19,99 Euro*



***Philip Plickert: „Merkel. Eine kritische Bilanz“**, Finanzbuch-Verlag München 2017, gebunden, 256 Seiten, 19,99 Euro*



Kalender Trakehner 2018
Mit 12 aktuellen Motiven dieser edlen Pferderasse aus Ostpreußen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535787 Kalender 5,00 €



Kalender Pommern in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen Motiven aus Pommern, dem Land am Meer. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535805 Kalender 7,00 €



Kalender Ostpreußen/Westpreußen in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen Motiven aus Ost- und Westpreußen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535804 Kalender 7,00 €



Kalender Wölfe 2018
Mit 12 aktuellen Motiven dieses faszinierenden Rudelwesens. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535790 Kalender 5,00 €



Kalender Ponys 2018
Mit 12 aktuellen Motiven dieser Lieblinge aller Kinder. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535786 Kalender 5,00 €



Großformat-Kalender
Ostpreußen/ Westpreußen 2018
Der Kalender ist mit 12 verschiedenen, Motiven aus Ost- und Westpreußen bebildert. Er zeigt Motive aus Königsberg, Elchwerder, das alte Rathaus in der Altstadt von Allenstein, Neidenburg, die Pfarrkirche St. Peter und Paul in Mohrungen, die Ordensburg in Marienburg, Memel, Deutsch Eylau, Osterode, ein Blick über die Altstadt von Danzig, das Kulturhaus und Gericht im Stadtzentrum von Tilsit und das Kurische Haff. Format 60 x 48 cm
Spiralbindung
Nr. P 535681 14,00 €



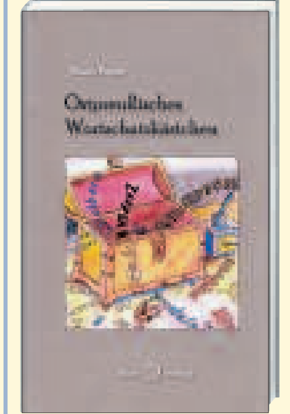
Leselupe mit Licht
(ohne Batterie)
Hauptlinse mit 2-facher u. kleine Linse mit 6-facher Vergrößerung
Nr. P A0445 11,95 €



Großformat-Kalender
Licht des Nordens 2018
Der Kalender ist mit 12 brillanten nordischen Lichtstimmungen in faszinierenden Farben bebildert. Format 60 x 48 cm. Spiralbindung
Nr. P 535712 Großformat-Kalender 14,00 €

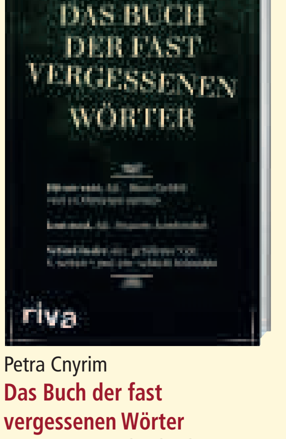


Kalender Haflinger 2018
Mit 12 aktuellen Motiven dieser robusten Gebirgspferde. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535784 Kalender 5,00 €



Klaus Papies
Ostpreußisches Wortschatzkästchen
152 Seiten/Gebunden
Nr. P A1116 14,95 €

Wenn Sprache ein lebendiges Abbild des Menschen ist, dann lebte in Ostpreußen ein kraftvoller und zupackender Menschenschlag von großer Warmherzigkeit und unverstelltem Gefühl. Darunter mag auch so mancher Schelm gewesen sein, denn in vielen oft originellen Wörtern finden sich Hinweise auf den „kleinen Vorteil": Ausdruck einer großen Lebenstüchtigkeit unter einfachen Verhältnissen. Es ist die Welt der Bauern, Handwerker und kleinen Händler, geprägt durch unterschiedliche Völker und Sprachen, durch Landwirtschaft und – eben! – schalkhaften Witz. In Klaus Papies liebevoll gestalteter Wörtersammlung findet sich die untergegangene Welt der alltäglichen Ostpreußen wieder, der Bauern, Handwerker und kleinen Händler: mit ihren Ausdrücken, Redewendungen und Erfahrungen.



Petra Cnyrim
Das Buch der fast vergessenen Wörter
200 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1215 14,99 €

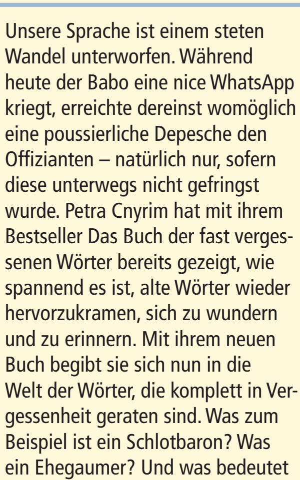
Unsere Sprache ist einem steten Wandel unterworfen. Während jedes Jahr das Jugendwort des Jahres gekürt wird und nicht selten Wortneuschöpfungen darunter zu finden sind, die hier zum ersten Mal auftauchen, verschwinden andere Wörter und Phrasen aus unserem Sprachgebrauch. Nicht selten deswegen, weil auch das dazugehörige „Ding" aus unserem Alltag verschwindet. Und plötzlich findet sich kein Bandsalat mehr im Kassettenrecorder, das Testbild ist Geschichte, der Lebertran schmeckt abominabel und für die Parkuhr fehlt der passende Groschen. Dieses Buch stellt solche Wörter zusammen – und lädt ein zum Schwelgen, Erinnern und Schmunzeln.



Kalender Katzen 2018
Mit 12 faszinierenden Motiven von Katzen, dem so beliebten Freund des Menschen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535775 Kalender 5,00 €



Kalender Friesen 2018
Mit 12 aktuellen Motiven dieser majestätischen Pferderasse. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535783 Kalender 5,00 €





Petra Cnyrim
Das Buch der leider vergessenen Wörter
200 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1216 14,99 €

Unsere Sprache ist einem steten Wandel unterworfen. Während heute der Babo eine nice WhatsApp kriegt, erreichte dereinst womöglich eine poussierliche Depesche den Offizianten – natürlich nur, sofern diese unterwegs nicht gefringst wurde. Petra Cnyrim hat mit ihrem Bestseller Das Buch der fast vergessenen Wörter bereits gezeigt, wie spannend es ist, alte Wörter wieder hervorzukramen, sich zu wundern und zu erinnern. Mit ihrem neuen Buch begibt sie sich nun in die Welt der Wörter, die komplett in Vergessenheit geraten sind. Was zum Beispiel ist ein Schlotbaron? Was ein Ehegaumer? Und was bedeutet der Ausdruck weidlich? Eine spannende Zeitreise durch die (Sprach-) Geschichte unseres Landes.

Kalender Hunde 2018
Mit 12 farbenprächtigen Motiven von Hunden, dem treuen Begleiter des Menschen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535767 Kalender 5,00 €



Kalender St. Petersburg in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen Motiven aus St. Petersburg, der Stadt an der Newa. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535753 Kalender 5,00 €

Rüdiger Safranski
E.T.A. Hoffmann
Das Leben eines skeptischen Phantasten
Er galt als musikalisches Wunderkind und hatte mit einundzwanzig Jahren bereits zwei umfangreiche Romane in der Schublade liegen: E.T.A. Hoffmann. Der Jurist, Komponist und Dichter brachte es zu den größten Erfolgen und fragte sich, auf dem Höhepunkt seines Ruhmes angekommen, trotzdem, ob das wirklich alles gewesen sein sollte. Der Autor beschränkt sich in seiner Biographie nicht auf Leben und Werk E.T.A. Hoffmanns, sondern er erzählt zugleich von der ganzen Epoche mit ihren literarischen Salons und den politischen Wirren in Preußen. Rüdiger Safranski, geboren 1945, studierte Germanistik, Philosophie, Geschichte und Kunstgeschichte und arbeitete danach als Wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Germanistik der Freien Universität Berlin und in der Erwachsenenbildung. Seit 1985 ist er als freier Autor tätig. Er wurde mit dem Friedrich-Märker-Preis, dem Ernst-Robert-Curtius-Preis für Essayistik und dem Friedrich-Nietzsche-Preis ausgezeichnet. 542 Seiten
Nr. P A1197 Taschenbuch 12,95 €



Klaus Hornung
Scharnhorst
Soldat – Reformer – Staatsmann
200 Seiten/Gebunden
Nr. P A1191 4,99 €

Geboren am 12. November 1755, am Vorabend des Siebenjährigen Krieges im hannoverschen Bordenau, machte Scharnhorst, aus einfachen Verhältnissen stammend, eine einmalige Karriere zunächst in der hannoverschen, dann ab 1801 in der preußischen Armee. Scharnhorst zählte zu den entscheidenden Köpfen, die nach dem Zusammenbruch des friderizianischen Preußen in der Schlacht von Jena und Auerstedt und der Demütigung Preußens durch Napoleon im Frieden von Tilsit 1807 sich daran machten, den am Boden liegenden Staat geistig und politisch wieder aufzurichten. Scharnhorst war es, der als einer der Ersten die elementare Kraft der Französischen Revolution erkannte, wesentliche Elemente daraus für ein neues Preußen formte und so die Voraussetzungen für den Befreiungskampf schuf.

Kalender Pinguine 2018
Mit 12 aktuellen Motiven dieser lustigen Gesellen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535780 Kalender 5,00 €



Kal. Mark Brandenburg – Märkisches Licht in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus der Mark Brandenburg in traumhaften Lichtstimmungen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535738 Kalender 5,00 €

E.T.A. Hoffmann
Lebensansichten des Katers Murr
Gebunden.
512 Seiten
Nr. P A1063 7,95 €

Hoffmanns „Kater Murr" 1819/21 in zwei Bänden erschienen, gehört zu den Glanzstücken der romantischen wie der satirischen Erzählliteratur – so verblüffend modern ist sein Stil, so unverblümt beißend der Spott, so unkonventionell seine Form, dass der große Erfolg beim Publikum erst im 20. Jahrhundert einsetzte. Virtuos sind hier zwei Biografien wie zufällig miteinander verflochten: die Memoiren des selbstverliebten schriftstellernden Katers Murr und die Lebensgeschichte des Kapellmeisters Kreisler, deren Seiten Murr zur Niederschrift seiner Erinnerungen verwendet und deren Bruchstücke nun „versehentlich" mit abgedruckt werden.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name
Straße/Nr. Telefon
PLZ/Ort
Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

EU: Deutsche ziemlich arm

Brüssel – Die Deutschen liegen beim Privatvermögen an vorletzter Stelle der EU-Mitglieder westlich des ehemaligen Eisernen Vorhangs. Bei einem deutschen Medianvermögen von 47 000 US-Dollar (inklusive Immobilien) pro Erwachsenem liegen nur die Portugiesen mit 38 000 Dollar noch tiefer. Selbst die Griechen (55 000 Dollar) sind reicher als die Deutschen, der Medianwert pro Italiener liegt mit 125 000 Dollar sogar mehr als doppelt so hoch wie hierzulande. *H.H.*

Facebook verliert Junge

New York – Das soziale Internet-Netzwerk Facebook wird in den USA in diesem Jahr erstmals weniger Nutzer unter 25 Jahren haben als im Vorjahr, schätzt das Marktforschungsinstitut eMarketer laut einer Meldung der „Epoch Times". Stattdessen werde der Konkurrent Snapchat Boden gutmachen. Facebook war über Jahre praktisch ungebremst weltweit gewachsen. *H.H.*

ZUR PERSON

Neuanfang aus dem Norden

Dem steilen Aufstieg des Martin Schulz folgt ein Jahr später der steile Absturz. Erst klappte es nicht mit dem Außenministeramt, dann legte er den SPD-Parteivorsitz nieder. Sicher ist: Eine Frau wird seine Nachfolgerin werden. Aber dass es Andrea Nahles wird, ist in Zeiten, da es in der SPD drunter und drüber geht, keineswegs sicher.

Die Flensburger Oberbürgermeisterin **Simone Lange** will als Gegenkandidatin verhindern, dass Nahles wie Schulz vor einem Jahr mit der diktatorischen Mehrheit von 100 Prozent der Stimmen zur SPD-Chefin gewählt wird. „Eine Einzel-Kandidatur, die ohne große Diskussion durchgewunken wird, kann kein Zeichen für einen Aufschwung oder einen Neuanfang sein", sagte Lange.

In der Basis gärt es wegen des katastrophalen Zustands der SPD – in Umfragen liegt sie bei nur noch 16 Prozent – immer stärker. Die Jusos bekämpfen die Groko, und der Wunsch nach einem Personalaustausch ist groß. Die bislang bundespolitisch völlig unbefleckte Lange hat auf Basis dieser Unzufriedenheit beste Aussichten, aus dem nächsten Parteitag als Überraschungssiegerin hervorzugehen.


Bild: Stadt Flensburg

Die 41-Jährige ist ein „Ost-Import". Geboren im thüringischen Rudolstadt machte sie in Schleswig-Holstein ihren Diplom-Verwaltungswirt im Fachbereich Polizei und arbeitete bis 2012 bei der Flensburger Kripo. In dem Jahr zog sie als Direktkandidatin in den Landtag Schleswig-Holsteins ein und wurde polizeipolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Vor einem Jahr schlug sie mit Unterstützung von CDU und den Grünen bei den Oberbürgermeisterwahlen von Flensburg den bisherigen Amtsinhaber vom Südschleswigschen Wählerverband aus dem Feld. Diese Frau weiß sich durchzusetzen. Nahles sollte sich warm anziehen. *H. Tews*



Das große Fressen

Deine Freunde

Wer wohl als nächstes auf die SPD-Guillotine steigt, was Merkel-Fans in Hamburg treiben, und warum Hetze intelligent sein muss / Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

Als sich die französische Revolution ihrem blutigen Siedepunkt entgegenmetzelte, konnte ein einziges falsches Wort, eine ungeschickte Bewegung das Leben kosten. Zum Glück leben wir in weniger gewalttätigen Zeiten, heute geht es nur noch um die politische Karriere, nicht mehr um den Hals. Ansonsten aber sind die Regeln wieder hochaktuell, wie wir in der SPD sehen können.

Vor allem gilt in der Revolution, dass nichts mehr gilt, was vorher galt – daher die vielen Opfer, die nicht ahnen konnten, dass sie etwas falsch gemacht haben, weil das gestern ja noch richtig gewesen wäre. Martin Schulz dachte sich nicht das Geringste dabei, als er einfach mal das Außenamt einsackte. Haben wir doch immer so getrieben! Man gehört schließlich zum neuen Adel der Großfunktionäre mit dem Privileg, sich die Posten zu angeln wie Häppchen am Büffet.

Ja, so war das wohl mal, so ist es aber plötzlich nicht mehr. Klatsch, weg war er!

Sigmar Gabriel wiederum fand nichts dabei, dem Schulz unter die Gürtellinie zu schießen. In Zeiten von „Pack" und „Mischpoke" war das doch auch ganz normal. Rums, der nächste! Selbst Andrea Nahles dürfte ihren beherzten Griff nach dem Posten des kommissarischen SPD-Chefs schnell bereut haben, als aufgebrachte Genossen das Fallbeil hochzogen, diesmal für sie.

Überhaupt – die Frau Nahles. Erinnern Sie sich an das Foto der versammelten SPD-Führung am Wahlabend im September? Ein Bild des Elends, mit einer Ausnahme: Nahles erstrahlte im Siegerlächeln. „So, ihr Nasen, jetzt komm' ich!", lautete die Botschaft. Alle anderen an der Parteispitze waren schwer angeschlagen, nur Nahles nicht, weil sie noch nicht weit genug oben stand. Gerade deshalb war ihr Weg nun frei.

Nahles stieg auf zur Hauptstrippenzieherin der SPD, bis auch sie in die Mangel des Revolutionsgerichts stürzte. Dabei fragen wir uns langsam, ob sich die anstrengende Zieherei überhaupt gelohnt hat. Glaubt man den jüngsten Umfragen, können sich bereits fünf von sechs Deutschen ein Deutschland ohne SPD auch sehr gut vorstellen.

Da geht es der CDU doch noch ein ganzes Stück besser. Insbesondere die Kanzlerin hat nach wie vor viele Freunde im Volk. Und was für welche! Einige davon haben sich am Montag in Hamburg versammelt. Es waren Typen vom Schlage derer, die sich vergangenen Sommer anlässlich des G20-Gipfels in der Hansestadt im Umfeld des „Schwarzen Blocks" bewegt hatten.

Die Hamburger Lokalmedien fassten die Fans der CDU-Chefin unter dem Begriff „Antifa" zusammen. Merkwürdig, früher hießen die mal „Junge Union", aber egal. Die Merkelfreunde waren sehr aufgebracht, weil eine Woche zuvor 60 Leute schweigend hinter einem kleinen Plakat mit der handgemalten Aufschrift „Merkel muss weg!" den noblen Jungfernstieg auf und ab gegangen waren und dies nun wiederholen wollten. Dies wollten die Merkel-Unterstützer um jeden Preis vereiteln. Natürlich sei man für die Meinungsfreiheit, rief ein Einpeitscher über die mitgebrachte Lautsprecheranlage in die aufgewühlte Menge. Aber es gebe eben auch Leute, die hätten gar keine eigene Meinung, so wie diese „Merkel muss weg"-Typen da. Aha.

> Kritik an der Regierungschefin ist ab jetzt automatisch Faschismus. Merkt Euch das!

Und es wird noch interessanter: Allein der bloße Spruch „Merkel muss weg" sei eine „Steilvorlage für die Antifa" gewesen, schreibt die linke Hamburger „Morgenpost". Kritik an der Regierungschefin ist demnach per se faschistisch und erfordert die Errichtung eines Antifaschistischen Schutzwalls aus lautstarken Gegendemonstranten, von denen sicherlich einige auch gern handfeste Argumente zum Einsatz gebracht hätten, wäre die Polizei nicht rechtzeitig dazwischengegangen. In der Nacht zuvor hatten „Unbekannte" ein Wurfgeschoss durch die Fensterscheibe ins Kinderzimmer des Hauses geschleudert, in dem die Initiatorin der „Merkel muss weg!"-Kundgebung, Uta Ogilvie, lebt.

Ogilvie hatte die Kundgebung zwei Wochen zuvor ganz allein begonnen, indem sie mit ihrem Pappschild über den Boulevard flanierte. Nach den 60 Mitmachern eine Woche später konnte die Frau nun schon 200 Hanseaten um sich scharen, die nach der Kundgebung unter Polizeischutz wegeskortiert wurden, um den mehr als doppelt so vielen Merkel-Unterstützern nicht in die Hände zu fallen.

Klar doch, ich weiß: Das ist alles dermaßen schief und schräg, dass man sich erst einmal sammeln muss. 200 Bürger tun öffentlich kund, dass sie einer Regierungschefin, die im Ausland immer noch „konservativ" genannt wird, überdrüssig sind, und eine radikale, nach Einschätzung der Polizei womöglich gewaltbereite Linke dreht durch vor Wut.

Merkel habe die CDU nach links gerückt, heißt es. Und der Volksmund weiß: „Zeig mir deine Freunde, und ich sage dir, wer du bist." Wenn der Spruch stimmt, hat die CDU-Chefin ihren Laden weitaus tiefer in den linken Graben gesteuert, als wir es bislang für möglich hielten.

Aber was bedeutet das schon, „Freunde"? Donald Trump hat gar keine, wenn wir unseren Medien glauben – abgesehen von ein paar strunzblöden Hillbillys, die immer noch „Neger" sagen und sich in ihren schäbigen Hütten zwischen den Bergen West-Virginias verstecken, weil sie dem übrigen Amerika peinlich sind.

Und doch haben die Amis den Mann zum Präsidenten gewählt! Völlig zu Unrecht, wie unsere Kommentatoren betonen. Dennoch haben sie es getan. Seit diesem Irrtum setzen die Medien alles daran, die US-Bürger von diesem Fehler zu kurieren, wobei ihnen die positive Wirtschaftsentwicklung der USA ein Dorn im Auge ist. Allerdings gibt es ja nichts, was man nicht mit ein bisschen Demagogie in die gewünschte Richtung biegen kann.

So erklärten uns die deutschen Experten an der Wall Street angesichts jeder neuen guten Zahl aus der US-Wirtschaft, das sei ja alles noch auf das heilsame Wirken von Trumps umschwärmtem Vorgänger Barack Obama zurückzuführen. Das blonde Ekel sahne das jetzt nur ab.

Diese Erzählung hielt exakt bis zum Börsenschluss am Freitag, den 2. Februar 2018. Als am folgenden Montag die Aktienkurse in New York krachend abschmierten, hörten wir im Fernsehen von „Trumps Crash". So schnell kann das gehen – wenn man nur will.

Es ist alles eine Frage der richtigen Formulierung. So lasen wir im Netzauftritt einer großen deutschen Tageszeitung: „Donald Trump will, dass Panzer durch Washington rollen." Dem geschichtskundigen Leser schießen bei so einer Überschrift blitzartig furchtbare Bilder durch den Kopf, was sicherlich beabsichtigt war: von den Sowjetpanzern in Ost-Berlin 1953 über Budapest 1956 bis Prag 1968 oder vom Pekinger „Platz des Himmlischen Friedens" mit den zermalmten Studenten im Sommer 1989.

Was hat der Kerl im Weißen Haus vor? Will er Demonstranten niederwalzen lassen? Oder gar putschen? Nichts davon: Trump war in Paris gewesen und hatte dort die tolle Militärparade zum Nationalfeiertag gesehen. So etwas Schickes möchte er auch bei sich zu Hause haben, mehr nicht. Doch statt der Überschrift „Trump wünscht sich glanzvolle Militärparade" schrieb man lieber von rollenden Panzern in Washington, der besseren Wirkung wegen.

Mal ganz unter uns: Mögen Sie diesen Trump eigentlich? Sie auch nicht? Dann sitzen wir in einem Boot. Ob seine Politik gut oder schlecht ist, kann ich immer noch nicht recht einschätzen. Aber der Auftritt von dem Mann – ach nee, wirklich nicht.

Das Problem: Die Attacken gegen Trump zeichnen sich durch solche Plumpheit aus, die Tricks, mit denen sie uns gegen ihn aufwiegeln wollen, sind derart billig und durchschaubar, dass sie einen regelrecht dazu zwingen, Partei für den Verfemten zu ergreifen. Also: Wenn ihr uns schon aufhetzen wollt, macht das wenigstens intelligent. Vielleicht ziehen wir dann sogar mit.

MEINUNGEN

*Für **Thomas Vitzthum** waren die **Koalitionsverhandlungen** und ihr Ergebnis der Ausdruck einer tiefen **Verunsicherung** der **etablierten Parteien**. Auf „Welt-online" (7. Februar) benennt er die Ursache dieser Verunsicherung:*

„Anlass für diese Verunsicherung war der Aufstieg der AfD ... Der Shitstorm, der sich heute regelmäßig aus dem AfD-Spektrum im Internet über Politiker anderer Parteien ergießt, lässt die Betroffenen eben nicht kalt. Wer das Gegenteil behauptet, lügt. Keiner will ständig für seine Entscheidungen eins übergebraten bekommen. In der Häufung erwächst daraus das Gefühl, doch was falsch zu machen."

***Alexander Mitsch** will im „Cicero" (8. Februar) die Hoffnung nicht völlig aufgeben, dass die **CDU** sich doch noch **gegen Merkels Linkskurs erhebt** und damit den Niedergang der Union abwendet:*

„Noch sind es zwar die Mutigen, die diese Wende anführen, doch es werden immer mehr von denen, die mit ihrem Machtinstinkt spüren, dass die Union spätestens in zwei Jahren wieder eine andere Partei sein wird und die heutige Führung keine Rolle mehr spielt. Denn, um mit dem Politikwissenschaftler Werner Patzelt zu sprechen, ‚die CDU wird konservativ sein, oder sie wird nicht sein'."

*CSU-Veteran **Peter Gauweiler** verrät im „Frankfurter Allgemeine Magazin" (Februar-Ausgabe), welche Dinge er **sofort ändern** würde:*

„Erstens müssen die ‚Militäreinsätze für unsere Werte' im Ausland beendet werden. Alles, was noch an Air-Berlin-Flugzeugen verwendbar ist, nehme man, um unsere Soldaten sofort aus dem Ausland zurückzuholen. Zweitens: Es geht nicht, eine Million Flüchtlinge ins Land zu lassen, ihren Aufenthalt zu dulden, aber ihnen zu verbieten zu arbeiten. Drittens: Hört mit den Russland-Sanktionen auf. Die Russen sind nicht schlechter als die Amerikaner, auch nicht besser, aber unsere Nachbarn. Viertens: Stoppt Mario Draghi, seine Gelddruckmaschinen und die missglückte, undemokratische Euro-Rettung."

***Andreas Backhaus** wagt auf „Tichys Einblick" (11. Februar) einen **Blick in die Zukunft**:*

„Am ersten Morgen nach Trumps Wahlsieg war die Welt bereits eine andere. Deutschland holt nur auf. Erst wenn Merkel abgelöst worden ist, wird das Ergebnis der letzten Bundestagswahl vollumfänglich in die politische Realität umgesetzt worden sein – und das Land wird merken, welche Tortur es bis dahin hat erdulden müssen."

*Die Redaktion der „Bild"-Zeitung (10. Februar) hat mit einem gemeinsamen Empörungs-Kommentar auf den **Absturz von Martin Schulz** und das gesamte Ränkespiel an der Spitze der SPD reagiert:*

„Martin Schulz bleibt nichts mehr, nicht mal sein eigenes Wort. Und uns bleibt die bittere Erkenntnis, dass es der SPD-Führung bei den Koalitionsverhandlungen nie ums Land ging, sondern nur um ihre eigene piefige Postengier."